

## Vorbemerkung

Grundsätzlich ist zu den Wahlprogrammen der Parteien folgendes anzumerken: Die Programme sind innerhalb der Parteien auf unterschiedliche Weise entstanden – durch umfangreiche Beteiligungsprozesse im Vorfeld, innerparteiliche Gremien oder die Einbringung von Änderungsanträgen im Vorfeld von und auf Parteitag. Auch die Länge und damit verbunden der Detailgrad aber auch der Charakter der Programme sind sehr unterschiedlich. Die SPD stellt bspw. ergänzende Papiere zur Vertiefung neben dem Wahlprogramm auf der Website zur Verfügung. Die Synopse stellt einen Abgleich der Wahlprogramme mit unseren [metallforderungen](#) dar.

## Zur AfD

Im Fall der AfD ist zu bedenken, dass das Programm dieser Partei den radikalen Teil ihrer Positionen nur unzureichend widerspiegelt. Das ist Teil ihres taktischen Vorgehens. Für die AfD gilt daher in besonderem Maße, dass eine Programm-Synopse nicht alleinige Grundlage einer Bewertung der Partei sein kann. Die AfD ist eine rassistische und diskriminierende Partei, die nicht ohne Grund in großen Teilen vom Verfassungsschutz beobachtet wird.

**Unsere Haltung dazu ist klar:**

**Mit rechtspopulistischen Parteien wie der AfD kann und darf es keine Zusammenarbeit geben. Derartige Positionen sind unvereinbar mit den Werten und Überzeugungen der IG Metall.**

## Themenbereich:

- ▶ 1. Eine aktive Politik für die Zukunft der Industrie
- ▶ 2. Eine soziale und ökologische Mobilitäts- und Energiewende
- ▶ 3. Eine gerecht finanzierte Investitionsoffensive für die Transformation
- ▶ 4. Die Arbeitswelt von Morgen: Arbeitsmarktpolitik, Bildungspolitik (Fokus Aus- und Weiterbildung), prekäre Beschäftigung
- ▶ 5. Ein neues soziales Sicherungsversprechen: Rente, Gesundheit & Pflege, Finanzierung
- ▶ 6. Zukunft der Arbeit: Arbeitszeit, Digitalisierung und Arbeit- und Gesundheitsschutz
- ▶ 7. Mitbestimmung und Tarifautonomie stärken
- ▶ 8. Demokratie Verteidigen – Rechtspopulisten und Extremisten entgegen
- ▶ 9. Rollback verhindern – Gleichstellungspolitische Impulse setzen

 metallforderungen						
<b>Programmtitel/Umfang:</b>	Das Programm für Stabilität und Erneuerung. Gemeinsam für ein modernes Deutschland. <a href="#">(140 Seiten)</a>	Aus Respekt vor deiner Zukunft - Das Zukunftsprogramm der SPD Wofür wir stehen. Was uns antreibt. Wonach wir streben. <a href="#">(66 Seiten)</a>	Deutschland. Alles drin. Bundestagswahlprogramm 2021 Bereit, weil ihr es seid. <a href="#">(113 Seiten)</a>	Zeit zu handeln: Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit! <a href="#">(168 Seiten)</a>	Nie gab es mehr zu tun. Wahlprogramm der Freien Demokraten. <a href="#">(91 Seiten)</a>	Deutschland. Aber normal. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag. <a href="#">(210 Seiten)</a>
<b>Spitzenkandidat*innen</b>	Armin Laschet	Olaf Scholz	Annalena Baerbock	Janine Wissler Dietmar Bartsch	Christian Lindner	Alice Weidel Tino Chrupalla

## 1. Eine aktive Politik für die Zukunft der Industrie

 metallforderungen						
<p><b>Für eine aktive Industriepolitik (metallforderung 01)</b></p>	<p>„Die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie ist angesichts der Verschärfung der globalen Rahmenbedingungen und der Rolle Chinas wichtiger denn je. Unser Ziel ist es, dass Europa in den wichtigen industriellen Zukunftsfeldern wie Künstlicher Intelligenz, Quantentechnologie, Halbleiter, Wasserstoff oder Blockchain weltweit einen Spitzenplatz einnimmt. Wir brauchen dafür eine ambitionierte europäische Technologie- und Industriestrategie. Wir wollen in Europa die Fähigkeiten weiter fördern, Schlüsseltechnologien zu entwickeln und herzustellen.“ (S. 24)</p>	<p>„Wir werden mit einer langfristig angelegten Industriestrategie Planungssicherheit für den sozial-ökologischen Umbau unserer Wirtschaft schaffen. Diese Industriestrategie wird in Verbindung mit dem European Green Deal in eine gesamteuropäische Lösung eingebettet sein.“ (S. 10)</p> <p>„Die Politik muss die langen Linien und die Richtung beschreiben und sich als Innovationstreiber verstehen. Sie muss die für die Wettbewerbsfähigkeit und die nachhaltige Beschäftigung wesentlichen Ziele formulieren, auf die sich die Kräfte konzentrieren sollen.“ (S. 19)</p>	<p>„Mit einer aktiven Wirtschafts- und Industriepolitik zeigen wir eine Richtung auf und bieten zukunftsfähigen Unternehmen gute Bedingungen. Eine erfolgreiche und weitsichtige Industriepolitik wird nur dann funktionieren, wenn auch gesamteuropäisch gedacht wird.“ (S. 24)</p>	<p>„Die Industriestruktur muss regionaler, krisenfester und unabhängiger vom Export werden.“ (S.12)</p> <p>„Die Bundesregierung muss, zusammen mit den Belegschaften, den Gewerkschaften, Wissenschaft, Umwelt- und Sozialverbänden einen verbindlichen Zukunftsplan für die Industrie entwickeln, der für eine klimaneutrale Industrieproduktion bis 2035 sorgt und mit Arbeitsplatz- und Einkommensgarantien für die Beschäftigten verbunden ist. Die Industriekonzerne müssen verpflichtet werden, diesen Umbau in die Wege zu leiten – sie sind gemäß dem Grundgesetz auf das Gemeinwohl zu verpflichten.“ (S. 60)</p>	<p>„Wir Freie Demokraten fordern die Rückkehr zu marktwirtschaftlichen Prinzipien. Wir wollen den Wettbewerb national und international stärken und insbesondere vermeiden, dass unnötige Verflechtungen von Markt- und Staatswirtschaft entstehen.</p> <p>Der Staat soll sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren und die Stärke des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs nutzen.“ (S. 7)</p>	<p>„Soziale Marktwirtschaft statt sozialistischer „Industriepolitik“: Wir lehnen es ab, dass sich die Bundesregierung zunehmend als Unternehmer versteht und betätigt. Sie nimmt direkten Einfluss auf Unternehmen und Innovationen und versucht die Wirtschaft durch Vorgaben und Subventionen zu steuern. Diese Art von Staatswirtschaft führt regelmäßig in den wirtschaftlichen Niedergang. Die Aufgabe des Staates soll die Erhaltung des Wettbewerbs und die Verhinderung von Monopolen, Kartellen und sonstigen, den Marktmechanismus schädigenden Einflüssen sein. Der Schutz vor Wettbewerb, staatlich verordnete Preiserhöhungen für vermeintlich gute Zwecke oder die von der Bundesregierung propagierte Schaffung „europäischer Monopole“ gehören nicht dazu.“ (S. 45)</p> <p>„Wir wollen die Wirtschaft von politisch herbeigeführten Belastungen komplett befreien.“ (S. 43)</p>
<p>Gut ausgestattete Förderpolitik orientiert an Standort- und Beschäftigungssicherung</p>	<p>„Strategische Förderprojekte der EU müssen die vorhandenen Stärken an europäischen Standorten, etwa der Mikroelektronik oder der Luft- und Raumfahrt, im Sinne der globalen Wettbewerbsfähigkeit weiter ausbauen.“ (S. 24)</p>	<p>„Wir brauchen den Staat als strategischen Investor, als Ordnung- und Gestaltungskraft zur Bewältigung der Herausforderungen unserer Zeit.“ (S. 19)</p>	<p>„Auf dem Weg zur Klimaneutralität werden in den kommenden Jahren hunderttausende neue Jobs entstehen – Green JobS. Sie entstehen im Handwerk und der Bauwirtschaft, in neuen Industriebereichen und der Kreislaufwirtschaft, in der Batteriezellenproduktion und der Wasserstoffindustrie sowie in neuen Dienstleistungsfeldern. Wir wollen, dass die neuen Jobs nach Möglichkeit einem Tarifvertrag oder mindestens gleichwertigen Bedingungen unterliegen. Darauf werden wir auch bei der Förderung von neuen Wirtschaftsfeldern achten.“ (S. 5)</p>	<p>„Mit einem staatlichen Industrie-Transformationsfonds über 20 Milliarden Euro pro Jahr wollen wir den notwendigen ökologischen Umbau in der Industrie, insbesondere der Autozuliefererindustrie unterstützen. Von diesem Fonds profitieren Betriebe, die Arbeitsplätze sichern, gute Löhne und flächendeckende Tarifverträge haben.“ S.60) „Über die öffentliche Förderung sollen regionale Wirtschafts- und Transformationsräte entscheiden, in denen neben der Politik und den Unternehmen auch Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbände</p>	<p>Keine Aussage</p>	<p>Keine Aussage</p>



 metallforderungen						
				gleichberechtigt Stimmrecht haben.“ (S. 12)		
Öffentliches Beschaffungswesen als Impulsgeber	Keine Aussage	„Wir werden die öffentliche Beschaffung so ausrichten, dass sie Innovationsimpulse setzt und den Zielen des sozial-ökologischen Wandels dient. Hierfür sollten die Vergabekriterien stärker auf Innovation, Tarifbindung, Geschlechtergerechtigkeit und klimafreundliche Nachhaltigkeit ausgerichtet werden“ (S. 19)	„Die öffentliche Beschaffung richten wir konsequent auf die ressourcenschonendsten und sozial verträglichsten Produkte und Dienstleistungen aus ...“ (S. 4) „Der Staat ... soll ... mit ... strategischer Industrie- und Beschaffungspolitik Dynamik entfachen“. (S. 64) „Bei der öffentlichen Vergabe sollen im Einklang mit europäischem Recht die Unternehmen zum Zug kommen, die tarifgebunden sind oder mindestens Tariflöhne zahlen. Dafür setzen wir auf ein Bundestariftreugesetz.“ (S. 43)	„Für die öffentliche Beschaffung müssen strenge sozialökologische Vorgaben gelten in Bezug auf Arbeits- und Umweltschutz in den Herstellerländern, Langlebigkeit und Reparierbarkeit.“ (S. 101) „... durch Vergabegesetze mit einer Tariftreueklausel bei öffentlichen Aufträgen für höhere Löhne“ (S. 80)	Keine Aussage	„Die AfD will Behörden verpflichten, das Beschaffungswesen an langfristigen strategischen und sicherheitspolitischen Erwägungen auszurichten.“ (S. 185)
Ziel vollständiger Wertschöpfungsketten in Deutschland/EU	„Wir müssen Wertschöpfungsketten innerhalb von Europa schließen und uns so unabhängiger von anderen Teilen der Welt machen. Wir brauchen neue Souveränität für Europa in allen systemrelevanten Wirtschaftsbereichen.“ (S. 24)	„Wir setzen uns für eine gezielte und koordinierte Unterstützung der deutschen und europäischen Digitalwirtschaft auf allen Technologie-Ebenen und entlang der gesamten Wertschöpfungsketten ein: von der Halbleiter-Fertigung und der Quantentechnologie über die Cloud und Künstliche Intelligenz und Edge-Computing bis zur Cyber-Sicherheit, sicherer und vertrauenswürdiger Hard- und Software sowie Netzwerktechnik und datenbasierten Geschäftsmodellen.“ (S. 14)	„Vor allem die Bereiche Künstliche Intelligenz (KI), Quantencomputing-, IT-Sicherheits-, Kommunikations- und Biotechnologie oder auch die weitere Entwicklung von ökologischen Batteriezellen wollen wir besonders fördern, damit wir unsere technologische Souveränität sichern können und in der weltweiten Konkurrenz vorne mitspielen.“ (S. 31)	„Wo es möglich ist, wollen wir regionale Wirtschaftskreisläufe stärken, um die teilweise absurden Auswüchse globalisierter Liefer- und Produktionsketten zurückzudrängen.“ (S. 139)	„Wir Freie Demokraten unterstützen das Ziel der Europäischen Union, eine größere strategische Souveränität zu erreichen. ... Die EU könnte ... in Zukunft ihre eigenen Interessen und Werte besser durchsetzen und in wichtigen Bereichen wie zum Beispiel Energieversorgung, Rohstoffimporte und digitale Technologie weniger abhängig und verwundbar werden. ... Der Wunsch nach strategischer Souveränität darf aber weder zu Protektionismus noch zu einer Selbstisolation führen.“ (S. 63)	„Die Weltwirtschaft befindet sich heute im Spannungsfeld zwischen einem weiteren Ausbau der globalen Verflechtungen und ihrer maßvollen Rückführung in dezentrale, regional fokussierte Wertschöpfungsstrukturen. Deutsche Außenhandelspolitik muss dabei einen diskriminierungsfreien Zugang zu ausländischen Import- und Exportmärkten für deutsche Unternehmen gewährleisten. Das schließt den Zugang zu Rohstoffen und die Freiheit der Handelswege mit ein.“ (S. 70)
Schutz strategisch wichtiger Branchen vor Abfluss von Know How	„Um unser Wissen zu schützen, brauchen wir klare Regeln für Investoren aus Drittstaaten. Wir müssen uns entschlossen den Versuchen zu feindlichen Übernahmen von Patenten und Lizenzen deutscher Unternehmen entgegenstellen.“ (S. 89)	„Als weltweiter Technologieführer muss die EU auch in Zukunftssektoren unabhängiger von Dritten sein. Wir werden die Entwicklung gemeinsamer Märkte und Infrastrukturen vorantreiben, strategisch wichtige Zukunftstechnologien entwickeln und Schlüsselindustrien schützen.“ (S. 56)	„Der EU-Prüfmechanismus für ausländische Direktinvestitionen muss verbessert werden, um zu verhindern, dass Europäische Unternehmen von hochsubventionierten ausländischen Firmen übernommen werden und ein neues EU-Instrument gegen wirtschaftlichen Zwang soll der EU helfen sich gegen rechtswidrigen ökonomischen Druck von außen zu wehren.“ (S. 33)	Keine Aussage	Keine Aussage	„Wir fordern außerdem eine stärkere Kontrolle und Berücksichtigung gesamtwirtschaftlicher und verteidigungspolitischer deutscher Interessen bei der Übernahme deutscher Unternehmen durch ausländische Konzerne und Finanzinvestoren. Sicherheitsrelevante und grundversorgungsrelevante Bereiche müssen vor Übernahmen geschützt werden.“ (S. 70)



 <b>metallforderungen</b>						
<p>Globaler Wettbewerb als Bezugsrahmen im europäischen Beihilferecht. Europäische Champions bilden</p>	<p>„Wir wollen das europäische Wettbewerbs- und Beihilferecht anpassen, um Verzerrungen beim Handel und im Wettbewerb infolge von Staatssubventionen und Interventionen in anderen Teilen der Welt auszugleichen“ (S. 24)</p>	<p>„Wir setzen uns für ein neu geordnetes Wettbewerbs- und Beihilferecht ein, das Wettbewerbsnachteile gegenüber anderen großen Wirtschaftsräumen verringert. ... Das Beihilferecht muss es dem Staat ermöglichen, den nötigen Kapitaleinsatz in den Unternehmen mit öffentlichen Mitteln zu unterstützen und auf diese Weise Arbeitsplätze zu erhalten.“ (S. 21)</p>	<p>„Durch eine Reform des EU-Beihilferechts können Wettbewerbsverzerrungen durch staatlich geförderte Konzerne aus anderen Weltregionen verhindert werden.“ (S. 33)</p>	<p>Keine Aussage</p>	<p>„Die Konzentration von Marktmacht auf etablierte und große Unternehmen behindert echten Wettbewerb und Innovation... Wir wenden uns daher ... gegen die politische Förderung von „nationalen Champions“ ... Das senkt letztlich die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen gegenüber amerikanischer und chinesischer Konkurrenz.“ (S. 8)</p>	<p>Keine Aussage</p>
<p>CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus</p>	<p>„... wollen wir gemeinsam mit unseren europäischen Partnern einen WTO-konformen CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich (Carbon Border Adjustment Mechanism) einführen.“ (S. 24)</p>	<p>„Wir werden für diesen bedeutenden Integrationsschritt die Besteuerung digitaler Großkonzerne, eine CO<sub>2</sub>-Grenzabgabe sowie neue Einnahmen aus dem Emissionshandel heranziehen.“ (S. 55)</p>	<p>„Mit der EU-Kommission setzen wir uns für einen Grenzausgleich von CO<sub>2</sub>-Kosten ein, damit ambitionierter Klimaschutz nicht zum Wettbewerbsnachteil wird.“ (S. 33)</p>	<p>„Wir setzen uns für einen europäischen CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus ein, der den Import CO<sub>2</sub>-intensiver Produkte bepreist.“ (S. 61)</p>	<p>„Ziel muss ein über den europäischen Emissionshandel (EU-ETS) hinaus international abgestimmtes Vorgehen beim Klimaschutz mit einheitlichem CO<sub>2</sub>-Preis für alle sein. Als Übergangslösung bis zu einem globalen CO<sub>2</sub>-Zertifikatehandel unterstützen wir die EU darin, eine WTO-konforme Weiterentwicklung des „Carbon Leakage“-Schutzes einzuführen, der sich am EU-ETS orientiert.“ (S. 58)</p>	<p>„Jedliche Form der CO<sub>2</sub>-Besteuerung ist abzuschaffen.“ „Das Klima kann keinen durch den Menschen postulierten und schon gar nicht garantierten Bestandsschutz haben. Das Klima ist per se nicht schutzfähig.“ „Dekarbonisierungsmaßnahmen lehnt die AfD ab. Das Pariser Klimaabkommen vom 12.12.2015 ist zu kündigen.“ „Statt einen aussichtslosen Kampf gegen den Wandel des Klimas zu führen, sollten wir uns an die veränderten Bedingungen anpassen, so wie es Pflanzen und Tiere auch tun. Die Menschheitsgeschichte belegt, dass Warmzeiten immer zu einer Blüte des Lebens und der Kulturen führten, während Kaltzeiten mit Not, Hunger und Kriegen verbunden waren.“ (S. 174-175)</p>
<p>Lieferkettengesetz weiterentwickeln</p>	<p>„Wir setzen uns für eine EU-Regelung für Lieferketten ein. Diese muss die Standards des deutschen Lieferkettensorgfaltgesetzes im EU-Binnenmarkt europaweit durchsetzen, aber nicht verschärfen.“ (S. 22)</p>	<p>„Wir ... fordern von Unternehmen weltweit die Einhaltung menschenrechtlicher und umweltbezogener Sorgfaltspflichten entlang globaler Lieferketten ... Es ist ein großer Erfolg der SPD, dass ein nationales Lieferkettengesetz auf den Weg gebracht werden konnte. Wir werden es konsequent weiterentwickeln.“ (S. 61)</p>	<p>„Nachbesserungen am deutschen Lieferkettengesetz sind dringend notwendig, z.B. eine Ausweitung der erfassten Unternehmen, aber auch eine Erweiterung der umweltbezogenen Sorgfaltspflichten. Darüber hinaus setzen wir uns auch auf europäischer Ebene für eine ambitionierte, verbindliche Regelung in internationalen Lieferketten ein.“ (S. 34)</p>	<p>„Wir fordern ein Lieferkettengesetz, das seinen Namen verdient. Das Gesetz der Bundesregierung lässt zu viele Lücken. Unternehmen ab 250 Mitarbeiter*innen sowie kleine und mittlere Unternehmen in Risikobranchen müssen verpflichtet werden, um entlang ihrer gesamten Wertschöpfungsketten Menschenrechtsverletzungen, Kinderarbeit und Umweltzerstörungen auszuschließen. Das beinhaltet eine wirksame zivil-</p>	<p>„Wir treten ... für eine einheitliche europäische Regelung zur menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht in der Lieferkette ein. ... Viele deutsche und europäische Unternehmen ... haben ... weder die Marktmacht noch das Personal, um die Einhaltung der Menschenrechte entlang ihrer Lieferketten weltweit zu garantieren. Damit das Engagement nicht gefährdet wird, sollte die Haftung</p>	<p>„Deutsche Außenhandelspolitik muss dabei einen diskriminierungsfreien Zugang zu ausländischen Import- und Exportmärkten für deutsche Unternehmen gewährleisten. Das schließt den Zugang zu Rohstoffen und die Freiheit der Handelswege mit ein. ... Ideologisch motivierte Alleingänge, wie das Lieferkettengesetz, lehnen wir ab.“ (S. 70)</p>

 metallforderungen						
				<p>rechtliche Haftungsregel ... Eigenständige umweltbezogene Sorgfaltspflichten, der Einbezug von betroffenen Personengruppen in Entscheidungsprozesse sowie Maßnahmen zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit müssen viel stärker gefördert werden.“ (S. 140)</p>	<p>in der Lieferkette nur auf den Bereich der direkten Kontrolle bezogen werden, ohne neue zivilrechtliche Haftungsansprüche zu begründen.“ (S. 74)</p>	
<p>Transformationsfonds für die Stahlindustrie in Höhe von 10 Mrd. bis 2030</p>	<p>Keine Aussage</p>	<p>„Den Umstieg auf klimaschonende Produktionsprozesse werden wir durch direkte Investitionsförderung staatlich unterstützen und die derzeitigen höheren Kosten von klimaschonenden Technologiemäßen ausgleichen.“ (S. 10)</p>	<p>„Die energieintensiven Industrien – Stahl, Zement, Chemie – stehen für 15 Prozent des deutschen CO<sub>2</sub>-Ausstoßes. ... Wir wollen diese Industrien zum Technologievorreiter bei der Entwicklung klimaneutraler Prozesse machen. ... Damit die Investitionen schon heute in auch langfristig klimaverträgliche Anlagen fließen können, fördern wir mit Investitionszuschüssen und degressiven Abschreibungen direkt die Transformation.“ (S. 25)</p>	<p>„Ein Investitionsprogramm für einen zukunftssicheren Umbau hin zu einer klimaneutralen Stahl- und Grundstoffindustrie, unter anderem mit Einsatz von grünem Wasserstoff. Staatliche Hilfgelder darf es nur mit demokratischer Kontrolle und im Gegenzug zu öffentlichen Eigentumsanteilen an den Stahlkonzernen und einer stärkeren Mitbestimmung der Belegschaften geben.“ (S. 61)</p>	<p>Keine Aussage</p>	<p>„Begründet wird der radikale Umbau von Industrie und Gesellschaft mit der Behauptung, dass durch eine Dekarbonisierung, also den Verzicht auf die Nutzung von Kohle, Öl und Gas, eine vom Menschen gemachte „Klimakatastrophe“ noch verhindert werden könne. Wir halten diese These und die daraus abgeleiteten Maßnahmen für falsch.“ (S. 174)</p>
<p>Klimaschutzverträge zur staatliche Unterstützung von Investitionen in der Industrie</p>	<p>„Wir sehen zudem in Carbon Contracts for Difference ein wichtiges Instrument, um unsere Unternehmen beim Klimaschutz zu unterstützen.“ (S. 42)</p>	<p>„Den Umstieg auf klimaschonende Produktionsprozesse werden wir durch direkte Investitionsförderung staatlich unterstützen und die derzeitigen höheren Kosten von klimaschonenden Technologien ausgleichen“ (S. 10)</p>	<p>„Klimaverträge (Carbon Contracts for Difference), die die Differenz zwischen dem aktuellen CO<sub>2</sub>-Preis und den tatsächlichen CO<sub>2</sub>-Vermeidungskosten finanzieren, sorgen für Investitionssicherheit.“ ... „Öffentliche Investitionszuschüsse sollen gerade bei neuen Technologien eine Starthilfe geben; Klimaverträge helfen, dauerhafte Planungssicherheit für langfristige Klimaschutzinvestitionen zu geben.“ (S. 25)</p>	<p>Keine Aussage</p>	<p>Keine Aussage</p>	<p>„Begründet wird der radikale Umbau von Industrie und Gesellschaft mit der Behauptung, dass durch eine Dekarbonisierung, also den Verzicht auf die Nutzung von Kohle, Öl und Gas, eine vom Menschen gemachte „Klimakatastrophe“ noch verhindert werden könne. Wir halten diese These und die daraus abgeleiteten Maßnahmen für falsch.“ (S. 174)</p>
<p><b>Für eine regionale Strukturpolitik (metallforderung 02)</b></p>						
<p>Regionale Strukturpolitik nicht nur an strukturschwache Regionen richten sondern auch auf industrielle Strukturen im Umbruch</p>	<p>Keine Aussage</p>	<p>„... der Staat ... gibt Impulse ... durch eine aktive Förderung der Regionen im Wandel ...“ (S. 4)</p>	<p>„Die ökologische Modernisierung ist gerade für viele industriell geprägte Regionen eine große Herausforderung. Um Regionen und insbesondere die dort ansässigen kleinen und mittleren Unternehmen zu unterstützen, wollen wir</p>	<p>„DIE LINKE fordert einen Solidar-pakt III zur Bewältigung des Strukturwandels in Regionen in und nach dem industriellen Umbruch.“ (S. 88)</p>	<p>„Die europäische Innovationspolitik soll gezielt schwächeren Regionen zugutekommen, um dort ineffiziente Strukturen zu überwinden.“ (S. 67) ... „Um die Entstehung von Clustern insbesondere bei IT Schlüsseltechnologien wie Künstliche Intelligenz und</p>	<p>Keine Aussage</p>

 metallforderungen						
			regionale Transformationsfonds auflegen.“ (S. 5)		Blockchain zu begünstigen, wollen wir bestimmte Regionen als digitale Freiheitszonen ausweisen. Dort sollen weniger Regularien gelten.“ (S. 25)	
Transformationsfonds für Regionen des Wandels auflegen	Keine Aussage	„Gemeinsam mit Sozialpartnern und lokalen Akteuren werden wir regionale Transformationscluster aufbauen, um neue, qualifizierte und gut bezahlte Beschäftigung in den Regionen zu schaffen.“ (S. 12)	„Transformationsfonds für die Regionen: Die ökologische Modernisierung ist gerade für viele industriell geprägte Regionen eine große Herausforderung. Um Regionen und insbesondere die dort ansässigen kleinen und mittleren Unternehmen zu unterstützen, wollen wir regionale Transformationsfonds auflegen. Die Förderung richtet sich an Unternehmen, die aus eigener Kraft den ökologischen Strukturwandel nicht bewältigen können, mit ihrem Standort aber fest in der Region verankert sind und dort bleiben wollen. Regionale Akteure aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften sollen eingebunden werden und gemeinsame Visionen erarbeiten, wo die Region sozial und wirtschaftlich in Zukunft stehen sollte“ (S. 5)	„Mit einem staatlichen Industrie-Transformationsfonds über 20 Milliarden Euro pro Jahr wollen wir den notwendigen ökologischen Umbau in der Industrie, insbesondere der Autozuliefererindustrie unterstützen. Von diesem Fonds profitieren Betriebe, die Arbeitsplätze sichern, gute Löhne und flächendeckende Tarifverträge haben.“ (S. 12) „Das finanzielle Volumen muss an den Solidarpakt II anknüpfen, deshalb fordern wir mindestens 10 Milliarden Euro jährlich aus Bundesmitteln für den Strukturwandel und Kohäsion zur Verfügung zu stellen. Unser Solidarpakt III richtet sich an alle strukturschwachen Regionen in Deutschland.“ (S. 88)	Keine Aussage	Keine Aussage
Regionale Transformationsnetzwerke fördern	Keine Aussage	„Gemeinsam mit Sozialpartnern und lokalen Akteuren werden wir regionale Transformationscluster aufbauen, um neue, qualifizierte und gut bezahlte Beschäftigung in den Regionen zu schaffen“ (S. 12)	„Wir wollen sowohl die Beschäftigten wie auch die besonders betroffenen Autoregionen mit regionalen Transformationsdialogen und –fonds unterstützen. Damit erhalten wir die Wertschöpfungskette im Mittelstand und sichern vor Ort Arbeitsplätze.“ (S. 26)	„Über die öffentliche Förderung sollen regionale Wirtschafts- und Transformationsräte entscheiden, in denen neben der Politik und den Unternehmen auch Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbände gleichberechtigt Stimmrecht haben.“ (S. 12)	Keine Aussage	Keine Aussage

## 2. Eine soziale und ökologische Mobilitäts- und Energiewende

metallforderungen						
<b>Für eine soziale Mobilitätswende (metallforderung 03)</b>						
Ladeinfrastruktur für E-Autos mit Hochdruck ausbauen	„Für den weiteren Ausbau des elektrifizierten Verkehrs ist der Ausbau der Ladeinfrastruktur entscheidend. Zur weiteren Beschleunigung wollen wir sie künftig in alle gewerblichen und öffentlichen Neubauimmobilien integrieren und diese auch in Parkhäusern verbessern. ... Wir wollen, dass Schnellladesäulen bundesweit im Fernverkehr möglichst innerhalb von zehn Minuten erreicht werden können und zudem das Bezahlssystem sowie die Anschlüsse vereinfacht und standardisiert werden.“ (S. 49)	„Wir brauchen mehr Tempo beim Ausbau der Stromnetze, Bahnstrecken, Wasserstoffleitungen und Ladesäulen für Elektroautos. Der Ausbau dieser Infrastrukturen muss dem Bedarf vorausgehen.“ (S. 9)  „Den Fortschritt beim Ausbau der Ladesäulen für Elektroautos wollen wir vierteljährlich evaluieren und wo nötig mit Versorgungsaufgaben und staatlichem Ausbau die notwendige verlässliche Erreichbarkeit von Ladepunkten herstellen.“ (S. 12)	„Wir beschleunigen den flächendeckenden Ausbau einer einheitlichen Ladeinfrastruktur, besonders im ländlichen Raum, inklusive Schnellladesäulen. Laden muss flächendeckend in Deutschland und Europa schnell, ökologisch, günstig und bequem möglich sein.“ (S. 12)	„Der Staat muss die Schaffung eines angemessenen Ladenetzes für Elektrofahrzeuge – auch mit den Ländern der EU – koordinieren.“ (S. 65)	„Wir Freie Demokraten wollen den flächendeckenden Ausbau von Schnellladesäulen und interoperablen Bezahlstrukturen für die E-Mobilität. Dafür wollen wir einen diskriminierungsfreien Zugang der Ladestromanbieter zu den Ladesäulen gegen Gebühr sowie transparente Preis- und Abrechnungssysteme zugunsten der Kundinnen und Kunden durchsetzen.“ (S. 28)	„Die heutige einseitige Bevorzugung von Elektromobilität ist auf Grund mangelnder Stromkapazitäten und der globalen Umweltbelastung bei der Batterieproduktion sofort zu stoppen. ... Wenn die bestehende, realitätsfremde EU- CO <sub>2</sub> -Reduktionsgesetzgebung im Verkehrssektor nicht verhindert werden kann, sind synthetische Kraftstoffe als zukunftsfähiger Treibstoff für Verbrennungsmotoren zu berücksichtigen.“ (S. 191)
E-Autos und Plug In Hybride weiter fördern	Keine Aussage	„... Maßnahmen wie ... der Umweltbonus beim Kauf eines Elektroautos oder Förderprogrammen zum Heizungstausch ... sorgen ... dafür, dass klimafreundliche Alternativen attraktiver werden.“ (S. 10)	„Die Kaufförderung emissionsfreier Autos wollen wir in ein Bonus-Malus-System überführen und für Elektro-Leichtfahrzeuge öffnen. Klimafreundliche Autos werden billiger, klimaschädliche teurer. Auch die Umrüstung bestehender Verbrenner zu emissionsfreien Autos wollen wir fördern.“ (S. 12)	„Kaufprämien für Autos lehnen wir ab.“ (S. 65)	„Auf teure Subventionen wie die Kaufprämie für E-Autos wollen wir verzichten.“ „Wir ... werden wir die von der EU festgelegten CO <sub>2</sub> -Flottengrenzwerte und die aktuellen Subventionen im Fahrzeugbau auf den Prüfstand stellen und eine ganzheitliche Betrachtung der Fahrzeuge vornehmen. Wir wollen alternative Mobilitätskonzepte erkunden, ohne bestimmte Antriebstechnologien zu bevorzugen.“ (S. 28)	„Die heutige einseitige Bevorzugung von Elektromobilität ist auf Grund mangelnder Stromkapazitäten und der globalen Umweltbelastung bei der Batterieproduktion sofort zu stoppen. ... Wenn die bestehende, realitätsfremde EU- CO <sub>2</sub> -Reduktionsgesetzgebung im Verkehrssektor nicht verhindert werden kann, sind synthetische Kraftstoffe als zukunftsfähiger Treibstoff für Verbrennungsmotoren zu berücksichtigen.“ (S. 191)
Batteriezellfertigung und –Recycling in Deutschland ansiedeln	Keine Aussage	„Wir werden Deutschland zu einem Zentrum der Batteriezellfertigung und des Recyclings gebrauchter Batterien machen.“ (S. 12)	„Wir wollen in Europa eine eigene, nachhaltige Batteriezellproduktion schaffen, zu der ein wirksames Recyclingsystem gehört sowie die Forschung und Entwicklung der nächsten Batteriegeneration. Dazu setzen wir auf klare Vorgaben bei den Ökostandards und ein umfassendes Forschungs- und Förderprogramm.“ (S. 26)	Keine Aussage	Keine Aussage	„Die heutige einseitige Bevorzugung von Elektromobilität ist auf Grund mangelnder Stromkapazitäten und der globalen Umweltbelastung bei der Batterieproduktion sofort zu stoppen“ (S. 191)

 metallforderungen						
Tankstellennetz für Brennstoffzellen LKW ausbauen	Keine Aussage	„Im Schwerlastverkehr wird auch die Wasserstoff-Brennstoffzelle eine wichtige Rolle spielen.“ (S. 12)	„Zusammen mit ambitionierten CO <sub>2</sub> -Flottengrenzwerten und Quoten, der Förderung klimafreundlicher Antriebe und dem schnellen Aufbau der entsprechenden Infrastrukturen werden auch Lkw absehbar lokal emissionsfrei.“ (S. 14)	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage
Ein souveränes europäisches Ökosystem der Digitalisierung	„Wir müssen ... diese Souveränität ... des Staates ... auch digital sicherstellen und zu einem Parameter unseres digitalpolitischen Handelns machen. Für uns bedeutet digitale Souveränität nicht Abschottung. Wir brauchen eine kluge Balance aus Maßnahmen für mehr digitale Autonomie und dem Management verschiedener internationaler Handlungsoptionen, um die Risiken der digitalen Abhängigkeit beherrschbar zu machen.“ „Um selbstbestimmt handlungsfähig zu bleiben, braucht Europa auch ganz konkret wieder eigene Hard- und Softwarehersteller, die weltweit wettbewerbsfähig sind.“ (S. 93) „Wir wollen, dass Deutschland Weltmarktführer für sichere IT-Lösungen und attraktiver Standort für innovative Unternehmen der Cybersicherheit wird. Dazu gehören führende Verschlüsselungstechnik und Security-by-design-Lösungen, damit Hackerangriffe unmöglich werden, sowie diskriminierungsfreie Algorithmen.“ (S. 118)	„Wir brauchen in Europa eine selbstbestimmte Entwicklung und Herstellung der notwendigen Komponenten und Bauteile, damit nicht ausschließlich US- und chinesische Hersteller über den Erfolg und die Netzwerksicherheit digitaler Infrastrukturen in Europa entscheiden. Dafür wollen wir einen gemeinsamen Kraftakt in Europa, der eine gemeinsame europäische Entwicklung und Produktion solcher Komponenten strategisch und langfristig aufbaut. Wir setzen uns für eine gezielte und koordinierte Unterstützung der deutschen und europäischen Digitalwirtschaft auf allen Technologie-Ebenen und entlang der gesamten Wertschöpfungsketten ein: von der Halbleiter-Fertigung und der Quantentechnologie über die Cloud und Künstliche Intelligenz und Edge-Computing bis zur Cyber-Sicherheit, sicherer und vertrauenswürdiger Hard- und Software sowie Netzwerktechnik und datenbasierten Geschäftsmodellen. ... Wir setzen uns ein für eine europäische Cloud-Infrastruktur.“ (S. 14)	„Wir investieren in Spitzenforschung und die Bildung von Clustern in diesen Bereichen. Wir wollen bereits heute den Grundstein legen für die Europäische Souveränität in weiteren Trends der KI, etwa mit der Unterstützung eines europäischen Ökosystems für das Erproben von allgemeiner Künstlicher Intelligenz (Artificial General Intelligence).“ (S. 31)  „Beim Ausbau digitaler Infrastrukturen, wie z.B. 5G, wollen wir die Integrität unserer kritischen Infrastruktur, die digitale Souveränität Europas und die Einhaltung der Menschenrechte wie das Recht auf Privatsphäre sicherstellen. Dafür sind einerseits höchste IT-Sicherheitsstandards für Komponenten in digitalen Infrastrukturen nötig. Andererseits wollen wir die technologische Unabhängigkeit Europas durch verstärkte Eigenentwicklungen und -produktionen, durch vielfältige digitale Ökosysteme und offene Standards stärken.“ (S. 32)	„Technologische, wirtschaftliche und politische Macht ist extrem konzentriert in den Händen einiger weniger Digitalkonzerne. Die »Big Five«, Google, Amazon, Facebook, Apple und Microsoft, vereinen enormes Vermögen, Markt- und Monopolmacht: über 6,4 Billionen US-Dollar (Juli 2020). In der Pandemie haben sie ihre Profite weiter gesteigert. Wir brauchen ein Kartellrecht, das auch online scharfe Zähne hat: Monopole müssen zerschlagen werden. Wir setzen auf Commons-basierte öffentliche Alternativen. Nur so haben alternative Plattformen eine Überlebenschance und können für viele Menschen attraktiv werden. Auf europäischer Ebene setzen wir uns für Richtlinien und Vorgaben zur Entflechtung marktbeherrschender Monopole ein. Es darf nicht den Profitinteressen dieser Konzerne überlassen bleiben, über Inhalte und Zugang zum Internet zu entscheiden.“ (S. 93)	„Wir Freie Demokraten unterstützen das Ziel der Europäischen Union, eine größere strategische Souveränität zu erreichen. ... Mit den erforderlichen Mitteln ausgestattet, könnte die EU in Zukunft ihre eigenen Interessen und Werte besser durchsetzen und in wichtigen Bereichen wie zum Beispiel Energieversorgung, Rohstoffimporte und digitale Technologie weniger abhängig und verwundbar werden. ... Der Wunsch nach strategischer Souveränität darf aber weder zu Protektionismus noch zu einer Selbstisolation führen.“ (S. 63)	„Zur Verbesserung der Sicherheit digitaler Verwaltungssysteme fordert die AfD die Bündelung europäischer IT-Kompetenzen im Rahmen von Forschungs- und Entwicklungskooperationen mit dem Ziel, europäische Hard- & Systemsoftware zu entwickeln, um von Lösungen außereuropäischer Anbieter unabhängiger zu werden.“ „Künstliche Intelligenz ist eine Technik der Zukunft mit einem hohen wirtschaftlichem Potential; die Konkurrenz durch multinationale Konzerne in diesem Bereich ist jedoch groß. Daher wollen wir die Kompetenzen im Bereich KI in der Bundesrepublik besser bündeln und nationale Kooperationen stärker fördern.“ (S. 185)
ÖPNV schnell weiter ausbauen	„Unser Ziel ist es, überall ein bedarfsgerechtes Grundangebot im öffentlichen Verkehr sicherzustellen – auch auf dem Land. Wir wollen deshalb einen flächendeckenden Mindeststandard schaffen, der allen Menschen einen gleichwertigen, barrierearmen und ein	„Unser Ziel ist eine Mobilitätsgarantie: Jede*r Bürger*in – in der Stadt und auf dem Land - soll einen wohnortnahen Anschluss an den öffentlichen Verkehr haben.“ „Wir werden einen Mobilitätsplan 2030 auf den Weg bringen, der den öffentlichen Personennahverkehr und den Schienenverkehr	„Wir wollen die Fahrgastzahlen im ÖPNV bis 2030 verdoppeln. Dazu muss der öffentliche Personennahverkehr attraktiver, innovativer und vollständig barrierefrei werden. Wir wollen den ÖPNV zudem besser verknüpfen – vom Fernverkehrsnetz bis hin zu	„Der ÖPNV muss flächendeckend und barrierefrei ausgebaut werden. Bis 2030 wollen wir die Zahl der Nutzer*innen verdoppeln (im Vergleich zu vor Corona). Dafür brauchen wir wesentlich mehr Mittel vom Bund. Es braucht neben Schienen und Fahrzeugen mehr Stellen, gute Bezahlung und	„Für alle Verkehrswege – von der Schiene über die Straße bis zum Radweg – muss der Aufwuchs der Investitionsmittel verlässlich fortgesetzt und zügig verbaut werden. Dabei haben Sanierung und Modernisierung für uns Priorität.“ (S. 27)	„Für den Schienenpersonenverkehr muss Deutschland ein besser ausgebautes und abgestimmtes öffentliches Nah- und Fernverkehrsnetz erhalten, das sich am einfachen und zuverlässigen Modell der Schweiz orientiert.“ (S. 189)



 metallforderungen						
	<p>fachen Zugang zum ÖPNV gewährt. Den Deutschlandtakt werden wir im Fern- und Regionalverkehr realisieren.“ (S. 130)</p>	<p>auf ein neues Niveau bringt. Der Bund wird durch Austauschprogramme seinen Beitrag leisten, damit alle neuen Busse und Bahnen bis 2030 in den Kommunen klimaneutral fahren und die vorhandenen Flotten modernisiert sind.“ (S. 11)</p>	<p>Bike&amp;Ride – und regionale Kooperationen stärken. Zusammen mit den Ländern werden wir eine Zukunfts- und Ausbauoffensive starten, durch eine Mobilitätsgarantie flächendeckende Anbindungen schaffen, Investitionen in Fahrzeuge und das ÖPNV-Netz erhöhen und Finanzierungsinstrumente wie das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und die Regionalisierungsmittel für diese Ziele ausbauen.“ (S. 11)</p>	<p>gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten. Knapp 200 000 Beschäftigte müssen innerhalb der nächsten zehn Jahre im Fahrdienst, in der Instandhaltung und in weiteren Bereichen der Verkehrsbetriebe eingestellt werden, damit der Ausbau des Angebots und eine ökologische Mobilitätswende gelingen.“ (S. 62)</p>		
<p>In die Schiene investieren (Infrastruktur und Fuhrparks)</p>	<p>„Um das Schienennetz zukunftsfest zu machen, Lücken zu schließen, Strecken zu elektrifizieren und mehr Kapazitäten zu schaffen, werden wir mehr in den bedarfsgerechten Infrastrukturausbau investieren – insbesondere in die Digitalisierung von Schiene und Fahrzeugen (ETCS-Ausbau)“ (S. 48)</p>	<p>„Der Schienenverkehr ist ein Schwerpunkt unserer verkehrspolitischen Agenda. Bahnfahren soll innereuropäisch günstiger und attraktiver als Fliegen sein. Wir wollen rasch einen Deutschlandtakt umsetzen und einen Europatakt aufbauen. Hierfür werden wir investieren: in den Aus- und Neubau des Schienennetzes, in den Lärmschutz und den Ausbau und die Attraktivitätssteigerung von Bahnhöfen. Wir haben das Ziel, alle Großstädte wieder ans Fernverkehrsnetz anzuschließen und neue schnelle Zug- und Nachtzugverbindungen in unsere Nachbarländer zu etablieren. ... Bis 2030 wollen wir mindestens 75 Prozent des Schienennetzes elektrifizieren, die Schiene weiter digitalisieren und für nicht elektrifizierte Strecken verbindliche Nutzungen wie den Einsatz von wasserstoffbetriebenen Zügen unterstützen.“ (S. 11)</p>	<p>„Wir wollen den Deutschlandtakt weiterentwickeln und realisieren, um den Menschen mit mehr, resilienteren und besser aufeinander abgestimmten Bahnangeboten in Stadt und Land attraktive und für alle bezahlbare Mobilitätsangebote zu machen. Dafür wollen wir alle deutschen Großstädte regelmäßig an den Fernverkehr anbinden, die Takte im Regionalverkehr verdichten und den Zugverkehr wieder stärker in die Fläche bringen. ... Den Aus- und Neubau, die Elektrifizierung und Digitalisierung des Netzes treiben wir zügig voran. ... Wir wollen 100 Milliarden Euro verteilt bis 2035 zusätzlich in Schienennetz und Bahnhöfe investieren und im Zusammenwirken mit den Ländern die Regionalisierungsmittel zweckgebunden noch einmal erhöhen, sodass sich die Pro-Kopf-Investitionen an das europäische Niveau angleichen.“ „Wir schaffen ... einen Infrastrukturfonds, der sich auch aus Einnahmen aus der Lkw-Maut speist.“ (S. 10-11)</p>	<p>„Wir bauen Bus und Bahn aus. Den Nahverkehr machen wir attraktiver und schrittweise kostenlos. In die Schiene wird investiert und Bahnfahren wird billiger. In den Städten fahren weniger Autos, dafür werden mehr Ziele mit bedarfsgerechten öffentlichen Verkehrsmitteln, zu Fuß und mit dem Rad erreichbar. Lieferverkehr wird öffentlich organisiert und die Arbeitsbedingungen werden verbessert. Bis 2030 ist in Städten und auch in den ländlichen Regionen die Mehrheit der Menschen nicht mehr auf ein Auto angewiesen, sodass deren Zahl insgesamt deutlich reduziert werden kann ... Das Angebot und Streckennetz der Bahn muss flächendeckend ausgebaut werden und bezahlbar sein, sodass alle Ziele bequem mit der Bahn erreichbar sind. ... DIE LINKE tritt für eine bedarfsdeckende Finanzierung der Bahn und für den Ausbau ein. ... Wir wollen die öffentlichen Investitionen in die Schieneninfrastruktur um das Fünffache erhöhen.“ (S. 62-63)</p>	<p>„Bahnverkehr privatisieren – mehr Wettbewerb auf der Schiene - Wir Freie Demokraten wollen die Infrastruktur und den Bahnbetrieb bei der Schiene trennen und den Betrieb privatisieren. Das Netz soll im Eigentum des Bundes bleiben. Ziel ist es, mehr Personen und Güter auf der Schiene zu transportieren. Das gelingt aber nicht mit einer Staatsbahn, sondern nur mit mehr Wettbewerb, mehr Digitalisierung und niedrigeren Trassenpreisen für die Nutzung der Schienenwege.“ (S. 26)</p>	<p>„Die AfD unterstützt den Ausbau des zu lange vernachlässigten Schienennetzes – insbesondere die Beseitigung von Engpässen und die Erweiterung des Hochgeschwindigkeitsnetzes. Beim angestrebten Deutschlandtakt muss eine Verkürzung der Reisezeiten auf allen Verbindungen das oberste Ziel sein.“ (S. 190)</p>
<p>Alternative Antriebe in Schifffahrt und Luftverkehr fördern</p>	<p>„Die deutsche Luftverkehrswirtschaft ... soll zum Technologieführer für das klimaneutrale Fliegen werden. Zudem werden wir</p>	<p>„... Zusätzlich werden wir Forschung, Entwicklung und Pilotprojekte vorantreiben, damit Schiffe, Flugzeuge und Laster kein klimaschädliches CO<sub>2</sub> mehr</p>	<p>„Die Schifffahrt wollen wir durch verbindliche Emissionsminderungsziele und eine Einbeziehung in den EU-Emissionshandel</p>	<p>„In die Hoheitsgewässer der EU sollen nur noch mit Diesel oder umweltfreundlichen Antriebsarten betriebene Fracht- und Kreuzfahrtschiffe einfahren dürfen. Die</p>	<p>Keine Aussage</p>	<p>„Der globale Flugverkehr ist von elementarer Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Deutschland und darf nicht kurzfristig einer</p>



 metallforderungen						
	<p>unsere Schifffahrt stärken und zukunftsfest machen.“ „Wir werden das Luftfahrtforschungsprogramm ausbauen und ein Technologie-Demonstrator-Programm einrichten.“ „Flüge, bei denen alternative Kraftstoffe eingesetzt werden, wollen wir von der Luftverkehrssteuer befreien.“ (S. 49) „In der Binnenschifffahrt übernehmen wir mit einer stärkeren Förderung von alternativen Kraftstoffen wie E-Fuels und Wasserstoff die Technologieführerschaft.“ (S. 50)</p>	<p>ausstoßen.“ (S. 12)</p>	<p>klimateutral machen. Wir setzen die politischen Rahmenbedingungen dafür, dass die Schifffahrt schnellstmöglich wekommt vom Schweröl mit seinen giftigen Abgasen und dass sich stattdessen Landstromanlagen, emissionsarme Terminals, alternative Schiffsantriebe und klimaneutrale Treibstoffe ebenso wie faire Arbeitsbedingungen für alle an der Seefahrt Beteiligten durchsetzen.“ (S. 14) „Das Fliegen wollen wir nachhaltig, zukunftsfähig und langfristig unabhängig von fossilen Treibstoffen machen. Dafür sorgen ein strikter europäischer Emissionshandel, die Förderung moderner Flugzeugtechnologien und die Erhöhung der Beimischungsquoten mit einem klaren Anstiegspfad, der fossiles Kerosin durch strombasierte Kraftstoffe aus Erneuerbaren Schritt für Schritt ersetzt. Bis 2030 soll die Quote statt 2 Prozent mindestens 10 Prozent betragen und im Folgejahrzehnt deutlich anwachsen. Den Aufbau von Produktionsanlagen dafür fördern wir.“ (S. 14)</p>	<p>Verwendung von stark umweltschädlichem Schweröl wird damit eingeschränkt.“ (S.66) „DIE LINKE fordert, Wasserstoff und dessen Folgeprodukte künftig nur auf Basis von Ökostrom zu gewinnen und ausschließlich dort einzusetzen, wo keine effizienteren Alternativen dazu vorhanden sind, so etwa bei der Dekarbonisierung der Stahlindustrie, von Flug- und im Seeverkehr sowie zur Rückverstromung während Dunkelflauten.“ (S. 72)</p>		<p>unwissenschaftlichen Klima-Hysterie geopfert werden.“ (S. 190)</p>
<p><b><u>Für eine schnellere Energie- und Wärmewende</u></b> <b>(metallforderung 04)</b></p>						
<p>Verlässliche und Höhere Ausbaupfade und höhere Ausschreibungen für Erneuerbare, um 65-70% EE bei Strom in 2030 zu erreichen</p>	<p>„Wir werden den Ausbau der Erneuerbaren Energien entscheidend voranbringen und daher deutlich schneller ausbauen, damit der stark steigende Energiebedarf gedeckt wird.“ „Mit einem Sonnenpaket werden wir den Ausbau der Photovoltaik fördern. Genehmigungsverfahren für Photovoltaikanlagen wollen wir möglichst einfach über eine Onlineplattform gestalten. Wir wollen, dass beim Bau von Freiflächen-</p>	<p>„Der massive Ausbau der erneuerbaren Energien und die Beteiligung der Bürger*innen vor Ort, beispielsweise durch Energiegenossenschaften, werden das Herzstück unserer Klimaschutz- und Energiepolitik. In einem Zukunftspakt zwischen Bund, Ländern, Kommunen und kommunalen Spitzenverbänden vereinbaren wir verbindliche Ausbauziele für erneuerbare Energien wie Sonne, Wind und Geothermie.</p>	<p>„Unser Ziel ist es, 100 Prozent erneuerbare Energien bis 2035 zu erreichen. ... Unser Ziel ist ab sofort ein jährlicher Zubau von mindestens 5 bis 6 Gigawatt (GW) Wind an Land, ab Mitte der 20er Jahre von 7 bis 8 GW, bei Wind auf See wollen wir 35 GW bis 2035. Bei Solar werden wir den Ausbau von beginnend 10 bis 12 GW auf 18 bis 20 GW pro Jahr steigern ab Mitte der 2020er. Mit einer umfassenden Steuer- und</p>	<p>„Der Zubau an erneuerbaren Energien muss in der nächsten Legislaturperiode und in den Folgejahren stetig gesteigert werden. In den Jahren bis 2025 wollen wir pro Jahr mindestens 10 Gigawatt (GW) Photovoltaik installieren, sowie 7 GW Windenergie an Land und 2 GW auf See.“ (S. 69)</p>	<p>„Wir Freie Demokraten wollen erneuerbare Energien vollständig in den Wettbewerb überführen und die Förderung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) beenden. Gesetzlich vorgegebene Ausbaupfade für einzelne Technologien und staatlich garantierte Abnahmepreise lehnen wir ab.“ (S. 79)</p>	<p>„Ausbau von erneuerbaren Energien einschränken - Der politisch-ideologisch forcierte und staatlich subventionierte Ausbau regenerativer Energien ist nicht nur ein ökonomisches Desaster, sondern belastet auch unsere Heimat, unser Lebensgefühl und unsere Natur in erheblichem Maße. Wir lehnen die undurchsichtigen Verfahren ab, die den Ausbau sogenannter erneuerbarer Energien über die Köpfe der Bürger</p>



 metallforderungen						
	<p>Photovoltaikanlagen der Landwirtschaft keine zusätzlichen Flächen für naturschutzrechtlichen Ausgleich entzogen werden, wenn Mindestkriterien für Naturschutz und biologische Vielfalt auf der Anlagenfläche erfüllt werden.“ „Wir fördern den naturverträglichen Ausbau von Wind onshore und offshore sowie das Repowering von Anlagen.“ (S. 42 - 43)</p>	<p>Damit die Energiewende vor Ort zur Win-Win-Situation für alle wird, laden wir Bürger*innen und Gemeinden zum Mitmachen ein, indem wir Mieterstrom und gemeinschaftliche Eigenversorgung stärken, kommunale Beteiligungsmodelle ausweiten und nachhaltige Stromanleihen auflegen.“ (S. 9)</p>	<p>Abgabenreform wollen wir dafür sorgen, dass die Sektorenkopplung vorankommt und Strom zu verlässlichen und wettbewerbsfähigen Preisen vorhanden ist.“ (S. 4)</p>			<p>hinweg ermöglichen.“ (S. 205) ... „Eine komplette Umstellung unserer Energieversorgung auf volatile „erneuerbare“ Energielieferanten ist unökologisch unrealistisch und daher abzulehnen.“ (S. 177)</p>
<p>Annahmen zum Strombedarf deutlich nach oben korrigieren.</p>	<p>„ ... der stark steigende Energiebedarf ...“ (S. 42)</p>	<p>„Unser Strombedarf wird in den kommenden Jahren und Jahrzehnten deutlich steigen, weil wir anstatt fossiler Energieträger deutlich mehr Strom im Verkehr und der Industrie einsetzen werden. Allein bis 2030 brauchen wir jährlich ungefähr 10 tWh Strom zusätzlich - das entspricht dem Stromverbrauch von Hamburg. Wir brauchen deshalb ein Jahrzehnt des entschlossenen Ausbaus der erneuerbaren Energien.“ (S. 9)</p>	<p>„Nicht nur der Strom, auch das Benzin in unseren Autos, das Kerosin im Flugzeugtank, das Schweröl im Schiff, das Öl für die Heizung und das Gas im Industriebetrieb müssen auf erneuerbare Energien umgestellt werden. Das ist nichts weniger als eine Energierevolution. Dazu braucht es zuallererst eine massive Ausbauoffensive für die Erneuerbaren, die so schnell wie möglich umgesetzt wird.“ (S. 4)</p>	<p>„Erneuerbare Energien sind begrenzt durch Ressourcen und verfügbare Flächen. Deshalb ist die Begrenzung des absoluten Verbrauchs notwendig.“ (S. 58)</p>	<p>Keine Aussage</p>	<p>„Die AfD setzt sich für die Verstromung von Braun- und Steinkohle als grundlast- und regelfähige Energiequelle ein. Deutschland hat die weltweit saubersten und effizientesten Kohlekraftwerke. Daher lehnen wir die Ausstiegspläne aus der Kohleverstromung ab. ... Die Laufzeit der in Deutschland noch verbliebenen sechs aktiven Kernkraftwerke muss sich nach der technischen Nutzungsdauer und ökonomischen Kriterien richten. Eine Abschaltung aus anderen Gründen lehnen wir ab. Deutsche Kernkraftwerke gehören zu den sichersten der Welt.“ (S. 178)</p>
<p>Für Flächenverfügbarkeit sorgen</p>	<p>„Hierzu streben wir an, dass Flächen explizit für Erneuerbare Energien ausgewiesen werden. Dazu wollen wir prüfen, ob vermehrt Flächen entlang von Verkehrswegen im Rahmen von Vorrangflächen für die Nutzung durch Erneuerbare Energien eingerichtet werden können.“ (S. 43)</p>	<p>„In einem Zukunftspakt zwischen Bund, Ländern, Kommunen und kommunalen Spitzenverbänden vereinbaren wir verbindliche Ausbauziele für erneuerbare Energien wie Sonne, Wind und Geothermie. Damit die Energiewende vor Ort zur Win-Win-Situation für alle wird, laden wir Bürger*innen und Gemeinden zum Mitmachen ein, indem wir Mieterstrom und gemeinschaftliche Eigenversorgung stärken, kommunale Beteiligungsmodelle ausweiten und nachhaltige Stromanleihen auflegen“ (S. 9)</p>	<p>„In einem ersten Schritt wollen wir die erneuerbaren Energien als zwingend für die Versorgungssicherheit definieren und dafür 2 Prozent der Fläche bundesweit nutzen. Alle Bundesländer haben hierfür ihre entsprechenden Beiträge zu leisten. Verhinderungspläne lehnen wir ab. Exzessive, pauschale Mindestabstände zu Siedlungen leisten keinen Beitrag zur Akzeptanzsteigerung. Wir sorgen mit frühzeitiger Bürger*innenbeteiligung vor Ort, klaren Vorrang- bzw. Eignungsgebieten für Wind sowie mit Ausschlussgebieten und gezielten Artenschutz-</p>	<p>„DIE LINKE unterstützt eine regional ausgerichtete und in der Bevölkerung verankerte Energiewende, zum Beispiel Energiegenossenschaften und Bioenergie-dörfer. ... In kommunalen Stadtwerken unter direkter demokratischer Mitgestaltung der Bevölkerung können ökologische Energiegewinnung und bezahlbare Energiepreise am besten erreicht werden. ... Investoren müssen verpflichtet werden, den Standortgemeinden eine Beteiligung an neuen Windkraftanlagen, Photovoltaikkraftwerken und Energiespeichern anzubieten. Die Kommunen ... müssen so, oder durch</p>	<p>Keine Aussage</p>	<p>„In Wäldern und Schutzgebieten dürfen keine Wind- und Solaranlagen errichtet werden. ... Vorrangflächen für Windenergieanlagen sollen nur bei breiter Zustimmung der betroffenen Bürger ausgewiesen werden. Der Mindestabstand von Windenergieanlagen zur Wohnbebauung muss das 10-fache der Gesamthöhe, mindestens jedoch 2,5 km, betragen.“ (S. 177) ... „Windenergieanlagen sind nur noch an Standorten zuzulassen, an denen keine Beeinträchtigungen für Mensch, Tier oder das Landschaftsbild zu erwarten sind.“ (S. 206) ... „Den Neubau von Photovoltaikanlagen</p>

 metallforderungen						
			<p>programmen für eine anwohner*innenfreundliche und naturverträgliche Standortwahl und stärken zugleich den Schutz von Vögeln und Fledermäusen.“ (S. 8)</p>	<p>Betreiberabgaben an Standortkommunen, an finanziellen Erträgen der Ökostrombetreiber beteiligt werden.“ (S. 70)</p>		<p>auf Freiflächen lehnen wir aufgrund ihres hohen Flächenverbrauchs sowie ihrer abschreckenden Wirkung für den Tourismus ab.“ (S. 206)</p>
<p>Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen</p>	<p>„Den Verwaltungsrechtsweg von Planungsverfahren werden wir verkürzen und das Verbandsklagerecht straffen sowie zeitlich bündeln. Zugleich treiben wir unsere Initiative zur Entschlackung des EU-Planungs- und Umweltrechts weiter voran.“ (S. 36)          „Wir werden auf EU-Ebene für eine Beschleunigung der Planungsverfahren eintreten und uns im Rahmen der Aarhus-Konvention dafür einsetzen, schnelle Planungsverfahren zu ermöglichen.“ (S. 37)          „Wir stellen die Bündelung der Planungsverfahren und derjenigen, die die Planverfahren tatsächlich durchführen, in den Mittelpunkt der Beschleunigungsanstrengungen eines neuen Planungsmodernisierungsgesetzes.“ (S. 97)</p>	<p>„Durch eine systematische und frühzeitige Beteiligung der Bürger*innen an staatlichen Projekten können Rechtswege verkürzt und Verfahren beschleunigt werden.“ (S. 25)</p>	<p>„Wir werden die Planungs- und Genehmigungsverfahren durch vereinfachte Verfahren, mehr Personal und einheitliche Bewertungsmaßstäbe beschleunigen.“ (S. 8)          „Beim Windausbau gilt es den Konflikt mit Natur- und Artenschutz zu minimieren, Anwohner*innen zu schützen und die Verfahren zur Genehmigung, auch durch den Abbau bürokratischer Hürden und klare Rahmenbedingungen, zu beschleunigen.“ (S. 7)          „Für eine Planungsbeschleunigung schaffen wir mehr öffentliche Planungskapazitäten. Wir starten auf allen Ebenen eine Personaloffensive in Planungsbehörden und zuständigen Gerichten. Verfahren werden durch die Bündelung von Genehmigungen verschlankt und die vorhandenen Ansätze von „konzentrierten Genehmigungen“ auf alle zentralen Infrastrukturprojekte ausgedehnt. ... Auch die frühzeitige Einbindung der Bürger*innen vor Ort führt in der Regel dazu, dass Projekte schneller und besser abgeschlossen werden können.“ (S. 68)</p>	<p>„Bei der Planung von Verkehrsprojekten wollen wir Bürger*innen und Interessenvertretungen von Anfang an voll einbeziehen und wirkliche Alternativen zur Diskussion stellen. Wir wollen Bürgerräte auf Bundes-, regionaler und kommunaler Ebene einführen, um die Verkehrsplanung zu demokratisieren.“ (S. 64)          „Planfeststellungs- und Raumordnungsverfahren müssen so angelegt werden, dass allen ausreichend Zeit bleibt, sich zu informieren, zu überprüfen, ob ihre Interessen gewahrt bleiben und sich zu beteiligen. Eine Beschleunigung des Planfeststellungsverfahrens zulasten von Bürger*innenbeteiligung lehnen wir ab.“ (S. 123)</p>	<p>„Daher wollen wir alle Planungsverfahren beschleunigen, indem wir Verfahren straffen und Doppeluntersuchungen abschaffen, die Möglichkeiten der Digitalisierung in allen Bereichen der Planung nutzen, die Planungs- und Genehmigungsbehörden gezielt mit ausreichend Fachkräften ausstatten und eine frühzeitige und umfassende Bürgerbeteiligung sicherstellen.“ (S. 27)          „Wir Freie Demokraten wollen ... Planungs- und Genehmigungsverfahren entschlacken und digitalisieren. Wir wollen durch Bürokratieabbau nicht nur mehr Ressourcen für Innovationen und Wachstum in den Unternehmen schaffen, sondern sehen ihn auch aus demokratischer Sicht als dringend geboten. Schnellere Verfahren erleichtern den marktgetriebenen Ausbau erneuerbarer Energien und die schnelle Realisierung der dafür nötigen Strom-, Wärme- und Gasnetze.“ (S. 81)</p>	<p>„Wir benötigen eine bundesweite Vereinfachung und Vereinheitlichung des Baurechtes und eine Beschleunigung von Verfahren durch Bürokratieabbau und Digitalisierung.“ (S. 168)</p>
<p>Tarifbedingungen als Kriterium bei Ausschreibungen</p>	<p>Keine Aussage</p>	<p>„Wir wollen, dass möglichst viele Unternehmen sich an den Tarifverträgen beteiligen. Die Mitgliedschaft in Arbeitgeberverbänden ohne Tarifbindung ist unanständig. Wir werden diese Praxis zurückdrängen. Ein öffentlicher Auftrag darf nur an Unternehmen vergeben werden, die nach Tarif bezahlen. Dazu schaffen wir ein Bundestariftreugesetz.“ (S. 27)</p>	<p>„Auf dem Weg zur Klimaneutralität werden in den kommenden Jahren hunderttausende neue Jobs entstehen ... Wir wollen, dass die neuen Jobs nach Möglichkeit einem Tarifvertrag oder mindestens gleichwertigen Bedingungen unterliegen.“ (S. 5)          „Bei der öffentlichen Vergabe sollen im Einklang mit europäischem Recht die Unternehmen zum Zug</p>	<p>„Staatliche Gelder (egal ob direkte Hilfszahlungen oder versteckte Subventionen) müssen an langfristige Garantien von Arbeitsplätzen, Tarifverträgen und an verbindliche Investitionspläne gebunden werden, um den notwendigen ökologischen Umbau der Produktion voranzutreiben, Planungssicherheit und sichere</p>	<p>Keine Aussage</p>	<p>Keine Aussage</p>

 metallforderungen						
			kommen, die tarifgebunden sind oder mindestens Tariflöhne zahlen. Dafür setzen wir auf ein Bundestariftreuegesetz.“ (S. 43)	Einkommen für die Beschäftigten zu garantieren“ (S. 60)		
EEG Umlage Abschaffen, Stromsteuer senken.	„Wir müssen für bezahlbaren Strom sorgen. Deshalb werden wir die regulatorischen Kosten senken. Mit Blick auf die Wettbewerbssituation unserer Industrie brauchen wir einen wettbewerbsfähigen Industriestrompreis.“ (S. 43)	„Um den Einsatz erneuerbarer Energien im Verkehr und der Gebäuwärme zu unterstützen („Sektorenkopplung“), werden wir die EEG-Umlage in der bestehenden Form bis 2025 abschaffen und aus dem Bundeshaushalt finanzieren. Dazu dienen auch die Einnahmen aus der CO <sub>2</sub> -Bepreisung.“ (S. 10)	„Erste Wind- und große Solaranlagen benötigen bereits heute keine EEG-Zahlungen mehr, und der Trend zu langfristigen Lieferverträgen zwischen Ökostromerzeugern und Verbraucher*innen unterstützt diese Entwicklung. Ebenso sollen Endkund*innen den Strom künftig besser direkt von Ökostromerzeugern kaufen können. Das EEG entwickeln wir so von einem Förder- zu einem Absicherungsinstrument des Erneuerbaren-Ausbaus weiter. Die EEG Umlage wird damit langfristig automatisch auslaufen.“ (S. 9)	„Wir wollen eine strukturelle Reform des EEG.“ (S.69) „Wir wollen den Strompreis für Endkunden senken, indem wir: die Förderung erneuerbarer Energien zu wesentlichen Teilen über den Bundeshaushalt statt über die jetzige Ökostromumlage (EEG-Umlage) finanzieren und die Stromsteuer für private Verbraucher*innen senken.“ (S. 71) „Ungerechtfertigte Industrierabatte bei Ökosteuer, Netzentgelten, Emissionshandel und im Erneuerbare-Energien-Gesetz müssen entfallen“ (S. 69)	„Wir Freie Demokraten wollen die Umlagen, Steuern und Abgaben auf Energie umfassend reformieren. ... Dazu wollen wir die Stromsteuer auf das EU-Mindestmaß senken. Die EEG Umlage ... wollen wir schrittweise abschaffen, indem die Förderzusagen aus der Vergangenheit weitestgehend aus den Einnahmen der CO <sub>2</sub> -Bepreisung finanziert und keine neuen Fördertatbestände geschaffen werden. ... Wir Freie Demokraten wollen erneuerbare Energien vollständig in den Wettbewerb überführen und die Förderung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) beenden. Gesetzlich vorgegebene Ausbaupfade für einzelne Technologien und staatlich garantierte Abnahmepreise lehnen wir ab.“ (S. 79)	„Wir wollen das EEG ersatzlos streichen und die Vorrangspeisung beenden. Die sichere Energieversorgung eines Industrielandes erfordert einen breiten Energiemix.“ (S. 176)
Netzausbau mit Hochdruck vorantreiben	„Stromnetze sind die Lebensadern der Energiewende. Sie sind Garanten für die Versorgungssicherheit Deutschlands. Wir wollen prüfen, wie wir im Bereich der Übertragungsnetze für mehr Kostenwettbewerb und beschleunigte Investitionen sorgen können. Wir wollen den Bau der notwendigen Stromleitungen beschleunigen. Wo immer möglich, sollen Trassen klug gebündelt und anwohnerverträglich realisiert werden.“ (S. 43)	„Wir brauchen mehr Tempo beim Ausbau der Stromnetze, Bahnstrecken, Wasserstoffleitungen und Ladesäulen für Elektroautos. Der Ausbau dieser Infrastrukturen muss dem Bedarf vorausgehen.“ (S. 9)	„Um die Energiewende zum Erfolg führen zu können, müssen wir auch die Netze schneller ausbauen. ... Voraussetzung für einen weiteren Netzausbau ist, dass er systemdienlich erfolgt und alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, die bestehenden Netze optimal auszunutzen und durch intelligente Systeme und Speicher zu ergänzen. ... Da Stromübertragungsnetze natürliche Monopole und kritische Infrastruktur darstellen, wollen wir den öffentlichen Einfluss darauf stärken. Dazu wollen wir nach Möglichkeit die staatlichen Anteile an den vier Übertragungsnetzbetreibern in Deutschland erhöhen und sie in eine Bundesnetzgesellschaft in Bundeshand überführen.“ (S. 9)	„Strom- und Wärmenetze müssen in die öffentliche Hand überführt und demokratisch kontrolliert werden. Große Energiekonzerne werden vergesellschaftet. Wenn der Kohleausstieg beschleunigt und eine dezentralisierte Energieversorgung mit Speichersystemen vorgebracht wird, ist ein deutlich geringerer Netzausbau erforderlich, als er jetzt – getrieben von den Profitinteressen der Übertragungsnetz- und Kohlekraftwerksbetreiber – geplant ist.“ (S. 69)	Keine Aussage	„Die massive Subventionierung der Windindustrie zerstört nicht nur Kulturlandschaften und Wälder, sondern mindert durch den Bau von Stromtrassen auch die Grundstückswerte.“ (S. 206)

 <b>metallforderungen</b>						
<p>Modernisierungsraten bei Gebäuden verdoppeln</p>	<p>„Um die energetische Sanierung von Wohn- und Gewerbeimmobilien noch besser zu fördern, werden wir die KfW-Programme attraktiver gestalten. ... Die Steuerförderung der Gebäudesanierung wollen wir auf vermietete Immobilien und auf Gewerbeimmobilien ausdehnen.“ (S. 44)</p>	<p>„Wir haben das Ziel, dass bis 2030 fünf Millionen Häuser über innovative Heiz- und Energiesysteme (z.B. Wärmepumpen) versorgt werden. Wir werden gesetzliche Regelungen schaffen, dass der CO<sub>2</sub>-Preis von den Vermieter*innen getragen wird. Dabei orientieren wir uns am Ziel der Warmmieten-Neutralität. Zugleich werden wir Investitionen in Wärmenetze und Quartierskonzepte staatlich fördern.“ (S. 10)</p>	<p>„Die Sanierungsquote muss sehr schnell verdoppelt und weiter gesteigert werden. ... Wenn im Gebäudebestand ein Heizungsaustausch ansteht oder umfassend saniert wird, aber auch im Neubau, sollen, wo möglich, ausschließlich erneuerbare Wärmequellen zum Einsatz kommen. Wir legen dazu ein Investitionsprogramm für 2 Millionen hocheffiziente Wärmepumpen bis 2025 auf. Auch die Fern- und Nahwärme wollen wir dekarbonisieren und richten die Förderung an klimaneutralen Lösungen aus.“ (S. 9)</p>	<p>„Die Sanierungsquote muss mindestens verdreifacht werden und zwar sozialverträglich, also nahezu warmmietenneutral und mietrechtlich abgesichert. ...Wir wollen die Förderkulisse auf ein »Sofortprogramm klimagerechte und sozialverträgliche Erneuerung von Siedlungsbauten der Nachkriegszeit« (erbaut zwischen 1949 und 1978) ausrichten. Dafür sollen – zusätzlich zur Aufstockung der laufenden Programme der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) auf dauerhaft mindestens 10 Milliarden Euro jährlich – noch einmal 5 Millia. € pro Jahr bereitgestellt werden.“ (S. 42)</p>	<p>Keine Aussage</p>	<p>„Die AfD lehnt das neue GEG (Gebäudeenergiegesetz) ab, denn es führt zu weiteren Mietsteigerungen ohne angemessene ökologische Verbesserungen.“ (S. 177) „Die AfD fordert daher die Reduktion der überzogenen Standards und Vorgaben, die Streichung der Energieeinsparverordnung sowie den Brand-, den Wärme- und den Schallschutz auf ein notwendiges Mindestmaß zurückzufahren.“ (S. 168)</p>
<p>Flexible Gaskraftwerke bauen</p>	<p>Keine Aussage</p>	<p>Keine Aussage</p>	<p>„Neue Gaskraftwerke oder Infrastrukturen, die wir für den Kohleausstieg brauchen, darf es deshalb überhaupt nur geben, wenn sie aktuell zwingend notwendig sind und bereits Wasserstoff-ready geplant und gebaut werden. Wir werden die rechtlichen Grundlagen dafür schaffen, dass neue Betriebsgenehmigungen zeitlich befristet erteilt werden und den Wechsel von Erdgas zu erneuerbaren Energieträgern enthalten. Denn auch Erdgas ist ein klimaschädlicher Brennstoff, sein Gebrauch muss immer weiter abnehmen.“ (S. 8)</p>	<p>„Für eine klimaneutrale Gesellschaft muss dem Ausstieg aus Atom und Kohle auch ein Ausstieg aus der Verbrennung von fossilem Erdgas folgen. DIE LINKE will dafür ein Erdgasausstiegsgesetz mit verbindlichem Ausstiegspfad und sozialer Absicherung betroffener Beschäftigter und Regionen.“ (S. 67)</p>	<p>Keine Aussage</p>	<p>„Für die Sicherstellung der Energieversorgung benötigen wir weitere flexible Gaskraftwerke.“ (S. 178)</p>
<p>Wasserstoff als zweite Säule der klimaneutralen Energieversorgung - Wasserstoffinfrastruktur schaffen</p>	<p>„Eine wichtige Rolle spielt ... CO<sub>2</sub>-neutraler Wasserstoff – als vielseitiger Energieträger, flexibler Energiespeicher und wichtiger Grundstoff für chemische Prozesse. ... Bedeutende industrielle Prozesse, etwa in der Stahl- und Zementindustrie, lassen sich nur mit Wasserstoff klimaneutral gestalten. Und auch im Bereich der Mobilität, kurz- und mittelfristig für den Lkw- und Schiffsverkehr, können wir durch den Einsatz von</p>	<p>„Wir brauchen mehr Tempo beim Ausbau der Stromnetze, Bahnstrecken, Wasserstoffleitungen und Ladesäulen für Elektroautos.“ (S. 9)  „Ein kurzer Blick in die Zukunft: Spätestens 2045 werden wir klimaneutral wirtschaften. Windkraft und Sonne sind unsere Energiequellen, unterstützt durch eine saubere Wasserstoffwirtschaft“ (S. 4)</p>	<p>„Wasserstoff aus erneuerbaren Energien, sogenannter grüner Wasserstoff, ist zentral für die Versorgungssicherheit in einer klimaneutralen Welt. ... Deutschland ist bei den Technologien zur Erzeugung von Wasserstoff weit vorne. Diese Führungsrolle wollen wir weiter ausbauen und die entsprechende Infrastruktur dafür schaffen.“ „Mit Marktanreizen und einem umfassenden Förder</p>	<p>„DIE LINKE fordert, Wasserstoff und dessen Folgeprodukte künftig nur auf Basis von Ökostrom zu gewinnen und ausschließlich dort einzusetzen, wo keine effizienteren Alternativen dazu vorhanden sind, so etwa bei der Dekarbonisierung der Stahlindustrie, von Flug- und im Seeverkehr sowie zur Rückverstromung während Dunkelflauten.“ (S.72) „Mithilfe von Wasserstoff können Kohle</p>	<p>„Wir Freie Demokraten wollen Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe neben Strom als zweite Säule des künftigen Energiesystems aufbauen und den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft schnellstmöglich vorantreiben. CO<sub>2</sub>-neutraler Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe können fossile Brennstoffe in der Industrie ersetzen, Autos, Schiffe sowie Flugzeuge antreiben oder Gebäude heizen. Der volatile</p>	<p>„Die Bevorzugung und Förderung einer Wasserstoffwirtschaft lehnen wir ebenso ab wie die einseitige Förderung der Elektromobilität. Technikoffenheit gilt auch für die Nutzung von Wasserstoff und Elektromobilität. Beide erfordern ein ökologisch, energetisch und ökonomisch unsinniges paralleles Infrastruktursystem. Aufgrund hoher und günstiger Verfügbarkeit aus</p>



 metallforderungen						
	<p>Wasserstoff erheblich zur Reduzierung von CO<sub>2</sub> beitragen. Deshalb gilt es nun, die umfassende Wertschöpfungskette zur Wasserstoffherzeugung inklusive der erforderlichen Netzinfrastruktur aufzubauen.“ „Wir wollen Innovationszyklen beschleunigen, Power-to-X-Technologien zielgerichtet fördern und einen Marktrahmen für klimaneutrale Gase mit der hierfür nötigen Infrastruktur auf Basis der vorhandenen Gasleitungen und -speicher sowie CO<sub>2</sub>-Transparenz in Europa schaffen.“ „Wir werden die Gasnetze in Deutschland schneller ausbauen und für die Einspeisung von Wasserstoff ertüchtigen.“ (S. 44-45)</p>		<p>programm werden wir die Kapazitäten zur Wasserstoffherstellung in Deutschland schaffen ... Die Infrastruktur für Wasserstoffimporte müssen wir jetzt etablieren.“ „Wasserstoff oder synthetische Kraftstoffe dürfen nicht Teil einer Verzögerungstaktik sein, sondern sollen aktiv zu Klimaneutralität beitragen. Die direkte Nutzung von Strom über Batterien oder Wärmepumpen ist in der Regel viel effizienter. Es gilt daher, Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe gerade dort zum Einsatz zu bringen, wo sie wirklich gebraucht werden: etwa in der Industrie, in der Schifffahrt oder beim Flugverkehr.“ (S. 8)</p>	<p>und Erdgas auch dort ersetzt werden, wo der direkte Einsatz von Ökostrom nicht möglich ist. Strategien, künftig auch Autos und Gebäudeheizungen mit Wasserstoff zu betreiben, sind weder sozial noch ökologisch: Seine Herstellung verbraucht zu viel Energie.“ (S. 71)</p>	<p>Strom aus Sonne und Wind wird durch die Erzeugung von Wasserstoff mittels Elektrolyse speicherbar und über weite Strecken transportierbar.“ (S. 80)</p>	<p>Erdgas besteht kein Bedarf an durch volatile „erneuerbare“ Energieträger erzeugtem Wasserstoff, eine großtechnische Herstellung daraus ist bisher gar nicht möglich.“ (S. 178)</p>
<p>Partnerschaften für Import von Grünem Wasserstoff</p>	<p>„Wir werden die nationale Wasserstoff-Agentur stärken, um die Wasserstoffstrategie umzusetzen und internationale Kooperationen zum Import von Wasserstoff, den Infrastrukturausbau sowie die Umnutzung bestehender Systeme voranzutreiben.“ (S. 44)</p>	<p>Keine Aussage</p>	<p>„Auch wenn grüner Wasserstoff prioritär bei uns produziert werden sollte, werden wir zur Bedarfsdeckung Wasserstoff importieren müssen“ „Für die Importe werden wir faire Kooperationen mit wind- und sonnenreichen Ländern anstoßen und ausbauen und die Exportländer bei der Energiewende unterstützen. Für den Erfolg dieser Kooperationen ist es unabdingbar, die lokale Bevölkerung einzubeziehen, Menschenrechte zu schützen, sich an den nachhaltigen Entwicklungszielen zu orientieren und dafür auch verbindliche Standards einzuführen.“ (S. 8)</p>	<p>„Solange die Länder im Globalen Süden ihren Eigenbedarf nicht aus Ökostrom decken können, lehnen wir deshalb Wasserstoffimporte aus diesen Ländern ab“ (S. 143)</p>	<p>„Wir Freie Demokraten wollen die Gründung einer Europäischen Wasserstoffunion voranbringen. ... Daher müssen wir jetzt eine europäische Strategie für den Import klimaneutraler Gase und Kraftstoffe schaffen. Neben dem frühzeitigen Aufbau von internationalen Partnerschaften muss es auch Teil dieser Strategie sein, die notwendige Importinfrastruktur zu realisieren. ... Wasserstoffprojekte, zum Beispiel aus Solarenergie an günstigen Produktionsstandorten in Südeuropa, können helfen, wirtschaftliche Ungleichgewichte innerhalb der EU zu mindern.“ (S. 80)</p>	<p>Siehe oben</p>
<p>Partnerschaften für Import von Blauen Wasserstoff für Übergang</p>	<p>„Wir werden Wasserstoff aus Erneuerbaren Energien gewinnen. Neben diesem sogenannten grünen Wasserstoff werden wir in der Übergangszeit auch den blauen Wasserstoff akzeptieren.“ (S. 44)</p>	<p>Keine Aussage</p>	<p>„Damit Wasserstoff zur Klimaneutralität beiträgt, muss er aus erneuerbaren Energien hergestellt werden. Das gilt auch für Wasserstoffimporte.“ (S. 8)</p>	<p>„Wir setzen uns dafür ein, dass auch die unterirdische Verpressung von CO<sub>2</sub> (Carbon Capture and Storage, CCS) verboten wird. CCS darf nicht für die Grünfärbung von Erdgas oder Wasserstoff zur Verfügung stehen.“ (S. 71)</p>	<p>„Für den Hochlauf setzen wir neben grünem Wasserstoff aus erneuerbaren Energien auch auf CO<sub>2</sub>-neutralen „blauen“ und „türkisen“ Wasserstoff aus Erdgas, bei dessen Herstellung der enthaltene Kohlenstoff gespeichert werden kann.“ (S. 80)</p>	<p>Siehe oben</p>

## 3. Eine gerecht finanzierte Investitionsoffensive für die Transformation

 metallforderungen						
<p><a href="#">Für eine mutige Investitionspolitik (metallforderung 5)</a></p>						
<p><b>Abkehr von der schwarzen Null sowie Abschaffung Schuldenbremse</b></p>	<p>Man möchte „so schnell wie möglich“ wieder „ohne neue Schulden“ auskommen. (S. 70)</p> <p>„Wir bekennen uns zur grundgesetzlichen Schuldenbremse. Sie hat in der Krise ihre Funktionsfähigkeit und Flexibilität bewiesen. Grundgesetzänderungen zur Aufweichung der Schuldenbremse lehnen wir ab.“ (S. 70)</p> <p>„Wir werden mit Ende der Corona-Pandemie einen Kassensturz für die öffentlichen Haushalte einschließlich der Sozialversicherungen vollziehen. Das mündet in einen Fahrplan für Investitionen in Wachstum, gezielte Entlastungen und ausgeglichene Haushalte. Unsere Überzeugung ist: Nachhaltiges Wachstum schafft neue Spielräume.“ (S. 70)</p>	<p>„Die Finanzierung der in diesem Zukunftsprogramm formulierten Schwerpunkte stellen wir sicher. Dazu werden wir die verfassungsrechtlich möglichen Spielräume zur Kreditaufnahme nutzen.“ (S. 22); eine grundlegende Reform der Schuldenbremse wird also nicht angekündigt, wohl aber eine – wie auch immer ausgestaltete – Abkehr von der schwarzen Null.</p>	<p>„Bei konsumtiven Ausgaben bleibt es bei den derzeitigen strikten Regelungen; bei Investitionen, die neues öffentliches Vermögen schaffen, erlauben wir eine begrenzte Kreditaufnahme in Höhe der Netto-Investitionen“ (S. 37); Grüne kündigen in dem Sinne eine Reform der Schuldenbremse und eine Abkehr von der schwarzen Null an.</p>	<p>„Die Schuldenbremse ist volkswirtschaftliche unsinnig und gehört abgeschafft. ... Solange die Schuldenbremse existiert und Tilgungsverpflichtung besteht, muss die Tilgung auf 50 Jahre gestreckt werden. Aufwendungen für Zinszahlungen dürfen den Verschuldungsspielraum nicht zusätzlich einschränken. Dadurch wird der finanzielle Spielraum auch innerhalb der Schuldenbremse erweitert“. (S. 87)</p>	<p>Die Schuldenbremse soll beibehalten werden, gleichzeitig eine "investitionsorientierte Haushaltspolitik" verfolgt werden. Schuldenstand von 60% am BIP (Maastricht-Kriterium) soll "zügig" wieder erreicht werden, um auf künftige Krisen vorbereitet zu sein (hieße rasche Rückzahlung der Corona-Schulden). (S. 13)</p>	<p>Keine direkten Aussagen zu schwarzer Null und Schuldenbremse, generell aber kritische Haltung gegenüber „Staatwirtschaft“.</p> <p>v.a. ablehnend ggü. europäischer Ebene: „Die AfD fordert eine sofortige Einstellung jeglicher Kreditaufnahme der EU, die zu Lasten künftiger deutscher Generationen gehen würde. Wenn Kredite zur Abmilderung der Folgen von überzogenen Corona-Maßnahmen der Regierung aufgenommen werden, dann darf dies ausschließlich auf nationaler Ebene geschehen.“ (S. 52)</p>
<p><b>Anstieg des Investitionsvolumens in die öffentliche Infrastruktur</b></p>	<p>„Zudem gilt, dass mehr Geld vom Staat nicht alle Probleme löst. Denn oft fehlt es eben nicht daran. Beim Digitalpakt oder Ausbau der Infrastruktur wurden Gelder nicht abgerufen. Andere Programme gehen an Bedürfnissen und Problemen vorbei. Deshalb werden wir noch stärker bestehende und künftige Ausgaben auf ihre Effizienz hin überprüfen und, wenn nötig, streichen“ (S. 70) Bis 2025 will man 15 Mrd. für „Gigabit-Netze“ zur Verfügung stellen. In Bezug auf das Verkehrsnetz sollen die „Rekordinvestitionen</p>	<p>„Wir werden das, in dieser Legislaturperiode von uns durchgesetzte, hohe Investitionsniveau des Bundes mit mindestens 50 Milliarden Euro pro Jahr weiter fortsetzen und zudem dazu beitragen, dass sich alle staatlichen Ebenen mit großer Investitionskraft beteiligen“ (S. 19).</p> <p>Die Investitionsbedarfe der öffentlichen Hand in Infrastrukturen wie die Bahn, Wasserwege etc. werden aber im Kern anerkannt</p>	<p>Grüne fordern, dass „Deutschland bei den öffentlichen Investitionen im Vergleich der Industrieländer vom Nachzügler zum Spitzenreiter wird, und in diesem Jahrzehnt pro Jahr 50 Milliarden Euro zusätzlich investieren.“ (S. 24).</p> <p>Finanzierung z.T. über den Abbau von Subventionen „klimaschädlichen Verhaltens“ (S. 37); Finanzierung z.T. über grüne Anleihen (S. 37).</p>	<p>„Wir werden jährlich über 120 Milliarden Euro in die öffentliche Daseinsvorsorge und Infrastruktur investieren. Durch höhere Einnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen können diese Ausgaben mindestens zur Hälfte refinanziert werden“ (S. 58) Die Gelder sollen u. a. gehen in Pflege und Gesundheit, in Bildung, Wohnungsbau, Energiewende, Mobilitätsrevolution, Kommunen und „einen Rettungsschirm für Industriearbeitsplätze“ (S. 59)</p>	<p>Investitionen sollen primär privat getätigt werden, man strebe 25% des BIP in 2025 an (entspräche 950 Mrd. Euro entsprechen). (S. 13). Bestimmte Investitionen werden dennoch angesprochen: „Für alle Verkehrswege – von der Schiene über die Straße bis zum Radweg – muss der Aufwuchs der Investitionsmittel verlässlich fortgesetzt und zügig verbaut werden“ (S. 27); „Wir Freie Demokraten fordern, einen Prozentpunkt des bestehenden Mehrwertsteueraufkommens zusätzlich in Bildung zu investieren.“ (S. 15)</p>	<p>Keine Aussagen zu Investitionsvolumen</p> <p>„Blue-Deal-Entwicklungsplan“, Investitionen in Technologieführerschaft entfesseln</p> <p>„Dazu wollen wir die Rahmenbedingungen für Investitionen im Inland verbessern, die Infrastruktur auf einen zeitgemäßen Stand bringen“ (S. 44), indem Bürokratie abgebaut und der Staat effizienter gemacht werden solle (u.a. Abbau bzw. Befristung von Regularien und Subventionen)</p>

	auf hohem Niveau“ verlängert werden. Sonst geht die Argumentation in die Richtung „Private Investitionen vereinfachen“ oder bleibt sehr unspezifisch.					
<b>Ausbau von Planungs- und Baukapazitäten, Beschleunigung der Verfahren,</b>	Planungs- und Genehmigungsverfahren sollen beschleunigt werden, einzelne Vorschläge werden auch gemacht (S. S. 36, „Entfesselungspaket f d Wirtschaft“ und S. 96, „Modernisierungsjahrzehnt“ für den Staat); allerdings: von einem Ausbau der Kapazitäten ist nicht die Rede.	Planungs- und Genehmigungsverfahren werden nur am Rande erwähnt: „Durch eine systematische und frühzeitige Beteiligung der Bürger*innen an staatlichen Projekten können Rechtswege verkürzt und Verfahren beschleunigt werden“ (S. 25)	„Für eine Planungsbeschleunigung schaffen wir mehr öffentliche Planungskapazitäten. Wir starten auf allen Ebenen eine Personaloffensive in Planungsbehörden und zuständigen Gerichten. Verfahren werden durch die Bündelung von Genehmigungen verschlankt und die vorhandenen Ansätze von „konzentrierten Genehmigungen“ auf alle zentralen Infrastrukturprojekte ausgedehnt. Außerdem führen wir behördeninterne Fristen ein und achten bei allen Planungen auf Inklusion.“ (S. 68). Ziel ist die Halbierung von Planungszeiten; wichtige Projekte sollen direkt durch das Parlament beschleunigt werden können; Bürger*innen früher eingebunden werden	„Bei der Planung von Verkehrsprojekten wollen wir Bürger*innen und Interessenvertretungen von Anfang an voll einbeziehen und wirkliche Alternativen zur Diskussion stellen. Wir wollen Bürgerräte auf Bundes-, regionaler und kommunaler Ebene einführen, um die Verkehrsplanung zu demokratisieren.“ (S. 64) „Planfeststellungs- und Raumordnungsverfahren müssen so angelegt werden, dass allen ausreichend Zeit bleibt, sich zu informieren, zu überprüfen, ob ihre Interessen gewahrt bleiben und sich zu beteiligen. Eine Beschleunigung des Planfeststellungsverfahrens zulasten von Bürger*innenbeteiligung lehnen wir ab.“ (S. 123)	„Daher wollen wir alle Planungsverfahren beschleunigen, indem wir Verfahren straffen und Doppeluntersuchungen abschaffen, die Möglichkeiten der Digitalisierung in allen Bereichen der Planung nutzen, die Planungs- und Genehmigungsbehörden gezielt mit ausreichend Fachkräften ausstatten und eine frühzeitige und umfassende Bürgerbeteiligung sicherstellen.“ (S. 27)	Keine Aussage
<b>Finanzielle Ausstattung der Kommunen</b>	Mehrbelastungen für die Kommunen sollen mglw. mit einem höheren Anteil am Umsatzsteueraufkommen kompensiert werden (S. 98). Eine Übernahme der Altschulden von Kommunen wird nicht thematisiert. „Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass Städte und Gemeinden aus eigener Kraft die unterschiedlichen Herausforderungen vor Ort bewältigen können.“ (S. 98)	„Ein nötiger Schritt ist, den besonders hoch verschuldeten Kommunen einmalig hohe Altschulden abzunehmen.“ (S. 19); Kommunen werden auch als zentraler Akteur beim Investitionsgeschehen identifiziert.	Grüne wollen kommunale Finanzen „krisenfester“ aufstellen: „Wir werden eine faire Unterstützung bei den kommunalen Altschulden und bei gemeindlichen krisenbedingten Steuerausfällen umsetzen, um auch hoch verschuldeten Kommunen wieder eine Perspektive zu geben.“ (S. 56). Zugang der Kommunen zu Fördergeldern soll einfacher ausgestaltet werden.	„Verfestigte Kassenkredite der Kommunen müssen vom Bund in einen Altschuldenfonds übernommen und mit vom Bund getilgt werden“ (S.85). Außerdem soll der Bund die Sozialleistungen vollständig übernehmen, die derzeit noch von den Kommunen getragen werden (S. 85)	„die Finanzierung der Kommunen [muss] auf eine neue Grundlage gestellt werden – etwa durch einen kommunalen Zuschlag mit eigenem Hebesatzrecht auf die Körperschaftsteuer und auf die zuvor abgesenkte Einkommensteuer sowie einen höheren Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer“ (S. 7). Eine Übernahme von Altschulden der Kommunen wird nicht gefordert.	„Die Kommunen müssen bei der Erfüllung ihrer Pflichtaufgabe zur Daseinsvorsorge finanziell wesentlich besser ausgestattet und länderübergreifend in Planungen eingebunden werden. Daseinsvorsorge ist als hoheitliche Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen zu betrachten und soll daher in öffentlicher Hand bleiben“ (S. 193). Eine Übernahme von Altschulden der Kommunen wird nicht gefordert.
<b><u>Für ein faires Steuersystem</u></b> <b>(metallforderung 6)</b>						
<b>Einführung einer progressiven Vermögenssteuer</b>	„Wir treten entschieden allen Überlegungen zur Einführung neuer Substanzsteuern wie der Vermögenssteuer oder der Erhöhung der Erbschaftsteuer entgegen“ (S. 34)	Vermögenssteuer von 1%, bei „hohen persönlichen Freibeträgen“, außerdem soll „Grundlage von Betrieben“ verschont werden. (S. 23)	Eine Vermögenssteuer mit einem Steuersatz von 1% ab 2 Mio. Euro pro Person sei das "bevorzugte" Instrument, um „steigende Ungleichheit“ zu bekämpfen. Womöglich soll dies auch Offenheit für eine einmalige Vermögensabgabe signalisieren. „Begünstigungen für Betriebsvermögen werden	„Der Eingangssteuersatz der Vermögenssteuer startet bei 1 Prozent und steigt bis zu einem Nettovermögen von 50 Millionen Euro stetig an. Ab 50 Millionen Euro greift der Höchststeuersatz von 5 Prozent.“ (S. 86)	Die Einführung von Vermögenssteuer oder -Abgabe wird von der FDP abgelehnt. (S. 11)	Die Einführung von Vermögenssteuer oder -Abgabe wird von der AfD abgelehnt. (S. 35)

			wir im verfassungsrechtlich erlaubten und wirtschaftlich gebotenen Umfang einführen.“ (S. 38)	Zusätzlich soll es eine Vermögensabgabe geben: „Diese soll für Nettovermögen über 2 Millionen Euro (für Betriebsvermögen sind 5 Millionen Euro Freibetrag) erhoben werden. Die Vermögensabgabe ist progressiv von 10 bis 30 Prozent gestaffelt und kann über 20 Jahre in Raten gezahlt werden“ (S.86)		
<b>Angemessene Besteuerung von Unternehmen</b>	„Unser Ziel ist eine wettbewerbsfähige Unternehmensbesteuerung. Wir wollen die Steuerlast für Gewinne, die im Unternehmen verbleiben, perspektivisch auf 25 Prozent deckeln.“ (S. 35); außerdem soll die Anrechnung der Gewerbesteuer und die Verlustverrechnung „verbessert“ werden (S. 35). Hinzu kommt die Abschaffung des Solis, insgesamt deutliche Steuersenkungen für Unternehmen.	Einführung einer effektiven Mindestbesteuerung, um „Überprivilegierung großer Betriebsvermögen abuschaffen“ (S. 23); mittels Country-by-Country-Reporting soll Steuervermeidung großer Konzerne begrenzt werden (S. 22), auch "faire Besteuerung" von Digitalunternehmen ist geplant (S. 23).	„Wir wollen dafür sorgen, dass Konzerne ihre Gewinne, Umsätze und Steuerzahlungen nach Ländern umfänglich öffentlich machen müssen. In der EU führen wir eine gemeinsame Bemessungsgrundlage für die Unternehmenssteuern und einen Mindeststeuersatz von mittelfristig 25 Prozent ohne Ausnahmen ein.“ (S. 38)	„Die Körperschaftssteuer muss wieder auf 25 Prozent erhöht werden. Wir wollen den Wettlauf der Unternehmen um Steuervermeidung unterbinden und drängen auf europaweite Mindestsätze für Unternehmenssteuern.“ (S. 87)	FDP fordert Senkung der "Belastung von Unternehmen auf den OECD-Durchschnitt" von 25% senken, "deutscher Sonderweg" der Gewerbesteuer sollte beendet werden. Internationale Initiativen zur Unternehmensbesteuerung werden unterstützt; degressive Abschreibungsmöglichkeiten für Unternehmen will man verstetigen (7)	„Grundsätzlich ist es das Ziel der AfD, die Steuer- und Abgabenbelastung in Deutschland deutlich zu senken (laut OECD weltweit nur noch von Belgien übertroffen!). Es gilt, die in den letzten Jahren erfolgte massive Abwanderung von deutschen Unternehmen und Fachkräften ins Ausland zu stoppen und den Wirtschaftsstandort Deutschland für Investitionen wieder attraktiv zu machen.“ (S. 35f)
<b>Reform der Einkommensteuer</b>	Abschaffung des Solidaritätszuschlags und „gleichzeitig kleine und mittlere Einkommen bei der Einkommenssteuer entlasten“ (S. 34), was das genau bedeutet, bleibt unklar.	„Wir werden eine Einkommensteuerreform vornehmen, die kleine und mittlere Einkommen besserstellt, (...) und dafür im Gegenzug die oberen fünf Prozent stärker für die Finanzierung der wichtigen öffentlichen Aufgaben heranzieht.“ (S. 22), ab einem Einkommen von 250.000 Euro (Singles) soll auch ein 3%-Punkten auf die Einkommenssteuer kommen.  Diese Aussage der SPD kann man so lesen, dass die Entlastung für niedrige und mittlere Einkommen über den Tarifverlauf erfolgen könnte.	Einkommenssteuer mit höherem Grundfreibetrag soll geringe und mittlere Einkommen entlasten. Spitzensteuersätze werden dafür angehoben, ab 100.000 EUR (Singles) sollen 45% gelten, ab 250.000 Euro (Singles) 48%. (S. 37)	Die Linke schlägt eine Reihe von Elementen zur Reform vor: Ein höherer GFB (14.400 Euro), zudem eine Abflachung des Tarifverlaufs; außerdem soll der Spitzensteuersatz auf 53% steigen und eine zweistufige Reichensteuer eingeführt werden (ab 260.000 Euro Einkommen 60%, ab 1 Mio. 75%). (S. 88)	Die FDP möchte den „Spitzensteuersatz schrittweise „nach rechts verschieben“ – mit dem Ziel, dass dieser erst ab einem Einkommen von 90.000 Euro greift.“ (S. 11). Der Tarif (mitsamt aller Freibeträge) soll außerdem „auf Räder“ gestellt werden, um kalte Progression zu verhindern. Der Soli soll komplett abgeschafft werden (S. 11).	Keine eigenen konkreten Vorschläge; Es sei ein „Akt grober Ungerechtigkeit, die progressive Tabellenbelastung des Einkommens und die Bemessungsgrundlagen, die durch Freibeträge, Freigrenzen, Pauschbeträge und Pauschalen maßgeblich bestimmt werden, über lange Zeiträume nominal konstant zu lassen.“ (S. 37) Bei Freibeträgen und Spitzensteuersatz sei „eine automatische gesetzgeberische Dynamisierung vorzunehmen.“ (S. 38); zudem vollständige Abschaffung des Soli

## 4. Die Arbeitswelt von Morgen: Arbeitsmarktpolitik, Bildungspolitik (Fokus Aus- und Weiterbildung), prekäre Beschäftigung

metallforderungen						
<p><a href="#">Für eine zukunftsorientierte Arbeitsmarktpolitik (metallforderung 7)</a></p>						
<p>Einführung eines Transformationskurzarbeitergeldes, das:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Lohnersatz und die Kosten für eine berufliche Weiterbildung während der Kurzarbeit gewährleistet</li> <li>- gemeinsames Handeln der Betriebsparteien und Vorlage eines Qualifizierungsplans voraussetzt</li> </ul>	<p>Bekennnis zum Kurzarbeitergeld und zum lebensbegleitenden Lernen und zur Fort- und Weiterbildung. (S. 37)</p>	<p>Einführung eines Transformations-Kurzarbeitergeldes zur Qualifizierung von Beschäftigten in Betrieben / Individuelle Weiterbildungsförderung. (S. 31)</p>	<p>„Einführung eines „Qualifizierungs-Kurzarbeitergeldes“, mit dem „Unternehmen, in Phasen der Transformation ihre Beschäftigten im Betrieb halten und nachhaltig qualifizieren“ können. Es soll „eng an die Sozialpartnerschaft gekoppelt“ sein (S. 5).</p> <p>Außerdem Einführung eines Rechts auf Weiterbildung, Schaffung eines Weiterbildungsgeldes für Erwerbstätige in Qualifizierungsphasen als soziale Absicherung (S. 5)</p> <p>und ein branchenunabhängiges Mindestkurzarbeitergeld (S. 42)</p>	<p>Arbeitsplatz- und Einkommensgarantien in der sozialökologischen Transformation. (S. 19)</p> <p>Kurzarbeitergeld in Höhe von 90 Prozent des letzten Einkommens / Sozialversicherungsbeiträge in voller Höhe. (S. 26)</p> <p>Keine betriebsbedingten Entlassungen und Dividenden für Unternehmen in Kurzarbeit. (S. 26)</p>	<p>Keine Aussage</p>	<p>Keine Aussage</p>
<p>Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Verlängerung Bezugsdauer ALG I bis zu 36 Monate gestaffelt nach Alter</li> <li>- Rahmenfrist auf 36 Monate</li> <li>- Weiterentwicklung der Weiterbildungsprämien zu einem anrechnungsfreien Weiterbildungsgeld</li> <li>- Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahme verlängert ALG I-Anspruch</li> </ul>	<p>Damit mehr geringqualifizierte Arbeitslose an einer Aus- und Weiterbildungsmaßnahme teilnehmen, werden wir die Rahmenbedingungen verbessern. (S. 61)</p>	<p>Umbau der Arbeitslosenversicherung zu einer solidarischen Arbeitsversicherung (präventiv) / Umbau der Bundesagentur für Arbeit bauen zur Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung / Einführung des Anspruchs auf Qualifizierung bereits nach drei Monaten ohne neue Erwerbsarbeit (Arbeitslosengeld Q). Bildungs(teil)zeit, persönliches Zeitkonto, Anspruch auf Qualifizierung (S. 31)</p> <p>Zugang zum ALG I wird erleichtert, Längere Bezugsdauer bei längerer Einzahlung (ALG I). (S. 33)</p>	<p>Umbau der Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung / Rechtsanspruch auf Weiterbildung und die Stärkung der beruflichen Qualifikation. (S. 44)</p> <p>Anspruch auf Arbeitslosengeld bereits ab vier Monaten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. (S. 44)</p>	<p>Längerer Anspruch auf Arbeitslosengeld für alle. (S. 26)</p> <p>Abschaffung von Sperrzeiten und Sanktionen / Stärkung der Qualifizierung und Weiterbildung. (S. 26)</p> <p>Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf 68 Prozent / Einführung eines Arbeitslosengeld Plus (58 Prozent für zum Beispiel Soloselbstständige und Freiberufler*innen). (S. 26)</p> <p>Einführung eines Weiterqualifizierungsgeld (90 Prozent des letzten Gehalts) für die Zeit der Weiterbildung (Transformation). (S. 59)</p>	<p>Keine Aussage</p> <p>Aber: (Persönliches Freiraumkonto für abgabenfreies Sparen für Bildungsauszeiten) (- steuerlicher Freibetrag für arbeitgeberfinanzierte Weiterbildungen). (S. 18)</p>	<p>Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I in Abhängigkeit von der Dauer der Vorbeschäftigung. (S. 120)</p> <p>Absenkung des Beitragssatzes in der Arbeitslosenversicherung / Entlastung von versicherungsfremden Leistungen / Kreis der Leistungsberechtigten strikt an dem Kreis der Beitragszahler / Keine Sanktionen beim Bezug von Arbeitslosengeldes I. (S. 121)</p>



 metallforderungen						
<p>Hartz IV durch solidarische Grundsicherung überwinden</p>	<p>Stärkere Förderung von Langzeitarbeitslosen durch eine persönliche Begleitung mit niedrigem Betreuungsschlüssel in den Jobcentern und eine Offensive im Bereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung. / Jedem soll ein Angebot gemacht werden. / Qualifizierungsmaßnahmen vor Vermittlung in eine Helfertätigkeit.</p> <p>Beibehaltung der Sanktionsmechanismen im SGB II. / Anrechnung von Einkommen im SGB II soll neu ausgestaltet (Anreize zur Aufnahme einer Beschäftigung / Vereinfachung des SGB-II-Leistungsrechts / Besserer Schutz der Wohnsituation</p> <p>Ausweitung der Hinzuverdienstregeln für Jugendliche und junge Erwachsene in Bedarfsgemeinschaften. (S. 39 / S. 61-62)</p>	<p>Überarbeitung der Grundsicherung zu einem Bürgergeld. Die Regelsätze müssen zu einem Leben in Würde ausreichen und zur gesellschaftlichen Teilhabe befähigen. (S. 33)</p> <p>Recht auf Förderung beim Nachholen eines Berufsabschlusses / Einführung eines Weiterbildungsbonus. (S. 33)</p> <p>Keine Prüfung von Vermögen und Wohnungsgröße innerhalb der ersten zwei Jahre sowie Erhöhung des Schonvermögens / Abschaffung von sinnwidrigen und unwürdigen Sanktionen. (S. 33)</p> <p>Bürgerservice für Leistungen und Beratungen ohne Hürden aus einer Hand. (S. 33)</p>	<p>Einführung einer Garantiesicherung ohne Sanktionen (Überwindung von Hartz IV). (S. 46)</p> <p>Anhebung des Regelsatzes in einem ersten Schritt um mindestens 50€. (S. 46)</p> <p>Attraktivere Gestaltung der Anrechnung von Einkommen. / Keine Anrechnung des Verdienstes von Jugendlichen bei Leistungsempfangenden Familien. / Anhebung des Schonvermögens. (S. 46)</p> <p>Zusammenlegung existenzsichernder Sozialleistungen / Integration der Auszahlung in das Steuersystem. (S. 46)</p> <p>Intensive Betreuung, individuelle Unterstützung bei der Arbeitsförderung / Vorrang für Ausbildung und Qualifizierung. (S. 46)</p>	<p>Abschaffung von Hartz IV Bedarfsgerechte individuelle Mindestsicherung ohne Sanktionen. in Höhe von 1.200 Euro + potenzielle Sonderbedarfe + jährlicher Inflationsausgleich. (S. 10 / S. 26-27)</p> <p>Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors ()... als freiwilliges Angebot. (S. 26)</p> <p>Sofortige Erhöhung der derzeitigen Grundsicherungsleistungen auf 658 Euro plus Übernahme der Wohn- und Stromkosten. (S. 27)</p> <p>Streichung von Sanktionsregelungen im SGB II sowie von Leistungseinschränkungen im SGB XII. (S. 27)</p> <p>Einbeziehung von Soloselbständigen und Freiberufler*innen. (S. 10 / S. 26)</p>	<p>Liberales Bürgergeld Arbeitslosengeld II entbürokratisieren – mit einheitlichem Satz bzw. Liberalen Bürgergeld. / Einführung einer Bagatellgrenze für Kleinbeträge bei Rückzahlungen. (S. 87)</p> <p>Bessere Hinzuverdienstregeln beim ALG II / Keine Anrechnung des Einkommens von Jugendlichen aus Familien, die ALG II beziehen, bis zur Höhe eines Minijobs. (S. 86)</p> <p>Erhöhung Schonvermögen in der Grundsicherung. (S. 87)</p>	<p>Leistungsanspruch nur für solche EU-Ausländer, Einreise mit existenzsichernder Tätigkeit + Angemessene Zeit der Berufsausübung.</p> <p>Begrenzung des Bezugs von Leistungen der Grundsicherung ()... auf maximal ein Jahr. (S. 118)</p> <p>Auszahlung von Sozialleistungen nur noch auf inländische Konten (S. 119)</p> <p>Sanktionsfreie Erhöhung des Selbstbehalts bei der Berechnung von Arbeitslosengeld II. (S. 120)</p> <p>„Aktivierende Grundsicherung“ als Alternative zum Arbeitslosengeld II / Keine vollständige Anrechnung von Einkommen. (S. 121)</p>
<p><b><u>Für eine Qualifizierungsoffensive und die Sicherung von Ausbildung</u></b> <b>(metallforderung 8)</b></p>						
<p><b>Ausbildung</b></p>						
<p>Einführung einer Ausbildungs-garantie mit umlagefinanziertem Zukunftsfond</p>	<p>Keine Aussage</p>	<p>Ausbildungsgarantie für junge Berufsanfänger*innen mit Vorrang für die Vermittlung in eine betriebliche Ausbildung</p> <p>(branchenbezogene) Umlagen bzw. Fonds bei Ausbildung unterhalb des Bedarfs.</p> <p>Angebot für Interessenten ohne Ausbildungsplatz für eine an die betriebliche Praxis angelehnte Ausbildung in einer Berufsschule oder eine außerschulische Ausbildung. (S. 31)</p>	<p>Ausbildungsgarantie für einen guten Ausbildungsplatz und eine gute Ausbildung. (S. 63)</p> <p>Stärkere Förderung von Verbundausbildungen und Nutzung von außerbetrieblichen Ausbildungen. (S. 63)</p> <p>Unterstützung von Unternehmen durch Umlagefinanzierung. (S. 63)</p> <p>Zertifizierung und Anerkennung von einzelnen Ausbildungsbau-steinen als Teilqualifikationen. (S. 63)</p>	<p>Ausbildungsumlage für Betriebe, die nicht ausbilden. (S. 20 / S. 51)</p> <p>Unbefristete Übernahme nach Ausbildungsende und Wegfall der Probezeit bei Übernahme im selben Betrieb. (S. 51)</p> <p>Verbindliches Ausbildungsangebot am Ende von berufsvorbereitenden Maßnahmen. (S. 51)</p> <p>Altersunabhängige Möglichkeit zum Nachholen eines anerkannten Berufsabschlusses für Menschen ohne Ausbildung. (S. 51 / S. 52)</p>	<p>Zukunftsgarantie für junge Menschen ohne einen Ausbildungsplatz</p> <p>Umbau des Übergangssystems zwischen Schule und Ausbildung zu einem bundesweiten Programm mit regionaler und individueller Ausgestaltung</p> <p>Reform der Einstiegsqualifizierung inkl. Sozialpädagogische Begleitung / Bedarfsgerechte Stärkung außerbetrieblicher Ausbildungsangebote in Regionen mit</p>	<p>Keine Aussage</p>



 metallforderungen						
				<p>Grundlegende Reform des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) mit Verankerung eines Rechtsanspruchs auf eine vollqualifizierende Ausbildung. (S. 51)</p> <p>Stärkung der Mitbestimmung von Auszubildenden und deren Mitwirkung in den Personalvertretungen. (S. 51)</p>	<p>einer erheblichen Unterversorgung an Ausbildungsplätzen unter Einbezug der Sozialpartner</p> <p>Ausbau von Teilqualifizierungen, Flexibilisierung der Ausbildungsdauer, Förderung digitaler Ausbildungsangebote und Verstärkung von Teilzeitausbildungen. (S. 20)</p>	
<p>Entwicklung eines Paktes für zukunftsfeste Berufsschulen unter Einbezug von Bund, Ländern, Schulträgern und Sozialpartnern</p>	<p>Keine Aussage</p> <p>Eine Karriere in der beruflichen Bildung muss als gleichwertige Alternative zum Studium für jeden und jede erkennbar sein. Der Deutsche Qualifikationsrahmen (DQR) hat sich als bildungspolitisches Transparenzinstrument bewährt. (S. 82)</p>	<p>Pakt für berufsbildende Schulen von Bund, Ländern und Schulträgern zusammen mit den Sozialpartnern zur Modernisierung der technischen Ausstattung und eine verbesserte Sicherung des Lehrkräfte-Nachwuchses. / Bessere Verzahnung von beruflicher und akademischer Bildung. (S. 31)</p>	<p>Gute Ausstattung aller berufsbildenden Schulen / Mindestausbildungsvergütung von mindestens 80 Prozent der durchschnittlichen, tariflichen Auszubildendenvergütungen ein. (S. 63)</p>	<p>Wir wollen einen Berufsbildungspakt, damit längst überfällige Investitionen für gute Qualität an beruflichen Schulen getätigt werden. Und es braucht deutlich mehr Personal. (S. 51)</p>	<p>Exzellenzinitiative Berufliche Bildung / Öffnung der Begabtenförderung für Talente der beruflichen Bildung. (S. 19)</p> <p>Überarbeitung der Berufsausbildungsordnung (Zusammenfassung von artverwandte Berufen nach Maßgabe der Sozialpartner in Berufsfelder). (S. 20)</p>	<p>Stärkung des beruflichen Bildungs- und Ausbildungssystems / Streben nach immer höheren Abiturientenquoten gefährdet den Nachwuchs in den Ausbildungsberufen. (S. 149)</p>
<p>Qualität des dualen Studiums verbessern: Weiterentwicklung des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) und Sicherstellung des Übernahmeanspruchs nach § 78a BetrVG für dual Studierende</p>	<p>Wir wollen sie (Anm.d.Red.: Duale Studiengänge) weiter ausbauen... (). (S. 82)</p>	<p>werden wir das duale Studium besser fördern. (S. 31)</p>	<p>Keine Aussage</p>	<p>Das duale Studium muss öffentlich-rechtlich akkreditiert werden und zu gleichwertigen Abschlüssen führen. Dual Studierende müssen einen Ausbildungsvertrag mit einer Mindestvergütung bekommen. Der Zugang zum dualen Studium muss ohne Abitur möglich sein. (S. 55)</p>	<p>Keine Aussage</p>	<p>Keine Aussage</p>
<p>Bedingungen für Studierende verbessern: - Stärkung und Weiterentwicklung des BAföG (Altersgrenzen sowie die Förderfähigkeit eines berufsbegleitenden Studiums oder Studium in Teilzeit herstellen)</p>	<p>Erweiterung des Zwecks des BAföG um eine zweite Berufsausbildung. Ersatz der bestehenden Altersgrenzen durch Höchstgrenzen.</p> <p>Elternunabhängigen Einkommens- und Vermögensprüfung bei einem späteren Master.</p> <p>Kriteriengebundene Vergabe im Bereich der Rückzahlung. (S. 83)</p>	<p>Ausweitung der Förderansprüche des BAföG / schrittweise Rückkehr zum Vollzuschuss / Neues Kindergeld als Basisabsicherung für alle bis zum Alter von 25 Jahren. (S. 31)</p>	<p>Umbau des BAföG zu einer perspektivisch elternunabhängigen Grundsicherung für alle Studierenden und Auszubildenden / Garantiebetrug und einem Bedarfzuschuss. (S. 63)</p> <p>Ablehnung von Studien- und Verwaltungsgebühren an staatlichen Hochschulen. / Weiterentwicklung der studentischen Krankenversicherung insbesondere mit Blick auf die Alters- und Semestergrenzen. / Bessere Anrechnungsmöglichkeiten von ehrenamtlicher Engagement bei der Studienfinanzierung. (S. 63)</p>	<p>Rückzahlungsfreies, elternunabhängiges und bedarfsgerechtes BAföG / Abschaffung von Altersgrenzen beim BAföG / Abschaffung der Kopplung des BAföG an Leistungsüberprüfungen / Schließung von Förderlücken / Regelmäßige und automatische Anpassung an die tatsächlichen und steigenden Lebenshaltungs- und Wohnkosten / Anpassung der Bezugsdauer an die reale durchschnittliche Studiendauer. (S. 52-53)</p> <p>Abschaffung aller Formen von Studiengebühren für Menschen mit und ohne deutschen Pass. (S. 52)</p>	<p>Elternunabhängiges Baukasten-BAföG / Förderhöchstdauer: Regelstudienzeit plus zwei Semester / Aufhebung der Höchstaltersgrenzen / Anhebung der Hinzuverdienstgrenzen / Digitalisierung der Beantragung und Verwaltung des BAföG. (S. 21)</p>	<p>BAföG-Empfängern soll bei einer Geburt während der Ausbildung bzw. während des Studiums die Rückzahlung bei erfolgreichem Abschluss erlassen werden. Für alle Studenten mit Kindern soll die Regelstudienzeit auf Antrag um bis zu sechs Semester verlängert werden. (S. 108)</p>



 metallforderungen						
<b>Weiterbildung</b>						
Reform der Betriebsverfassung und gesetzliche Verankerung des Anspruchs auf Weiterbildung	Keine Aussage	<p>()... Betriebsverfassung ()... braucht ein Update. ()... Mehr echte Mitbestimmungsrechte ()... bei der betrieblichen Weiterbildung als eine zentrale Voraussetzung für gelungenen Wandel. S 29</p> <p>Recht auf Weiterbildung und beruflichen Neustart in allen Lebensphasen (40plus). (S. 31)</p>	<p>Die Mitbestimmungsrechte, für Betriebsräte, Personalräte und auch Jugend- und Ausbildungsververtretungen, wollen wir ausbauen und modernisieren, u. a. wenn es um Personalentwicklung, Weiterbildung ()... . (S. 43)</p> <p>Einführung eines Rechts auf Weiterbildung. (S. 6)</p>	<p>Betriebsräte brauchen ein erzwingbares Mitbestimmungs- und Initiativrecht für betriebliche Aus-, Weiter- und Fortbildung ()... . (S. 19)</p> <p>Recht auf Weiterbildung. (S. 51)</p>	Keine Aussage	Keine Aussage
Bildung regionaler Weiterbildungsverbände und eine Harmonisierung der Förderung nach SGB III und AFBG-Förderung (Aufstiegs-BAföG) mit dem Ziel einer lebensstandardsichernden Förderhöhe	<p>Einen Schwerpunkt legen wir auf Weiterbildung und lebensbegleitendes Lernen. Es geht um das passende Angebot, das alle schnell finden und sicher nutzen können. (S. 82)</p> <p>Eine entsprechend vorausschauende Forschung zur Kompetenzentwicklung werden wir fördern. (S. 83)</p> <p>Wir wollen das BAföG flexibilisieren und zu einem Instrument der individuellen Förderung des Lebensunterhalts von Bildung und Weiterbildung im Lebensverlauf weiterentwickeln. (S. 83)</p> <p>()... erweitern wir den Zweck des BAföG um eine zweite Berufsausbildung und ersetzen die bestehenden Altersgrenzen durch Höchstgrenzen. (S. 83)</p> <p>Fortentwicklung des Aufstiegs-BAföG. Weiterqualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Selbstständige während des Berufs. (S. 83)</p> <p>Ausbau des Bundesprogramms Bildungsprämie. (S. 83)</p>	<p>Den Weg der Gebührenfreiheit bei der Aufstiegsfortbildung setzen wir fort. (S. 31)</p> <p>Modell der geförderten Bildungszeit und Bildungsteilzeit mit Recht auf Freistellung und Arbeitszeitreduzierung sowie angemessene Kompensation von Lohneinbußen. (S. 31)</p> <p>Bessere Abstimmung und perspektivische Zusammenführung des BAföG und des Aufstiegs-BAföG / Aufhebung der Altersgrenzen beim BAföG / Neustart-BAföG für neue berufliche Wege im Erwachsenenalter. (S. 31)</p> <p>Ansparung eines persönlichen Zeitkontos (geleistete Arbeitsstunden). Aufstockung per Tarifvertrag oder durch den Staat möglich. (S. 31)</p>	<p>Um abhängig Beschäftigten die Zeit für eine berufliche Qualifizierung und Weiterbildung einzuräumen, wollen wir einen Freistellungsanspruch mit Rückkehrrecht auf den vorherigen Stundenumfang einführen. (S. 64)</p> <p>Zur sozialen Absicherung ist für arbeitsmarktbedingte Weiterbildungen und Qualifizierungen ein auskömmliches Weiterbildungsgeld nötig, für alle anderen, die sich beruflich entwickeln oder neuorientieren wollen, ein Weiterbildungs-BAföG. (S. 64)</p>	<p>Gesetzliche Verpflichtung zur Schaffung von Angeboten der beruflichen Fortbildung an Berufsschulen und Hochschulen für alle Beschäftigten (unabhängig vom bisherigen Bildungsabschluss). (S. 20)</p> <p>Einführung eines Weiterbildungsgeldes in Höhe von 90 Prozent des letzten Nettoentgelts (keine Anrechnung auf den Anspruch des Arbeitslosengeldes. (S. 20 / S. 52 / S. 59)</p> <p>Nachholen eines anerkannten Berufsabschlusses für Menschen ohne abgeschlossene Ausbildung. (S. 51)</p> <p>Rechtsanspruch auf Reduzierung der Arbeitszeit oder zeitlich begrenzte Aussetzung bei Weiterbildung für alle Beschäftigte. S. 19</p> <p>Lohnausgleich von mindestens 70 Prozent des Nettogehalts und Sozialversicherungsbeiträge durch die Arbeitgeber. (S. 19)</p> <p>Der Staat muss Bildungsteilzeit von Beschäftigten durch eine stärkere Berücksichtigung bei den Rentenansprüchen und der Höhe</p>	<p>Midlife-BAföG – ein zweites Bildungssystem für das ganze Leben von bis zu 1.000 Euro im Jahr einführen. Darüber hinaus soll in einem persönlichen Freiraumkonto unabhängig vom Arbeitgeber das steuer- und abgabenfreie Ansparen für Weiterbildungsangebote und Bildungsauszeiten ermöglicht werden. (S. 18)</p>	Keine Aussage



 metallforderungen						
				von Ansprüchen auf ALG I unterstützen. Für Geringverdienende muss ein vollständiger Lohnausgleich durch staatliche Zuschüsse garantiert werden. (S. 19)  Weiterbildungsfonds für alle Unternehmen einer Branche. (S. 20)		
- Weiterbildungsberatung ausbauen - eine gesetzliche Verankerung von betrieblichen Weiterbildungsmentor*innen	()... bestehende und neue digitale Bildungsplattformen zu einem bundesweiten und europäisch anschlussfähigen Plattform-System verknüpfen. (S. 82)  Zudem unterstützen wir Unternehmen und Beschäftigte im Strukturwandel mit passgenauen Informations- und Beratungsangeboten zur Weiterbildung. (S. 83)	()... Die Bundesagentur für Arbeit bauen wir darum zur Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung um, die ein hochwertiges und individuelles Beratungsangebot gewährleistet. (S. 31)	Bildungsagenturen als zentrale Anlaufstellen zur Unterstützung von Menschen bei der Neuorientierung und Vereinfachung der Weiterbildungsberatung und -förderung. (S. 44 + S. 64)	Ausbau der Weiterbildungsangebote der Arbeitsagentur und Jobcenter Vorrang für Erhalt der Qualifikation und Weiterbildung. (S. 20)	()... Vielzahl von Bildungsangeboten für das lebenslange Lernen ()... auf einer zentralen digitalen Plattform einsehbar sein. Leichtere Erreichbarkeit /Anerkennung informell sowie non-formal erworbener Kompetenzen ermöglichen. (S. 18)	Keine Aussage
<b>Für die Eindämmung prekärer Beschäftigung (metallforderung 9)</b>						
Die Eingrenzung und Regulierung der Leiharbeit durch das Verbot des dauerhaften Ersatzes von Feststellungen durch Leiharbeit	Wir werden die Zeitarbeit erhalten. (S. 38) - Verweis auf die nahezu vollständigen tarifvertraglichen Regelungen im Bereich der Zeitarbeit. (S. 38)	Leiharbeiter*innen werden ab dem ersten Tag den gleichen Lohn erhalten wie Festangestellte. (S. 27)	Leiharbeiter*innen sollen vom ersten Tag an den gleichen Lohn für gleiche Arbeit bekommen wie Stammbeschäftigte – plus Flexibilitätsprämie. (S. 42)	Verbot der Leiharbeit / Gleicher Lohn für gleiche Arbeit in der Leiharbeit ab dem ersten Tag plus Flexibilitätszulage von 10 Prozent. (S. 16)	Unnötige gesetzliche Sondervorschriften zur Zeitarbeit behindern aber die Integrationsfunktion der Zeitarbeit in den Arbeitsmarkt und führen zu zusätzlicher Bürokratie. Das wollen wir ändern und zum Beispiel die Höchstüberlassungsdauer aufheben. (S. 34-35)	Mindestens gleicher Lohn für Leiharbeiter ab dem ersten Arbeitstag / Einführung einer Flexibilitätsprämie. (S. 119)
- eine Erweiterung der Mitbestimmungsrechte bei Fremdvergabe und Outsourcing bezogen auf den Einsatz von Fremdbeschäftigten	Werk- und Dienstverträge sind ein elementarer Bestandteil unseres funktionierenden Arbeitsmarkts ...(). Ihrer missbräuchlichen Anwendungen treten wir durch wirksame Arbeitsschutzkontrollen entschieden entgegen. (S. 38)	Mehr echte Mitbestimmungsrechte bei der Beschäftigtensicherung und Betriebsänderungen, beim Einsatz von Leiharbeit und Werkverträgen, ... (). (S. 29)	Gegen den vielfachen Missbrauch von Werkverträgen und die Abwälzung unternehmerischer Verantwortung mittels Subunternehmerketten gehen wir ordnungspolitisch vor. (S. 42 – 43)	Zustimmung des Betriebsrats bei Vergabe von Werkverträgen und dem Einsatz von Leiharbeit / Beweislastumkehr beim Missbrauch von Werkverträgen. (S. 16)	Keine Aussage	Keine Aussage
- einen Mindestlohn über 12 Euro und Verstärkung der Kontrollen	Keine Aussage	()... begrüßen wir den Vorschlag für einen Rechtsrahmen für europäische Mindestlöhne. (S. 57)  Wir werden den gesetzlichen Mindestlohn zunächst auf mindestens zwölf Euro erhöhen und die	Den gesetzlichen Mindestlohn werden wir sofort auf 12 Euro anheben. Anschließend muss der Mindestlohn weiter steigen...() mindestens der Entwicklung der Tariflöhne zu entsprechen. Die Mindestlohnkommission wollen wir reformieren ()... . Ausnahmen	Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns auf 13 Euro / Keine Anrechnung der Zuschläge für Sonntags-, Schicht- oder Mehrarbeit sowie Sonderzahlungen / Streichung sämtlicher Ausnahmen vom Mindestlohn / Kontrolle des	Keine Aussage	Bekenntnis zum gesetzliche Mindestlohn /Schutz vor Lohndruck durch Massenmigration. (S. 119-120)  Stärkung der Finanzkontrolle Schwarzarbeit. (S. 121-122)

# Synopse zur Bundestagswahl 2021



 metallforderungen						
		Spielräume der Mindestlohnkommission für künftige Erhöhungen ausweiten. (S. 27)	für unter 18-Jährige und Langzeitarbeitslose werden wir abschaffen. (S. 42-43)	Mindestlohn verbessern / Verdopplung der Kontrolleure bei der Finanzkontrolle Schwarzarbeit / Einrichtung eines Meldeportals gegen Mindestlohnbetrug. (S. 9 / S. 16)		
Das Verbot der sachgrundlosen Befristung, um das Unterlaufen des Kündigungsschutzes zu verhindern	Ablehnung der Ausweitung von Kettenbefristungen. / Sachgrundlose Befristung als Ausnahme (nicht länger als zwei Jahre). / Verhinderung des Missbrauchs. (S. 38)	Die Befristung von Arbeitsverhältnissen ohne einen Sachgrund werden wir abschaffen und die vom Gesetz akzeptierten Gründe für eine Befristung kritisch überprüfen. (S. 27)	Ohne sachlichen Grund dürfen Arbeitsverträge nicht mehr befristet werden. (S. 42-43)	Ersatzlose Streichung der sachgrundlosen Befristungen / Enge Begrenzung der zulässige Sachgründe / dritte Arbeitsvertrag beim selben Arbeitgeber muss zwingend unbefristet sein. (S. 17)	Keine Aussage	Keine Aussage

## 5. Ein neues soziales Sicherungsversprechen: Rente, Gesundheit & Pflege, Finanzierung

metallforderungen						
<p><b>Für einen Kurswechsel in der Rentenpolitik (metallforderung 10)</b></p>	<p>Finanzielle Sicherheit im Alter (4.1.)</p>	<p>3.4 Alter absichern</p>	<p>Wir sichern die sozialen Netze (S. 46)</p>	<p>Gute Rente, gutes Leben (S. 22)</p>	<p>Enkelfitte Rente (S. 87)</p>	<p>Das Rentenkonzept der AfD (S. 124)</p>
<p>- Rentenniveau stabilisieren und auf etwa 53% anheben</p>	<p>- Sozialbeirat zum Alterssicherungsbeirat weiterentwickeln; soll drei Säulen der Altersvorsorge in den Blick nehmen und Empfehlung für Festlegung verbindlicher und perspektivischer Haltelinien bei Rentenniveau und Beitragssatz abgeben - freiwillige Beiträge in der GRV in jeglicher gewünschten Höhe (bis max. BBG) (S. 59)</p>	<p>- zentrale Grundlage ist GKV; dauerhaftes Rentenniveau von mindestens 48 Prozent - weitere Spielräume sollen genutzt werden, wenn sich diese ergeben - allen gesetzlich verpflichtet Versicherten soll zusätzlich möglich sein, sich in angemessenem Umfang ergänzend freiwillig in GRV zu versichern (S. 35)</p>	<p>- langfristige Sicherung des Rentenniveaus bei mindestens 48 Prozent hat hohe Priorität - Um das Rentenniveau zu sichern, soll die Frauenerwerbstätigkeit unter anderem durch ein Recht auf Rückkehr in Vollzeit erhöht, ein echtes Einwanderungsgesetz geschaffen und die Beschäftigungssituation älterer Arbeitnehmer*innen verbessert werden - bei Bedarf sollen die Steuerzuschüsse erhöht werden - Prekäre Beschäftigung muss überwunden werden / nur so auskömmliche Rente (S. 47)</p>	<p>- „Wir wollen das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent anheben.“ - „Bei der Rentenanpassung stellen wir die Lohnbezogenheit wieder her.“ (S. 22)</p>	<p>- Gesetzliche Aktienrente: verpflichtende erste Säule unseres Rentensystems künftig auf zwei Pfeiler stellen, dadurch für Demographiefestigkeit zu sorgen und das Rentenniveau langfristig wieder zu steigern. - Dabei wird genau derselbe Anteil wie bisher für die Altersvorsorge aufgewendet – wie üblich aufgeteilt in Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeitrag. Neu ist, dass neben dem größeren Betrag, der weiter in die umlagefinanzierte Rentenversicherung fließt, ein kleinerer Betrag [...] in eine langfristige, chancenorientierte und kapitalgedeckte Altersvorsorge angelegt wird, die als Fonds unabhängig verwaltet wird, eben die gesetzliche Aktienrente. (S. 88)</p>	<p>Keine Aussage  (Als Partei der Leistungsgerechtigkeit ist es der AfD ein besonderes Anliegen, unseren Eltern und Großeltern im Rentenalter einen Lebensabend in Würde zu ermöglichen. S. 124)</p>
<p>- gesicherte Altersübergänge: ▶ <i>bessere Rahmenbedingungen für Altersteilzeit</i> ▶ dauerhaft Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren ▶ Nein zur Rente mit 67 oder 68!</p>	<p>- Lebenserwartung wächst weiter; Renteneintrittsalter steigt daher in kleinen Schritten auf 67 Jahre im Jahr 2030 an - den Menschen helfen, das tatsächliche Regelrenteneintrittsalter zu erreichen, dazu medizinische und berufliche Rehabilitation stärken (S. 59) - keine Aussage zur Rente mit 63</p>	<p>- Ablehnung Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters - Rente mit 63: gesetzlichen Anspruch, dass besonders langjährig Versicherte vor Erreichen der Regelaltersgrenze abschlagsfrei in Rente gehen können, soll beibehalten werden (S. 35)</p>	<p>- grundsätzlich Festhalten an der Rente mit 67 - wollen es Menschen aber leichter machen, selbst darüber zu entscheiden, wann sie in Rente gehen wollen, auch über die Regeleintrittsgrenze hinaus (S. 47)</p>	<p>- „Die Rente erst ab 67 muss zurückgenommen werden.“ - „Forderungen nach einer noch höheren Regelaltersgrenze sind unrealistisch und unverantwortlich.“ - „Jede*r muss wieder spätestens ab 65 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen dürfen. Das ist finanzierbar. Wenn Menschen 40 Jahre lang Beiträge gezahlt haben, sollen sie bereits ab 60 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen können.“ (S. 24)</p>	<p>- Renteneintrittsalter nach schwedischem Vorbild flexibilisieren. - Wer das 60. Lebensjahr und mit allen Altersvorsorgeansprüchen mindestens das Grundsicherungsniveau erreicht, soll selbst entscheiden, wann der Ruhestand beginnt. Wer früher in Rente geht, bekommt eine geringere, wer später geht, erhält eine höhere Rente. - Zuverdienstgrenzen schaffen wir ab, und Teilrenten sind unkompliziert möglich. (S. 87) - diskriminierende Altersgrenzen abschaffen (S. 89)</p>	<p>- Eigenverantwortung: Unserem Freiheitsverständnis nach gehört die Entscheidung über den Eintritt in die Rentenphase in die Hand des Einzelnen [...] wollen deshalb jedem ermöglichen, länger zu arbeiten und im Einvernehmen mit dem jeweiligen Arbeitgeber zum individuellen Wunschzeitpunkt den Ruhestand anzutreten [...] Rentenhöhe hängt dabei von den eingezahlten Beiträgen und dem Renteneintritt ab. Wer länger arbeitet, bekommt entsprechend mehr Rente. (S. 125)</p>

 <b>metallforderungen</b>						
<p>- Erwerbsminderungsschutz verbessern</p>	<p>Erwerbsminderungsrentner*innen, sollen beim Wechsel in die Altersrente von den Verbesserungen der Jahre 2014 und 2019 profitieren (S. 59)</p>	<p>Armutsrisiken bei den heutigen Erwerbsminderungsrentner*innen verringern und für sie Verbesserungen erreichen (S. 35)</p>	<p>Keine Aussage</p>	<p>- Der Zugang zu den Erwerbsminderungsrenten muss erleichtert werden. - Die beschlossene Anhebung der Zurechnungszeit [...] für Rentenzugänge ab 2019 muss auch für die Menschen gelten, die schon 2018 und früher eine Erwerbsminderungsrente bezogen haben. - Abschläge auf Erwerbsminderungsrenten sind zu streichen oder sie durch eine wirkungsgleiche Maßnahme zu kompensieren. (S. 24)</p>	<p>- Die Erwerbsminderungsrente stärken wir. Wer aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten kann, braucht eine starke Unterstützung. (S. 87)</p>	<p>Keine Aussage</p>
<p>- Stärkung des sozialen Ausgleichs und Weiterentwicklung der Grundrente</p>	<p>- Wir werden verdeckte Altersarmut bekämpfen. - Anpassung der Regelungen zur Vermögensverwertung und zum Schonvermögen in der Grundsicherung im Alter (S. 60).</p>	<p>- Status quo <b>Grundrente</b>; geschlechtergerechte Rente; Pflege bei Rente stärker anerkennen (S. 35)</p>	<p>- Grundrente reparieren und zu einer echten <b>Garantierente</b> weiterentwickeln, die deutlich mehr Menschen als bisher einbezieht und finanziell besserstellt - Einführung einer von den Arbeitgeber*innen finanzierte Mindestbeitragsbemessungsgrundlage, mit der vollzeitbeschäftigte Geringsverdienende bei langjähriger Beschäftigung im Alter eine auskömmliche Rente erhalten (S. 47)</p>	<p>- als Garantie führen wir eine <b>Solidarische Mindestrente</b> von 1.200 Euro ein, [...] / an alle Menschen im Rentenalter und bei Erwerbsminderung als Zuschlag – im Einzelfall auch als Vollbetrag – von der Rentenversicherung, die weniger als 1.200 Euro Nettoeinkommen im Alter haben (einkommens- und vermögensgeprüft; aus Steuern finanziert; Unterhaltsansprüche nach dem BGB werden berücksichtigt; mit Vermögensfreibeträgen; wird regelmäßig am 1. Juli eines jeden Jahres in demselben Maße erhöht (wie alle anderen gesetzlichen Renten auch) (S. 22-23) - Rente nach Mindestentgeltpunkten auch für Zeiten nach 1992 (S. 24)</p>	<p>- <b>Basis-Rente</b> einführen, Freibetrag bei der Grundsicherung im Alter für Einkünfte aus der gesetzlichen Rentenversicherung. - Beantragung und Auszahlung der Basis-Rente wollen wir unter dem Dach der Rentenversicherung zusammenführen. - Gang zum Sozialamt entfällt (S. 88)</p>	<p>- Eltern sollen zur Herstellung der Lastengerechtigkeit bei der Geburt jedes Kindes eine Rückzahlung bereits entrichteter Rentenbeiträge in Höhe von 20.000 € erhalten bzw. von zukünftigen Beiträgen in entsprechender Höhe freigestellt werden, ohne dass die spätere Leistung gekürzt wird (S. 105/127)) - Bei Versicherten, die lange in die Rentenkasse eingezahlt haben, sollen 25% der Altersrente nicht auf die Grundsicherung im Alter angerechnet werden (S. 125/126)</p>
<p>- Einbeziehung aller Berufsgruppen in eine solidarische Erwerbstätigenversicherung</p>	<p>- Altersvorsorgepflicht für Selbstständige, die nicht bereits abgesichert sind, Wahlfreiheit zwischen gesetzlicher Rentenversicherung und anderen insolvenzsicheren und zugriffsgeschützten Vorsorgearten (S. 60)</p>	<p>- <b>Erwerbstätigenversicherung</b>: auch die Selbstständigen, Beamten*innen, freien Berufe und Mandatsträger*innen sollen GKV angehören; Sondersysteme überwinden (S. 35)</p>	<p>- die gesetzliche Rentenversicherung soll schrittweise zu einer <b>Bürger*innenversicherung</b> weiterentwickelt werden, in die perspektivisch alle einbezogen werden, damit alle gut abgesichert sind - erster Schritt zu einer Bürger*innenversicherung: Selbstständige</p>	<p>- „Als LINKES Kernprojekt beziehen wir alle Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung ein. [...] Unser Konzept der <b>Solidarischen Erwerbstätigenversicherung</b> bietet eine gesetzliche Alterssicherung auch für bislang nicht versicherte Selbstständige,</p>	<p>- maximale Wahlfreiheit für Selbstständige bei der Altersvorsorge (S. 34)</p>	<p>- Politiker sollen wie andere Arbeitnehmer auch in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen (S. 126) - beamtenrechtliche Altersvorsorge soll beibehalten bleiben, aber Verbeamtung auf hoheitliche Aufgaben beschränkt werden</p>



 metallforderungen						
			ohne obligatorische Absicherung z.B. in berufsständischen Versorgungswerken, und Abgeordnete sollen verpflichtend in die GRV aufgenommen werden (S. 47)	Freiberufler*innen, Beamte*innen, Manager*innen und Politiker*innen. Wir wollen, dass alle Erwerbstätigen Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung zahlen.“ (S. 22)		– rechtliche künftige Staatsbedienstete soll in GKV aufgenommen werden (S. 127)
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Gute Renten – solidarisch finanziert:</li> <li>▶ moderate Erhöhung des paritätischen Beitragssatzes auch über 22 Prozent</li> <li>▶ höherer Steuerzuschuss und systemgerechte Finanzierung „versicherungsfremder“ Leistungen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Deckelung des Gesamtsozialversicherungsbeitrags bei maximal 40 Prozent (S. 34)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- solidarische Finanzierung (S. 35)</li> <li>- Bemessungsgrenze zur Erhebung der Beiträge zur gesetzlichen Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung regelmäßig anpassen (S. 22)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Um die Belastungen der Versicherten und der Arbeitgeber*innen zu begrenzen, sollen bei Bedarf die Steuerzuschüsse erhöht werden (S. 47)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- „Die Beitragsbemessungsgrenze (für die allgemeine und die knappschaftliche Rentenversicherung sowie für die alten und die neuen Bundesländer) wird zunächst vereinheitlicht und dann in mehreren Schritten drastisch angehoben. Die Höhe der Rentenansprüche über dem Doppelten des Durchschnitts soll im höchsten verfassungsgemäß zulässigen Rahmen abgeflacht werden. Deshalb soll eine »Beitrags-Äquivalenzgrenze« eingeführt werden.“ (S. 23)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Abgabenquote unter 40 % senken (S. 10)</li> <li>- das Altersvorsorgesystem zu modernisieren, nachhaltig finanzierbar zu gestalten und den kapitalgedeckten Teil der Altersvorsorge zu stärken. (S. 87)</li> <li>- „Schuldenbremse 2.0“ für die Sozialversicherungen (soll festschreiben, dass zusätzliche versicherungsfremde Leistungen künftig vollständig aus dem Bundeshaushalt finanziert werden müssen) (S. 89)</li> <li>- Nachholfaktor in der Rentenanpassungsformel soll reaktiviert werden (S. 89)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- höherer Steuerzuschuss in der Rentenfinanzierung soll entgegengewirkt werden, versicherungsfremde Leistungen sind aus Steuermitteln zu begleichen [...]Steuerzuschüsse zur Rente durch konsequente Streichungen von ideologischen Politikmaßnahmen, beispielsweise in der Migrations-, Klima- und EU-Politik (S. 124)</li> </ul>
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Verbesserungen bei der ergänzenden betrieblichen Altersversorgung (bAV), schrittweise Umschichtung der Fördermittel der dritten Säule in die bAV</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- bAV stärken: Mitnahme der Ansprüche beim Jobwechsel weiter verbessern; Sozialpartnermodell evaluieren und mögliche Hindernisse abbauen; mit Blick auf Geringverdiener Konzept einer „Betrieblichen Altersvorsorge für alle“ entwickeln (S. 60)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Ziel: Absicherung deutlich mehr Beschäftigter in der bAV; tarifvertraglich vereinbarte kollektive Altersversorgungsformen sollen bevorzugt werden</li> <li>- Abschaffung der Vollverbeitragung sowie der Doppelverbeitragung von Betriebsrenten in GKV (S. 35)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Arbeitgeber*innen sollen künftig eine betriebliche Altersvorsorge anbieten, einen eigenen Finanzierungsbeitrag leisten und den <b>Bürger*innenfonds</b> als Standard dafür nutzen können</li> <li>- „Um es kleinen Unternehmen einfacher zu machen, eine betriebliche Altersvorsorge anzubieten, wollen wir die reine Beitragsgarantie für kleine Unternehmen einführen, sie bei der Haftung entlasten und so für eine bessere Verbreitung der betrieblichen Altersvorsorge sorgen.“ (S. 47)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- „Wir lehnen es ab, die Arbeitgeber*innen im Rahmen kapitalgedeckter betrieblicher Altersvorsorge und sogenannter Zielrenten aus der Haftung zu entlassen. (gilt auch für den Verzicht auf Rentengarantien zugunsten einer reinen Beitragszusage)</li> <li>- wollen eine überwiegend von den Arbeitgeber*innen finanzierte betriebliche Altersvorsorge (als betriebliche Sozialleistung) - dafür sollen verbindliche tarifvertragliche Regelungen die Grundlage sein.</li> <li>- Doppelverbeitragung beenden</li> <li>- Entgeltumwandlung abschaffen (S. 23)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- betriebliche Altersvorsorge stärken und die gesetzlichen Regelungen attraktiver machen</li> <li>- alle Unternehmen sollen die Möglichkeit einer „reinen Beitragszusage“ (höherer Aktienanteil) und des automatischen Einbezugs ganzer Belegschaften (mit „Opt-Out“-Möglichkeit für die einzelnen Beschäftigten) geben.</li> <li>- Doppelverbeitragung in der gesetzlichen Kranken- sowie Pflegeversicherung für alle Wege betrieblicher und privater Vorsorge sollen beendet werden (S. 88)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- will bAV erhalten (siehe nächste Spalte)</li> </ul>
<ul style="list-style-type: none"> <li>- 3. Säule/ private Zusatzvorsorge:</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Entwicklung eines Standardvorsorgeprodukts, verpflichtend für AN mit Opt-Out-Möglichkeit, attraktive</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Abbau bürokratische Hemmnisse &amp; Kosten senken bei klassi-</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- kapitalgedeckte Altersvorsorge kann das Umlagesystem sinnvoll ergänzen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- „Die Riester-Rente überführen wir auf freiwilliger Basis in die gesetzliche Rente. Wer eingezahlt</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Altersvorsorge nach dem Baukastenprinzip ermöglichen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Die AfD will die kapitalgedeckten Alterssicherungssysteme wie</li> </ul>

 <b>metallforderungen</b>						
<ul style="list-style-type: none"> <li>► Absage an Verschiebungen des Systems der Alterssicherung Richtung Aktienspekulation und obligatorische zusätzliche Altersvorsorge im Rahmen eines Bürgerfonds</li> <li>► schrittweise Umschichtung der Fördermittel zugunsten der dritten Säule in der bAV</li> </ul>	<p>und unbürokratische Förderung durch Staat; auch Produkte ohne Leistungsgarantie; wenn Erwartung, dass mehr Menschen privat vorsorgen sich nicht erfüllt, prüfen, ob wir zu einem stärkeren Maß an Verbindlichkeit kommen müssen (S. 61)</p> <p>- neue Form der kapitalgedeckten Altersvorsorge: <b>Generationenrente</b> (ab Geburt staatlicher Monatsbeitrag zur Anlage in einem Pensionsfonds)</p>	<p>schen privaten Angeboten der Altersvorsorge; für ein neues standardisiertes Angebot, das kostengünstig ist, digital und grenzüberschreitend und (nach schwedischem Vorbild) auch von einer öffentlichen Institution angeboten wird (Förderung neuer Verträge in Form von Zuschüssen soll auf untere und mittlere Einkommensgruppen beschränkt werden (S. 35)</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- wollen die Riester- und die Rürup-Rente durch einen öffentlich verwalteten <b>Bürger*innenfonds</b> ersetzen</li> <li>- die öffentliche Zulagenförderung der privaten Altersvorsorge soll reformiert und auf niedrige und mittlere Einkommen fokussiert werden</li> <li>- Für Menschen mit einem bestehenden Riestervertrag besteht – falls gewünscht - Bestandschutz.</li> <li>- Der Fonds kann langfristig orientiertes Eigenkapital für die Wirtschaft bereitstellen</li> <li>- In den Bürger*innenfonds zahlen alle ein, die nicht aktiv widersprechen. (S. 47)</li> </ul>	<p>hat, soll seine Ansprüche behalten und in die gesetzliche Rente überführen können. Die staatlichen Subventionen von knapp 4 Milliarden Euro jährlich beenden wir und erhöhen damit die Zuschüsse an die gesetzliche Rentenversicherung. Außerdem soll es Versicherten und ihren Arbeitgeber*innen erleichtert werden, bis zu einer bestimmten Grenze freiwillig zusätzliche Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung einzuzahlen.“ (S. 23)</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Bausteine aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Altersvorsorge sollen je nach Lebenslage flexibel kombiniert und an moderne Lebensläufe angepasst werden. Alle Ansprüche aus diesem „Rentenbaukasten“ sollen bei Wechseln zwischen Arbeitgebern oder zwischen Beschäftigung und Selbstständigkeit flexibel mitgenommen werden können (S. 87)</li> <li>- Altersvorsorge-Depot einführen: „Ohne obligatorischen Versicherungsmantel vereinen wir so das Beste aus Riester-Rente (Zulagen-Förderung), Rürup-Rente (steuerliche Förderung) und dem amerikanischen Modell „401K“ (Flexibilität und Rendite-Chancen). Ansprüche aus der Altersversorgung müssen übertragbar (Portabilität) und ein Anbieterwechsel möglich sein. Dies stärkt den Wettbewerb und macht private Altersvorsorge für alle attraktiver.“ (S. 88)</li> <li>- Bessere Investitionsmöglichkeiten für Altersvorsorge – Anlagevorschriften öffnen (S. 88)</li> </ul>	<p>Betriebsrenten, private Lebensversicherungen bis zu privaten Sparvermögen erhalten und lehnt deswegen die Nullzinspolitik der EZB entschieden ab. (S. 51)</p>
<p>- Keine Doppelbesteuerung</p>	<p>Doppelbesteuerung der Renten verhindern</p>	<p>Keine Aussage</p>	<p>Keine Aussage</p>	<p>Die Doppelbesteuerung der Renten wollen wir abschaffen. (S. 23)</p>	<p>Doppelbesteuerung von Renten verhindern und die Beweislastumkehr zugunsten der Steuerpflichtigen einführen (S. 12)</p>	<p>keine Doppelbesteuerung, Steuerfreibetrag anheben und so niedrige Renten vor Besteuerung bewahren (S. 129)</p>
<p><b><u>Für gute Versorgung und gerechte Finanzierung in Gesundheit und Pflege</u></b> <b>(metallforderung 11)</b></p>	<p>Leistungsfähiges Gesundheitswesen (4.3) &amp; Gute Pflege für mehr Sicherheit und Halt (4.4.)</p>	<p>2.4 Zukunftsmission IV. Update für die Gesundheit; 3.5 Füreinander eintreten (ab. S. 36)</p>	<p>Wir geben Gesundheit und Pflege einen neuen Wert (S. 58)</p>	<p>Eine neue solidarische Gesundheitsversicherung! / Eine solidarische Pflege-Vollversicherung (S. 33 /34/ 102)</p>	<p>Gesundheit (S. 35) Pflege (S. 38)</p>	<p>Gesundheitspolitik (S. 133)</p>
<p>- Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung, die alle Bürger*innen einbezieht und gute Versorgung für alle gewährleistet</p>	<p>- eine Einheitsversicherung und Schritte dahin lehnen wir ab (S. 63).</p>	<p>- Einführung <b>Bürgerversicherung</b> - Gleich guter Zugang zur medizinischen Versorgung für alle, eine solidarische Finanzierung und hohe Qualität der Leistungen. (S. 18).</p>	<p>- „Mit der <b>Bürger*innenversicherung</b> wollen wir alle in die Finanzierung eines leistungsstarken Versicherungssystems einbeziehen [...] Auch Beamt*innen, Selbständige, Unternehmer*innen</p>	<p>- In <b>Solidarische Gesundheitsversicherung</b> zahlen alle mit ihren gesamten Einkünften (Erwerbs-, Kapital- und anderen Einkommen) ein und bekommen alle me-</p>	<p>Keine Aussage</p>	<p>- AfD schlägt eine Zusammenlegung von sozialer Pflegeversicherung und gesetzlicher Krankenversicherung vor (S. 139)</p>



 metallforderungen						
			und Abgeordnete beteiligen sich mit einkommensabhängigen Beiträgen, ohne fiktive Mindesteinkommen. (Beiträge auf alle Einkommensarten) (S. 51)	dizinisch notwendigen Leistungen, auch vollumfänglich Medikamente, Brillen, Zahnersatz oder Physiotherapie. (S. 33)		
- eine Erhöhung des Steuerzuschusses in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV)	- Steueranteil für versicherungsfremde Leistungen, dynamisiert und an die tatsächlichen Kosten der versicherungsfremden Leistungen und deren Entwicklung gekoppelt (S. 63)	- Steuerzuschüsse und Investitionsmittel sollten mit klaren Zielvorgaben für Reform des Systems verbunden werden (S. 18)	Keine Aussage, - Finanzierung über Bürger*innenversicherung	Keine Aussage	- „Schuldenbremse 2.0“ für die Sozialversicherungen (soll fest-schreiben, dass zusätzliche versicherungsfremde Leistungen künftig vollständig aus dem Bundeshaushalt finanziert werden müssen) (S. 89)	Keine Aussage
- Erweiterung der Leistungskataloge und Abschaffung der Zuzahlungen	- Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung weiter durch einkommensabhängige paritätische Beiträge, Eigenbeteiligung und Steueranteil für versicherungsfremde Leistungen (S. 63)	- der Staat muss deshalb sicherstellen, dass die Leistungen der Gesundheitsversorgung den Bedürfnissen derer entsprechen, die sie benötigen (S. 18)	- Gesundheitsleistungen auf die jeweiligen Bedarfe gezielt ausrichten - Reform der Heilmittelversorgung (S. 50) - „Wir verbessern die Versorgung gesetzlich Versicherter – zum Beispiel bei der Erstattung von Brillen.“ (S. 51)	In die Solidarische Gesundheitsversicherung zahlen alle mit ihren gesamten Einkünften (Erwerbs-, Kapital- und anderen Einkommen) ein und bekommen alle medizinisch notwendigen Leistungen, auch vollumfänglich Medikamente, Brillen, Zahnersatz oder Physiotherapie ohne Zuzahlungen und Eigenanteile. (S. 33)	Keine Aussage, aber: - Krankenkassen sollen ihren Versicherten finanzielle Anreize wie beispielsweise Selbstbeteiligungen, Bonuszahlungen oder Beitragsrückerstattungen anbieten dürfen - Krankenkassen sollen ihren Versicherten freiwillig zusätzliche Leistungen anbieten können, wie beispielsweise die Kostenübernahme für Verhütungsmethoden	- Zugang zu Heil- und Hilfsmitteln entbürokratisieren (Genehmigungspflicht für Hilfsmittel durch die GKV schafft Versorgungslücken [...] sie ist durch eine Festbetragsregelung zu ersetzen (S. 137)
- die Weiterentwicklung der Pflegeversicherung zu einer Pflegebürgerversicherung, die alle pflegerischen Kosten abdeckt und die Pflegebedürftigen spürbar entlastet	Pflegeversicherung hat sich bewährt; prüfen, wie das Instrument der betrieblichen Pflegezusatzversicherung gestärkt und staatlich gefördert werden kann; Pflegevorsorgefonds bis 2050 verlängern; setzen uns für Dynamisierung des Pflegegeldes ein und befürworten die Einführung einer Regeldynamisierung für alle Leistungen auf Grundlage der Lohnentwicklung, Trägervielfalt und Wettbewerb um attraktive Angebote stärken (S. 67/68)	- Vollversicherung als Bürgerversicherung, die alle pflegerischen Bedarfe und Leistungen abdeckt; erster Schritt: für Pflegebedürftige mit kleinen und mittleren Einkommen soll Eigenanteil gedeckelt werden (S. 36) - Kostensteigerungen solidarisch über einen Mix aus moderat steigenden Pflegeversicherungsbeiträgen und einem dynamischen Bundeszuschuss (S. 36) - Ausbau Pflegeinfrastruktur - Förderung haushaltnaher Dienste (S. 36)	- „Mit einer doppelten Pflegegarantie wollen wir die Eigenanteile schnell senken und dauerhaft deckeln. [...] Die Pflegeversicherung soll alle über diesen Betrag hinausgehenden Kosten für eine bedarfsgerechte (ambulante wie stationäre) Pflege tragen. Mit einer solidarischen Pflege-Bürger*innenversicherung wollen wir dafür sorgen, dass sich alle mit einkommensabhängigen Beiträgen an der Finanzierung des Pflegeisikos beteiligen.“ (S. 52) - zudem: beihilfefähiger Tarif für gesetzlich versicherte Beamt*innen, bessere Absicherung privat Versicherter im Basistarif (S. 51)	- Solidarische Pflegevollversicherung deckt alle pflegerischen Leistungen ab - Menschen mit Pflegebedarf und ihre Familien müssen keinen Eigenanteil zahlen (S. 34)	- pflegende Angehörige entlasten; mehr Unterstützung, niedrigschwellige Beratungsangebote - Einführung eines Liberalen Pflegebudgets (alle Leistungsansprüche der jeweiligen Pflegegrade sollen in ein monatliches Pflegebudget überführt werden, über das unbürokratisch und transparent verfügt werden kann. (S. 39) - an Pflegeversicherung als Teilleistung ist festzuhalten und sie ist zudem durch Kapitaldeckungselemente zu ergänzen - Drei-Säulen-Modell für die Pflege bestehend aus der sozialen Pflegeversicherung sowie aus privater und betrieblicher Vorsorge (S. 40)	- Kurzzeitpflegeplätze in den Krankenhäusern durch die Pflegeversicherung finanziert (S. 127) - Leistungsumfang der sozialen Pflegeversicherung soll dabei dem Versicherungsprinzip in der Krankenversicherung angeglichen werden (S. 139) - kinderlosen Versicherten aufgrund des Wegfalls der Kindererziehung mit all den damit verbundenen Kosten im höheren Maße die Bildung eigener Rücklagen für den Pflegefall zumutbar (S. 139) - Die Unterstützung von pflegenden Angehörigen ist durch die weitgehende Angleichung des Pflegegeldes an die Pflegesachleistungen zu unterstützen. (S. 141)



 <b>metallforderungen</b>						
<p>- mehr Personal in der Pflege, bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen</p>	<p>Pflegekräfte qualitativ ausbilden und attraktive Arbeitsbedingungen schaffen, die insbesondere auch eine verlässliche Gestaltung der Dienstpläne umfassen (S. 69)</p>	<p>- Gute Arbeitsbedingungen und vernünftige Löhne (S. 18)                      - Kommerzialisierung im Gesundheitswesen beenden (S. 18)                      - „Wir wollen die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Altenpflege und Pflege von Menschen mit Behinderung schnell verbessern. Unsere Ziele sind allgemeinverbindliche Branchentarifverträge. Wie werden über die Pflegemindestlohnkommission eine weitere Erhöhung der Mindestlöhne verfolgen.“ (auch für Kirchen)                      - Refinanzierung der Pflegeleistungen an die Geltung von Tarifverträgen Binden                      - neuer, bundesweiter, einheitlicher Personalbemessungsrahmen (S. 28)</p>	<p>- „In der Pflege setzen wir uns ein für bessere Arbeitsbedingungen, mehr Personal, Sicherheit für Menschen, die Pflege benötigen, und für diejenigen, die Angehörige oder Freund*innen pflegen.“ (S. 39)                      - u. a. verbindliche, bedarfsgerechte Personalbemessung – auch in der Langzeitpflege; bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie; mehr eigenverantwortliche Arbeit von Fachkräften; Ermöglichung neuer Arbeitszeitmodelle, etwa der 35-Stunden-Woche in der Pflege bei vollem Lohnausgleich; Ausnahmen im Arbeitszeitgesetz für den Gesundheitsbereich beschränken; gute Löhne – am besten über gute Tarifverträge; soziale Pflegeversicherung verpflichten, nur noch mit Anbietern zusammenzuarbeiten, die nach Tarif bezahlen; Selbstorganisation und Einflussmöglichkeiten der professionellen Pflege stärken bspw. durch eine Bundespflegekammer (S. 52/53)</p>	<p>- Pflegeleistungen sollen in hoher Qualität von gut bezahlten Fachkräften erbracht werden. (S. 34)                      - Mehr Personal in Pflege und Gesundheit: „100 000 Pflegekräfte mehr in den Krankenhäusern und 100 000 Pflegekräfte mehr in den Pflegeheimen und 500 Euro mehr Grundgehalt“ (S. 31)                      - Fachkräfteniveau von 50 %                      - allgemeinverbindlichen Flächentarifvertrag (auch für kirchliche Träger). (S. 32)                      - bedarfsorientierte Personalbemessung (S. 31)                      - bessere Aus- und Weiterbildung                      - Sozialversicherungspflicht in allen Bereichen der Pflege (S. 32)                      - Wir brauchen eine gesetzliche Personalbemessung für alle Berufe im Krankenhaus und in ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen!“                      - „Grundlage dafür muss ein allgemeinverbindlicher Flächentarifvertrag, mindestens auf dem Niveau der Tarifverträge des Öffentlichen Dienstes (TVÖD/ TV-L), für alle Beschäftigten sein, der auch für private und kirchliche Träger wie Caritas und Diakonie gilt.“(S. 32)</p>	<p>- bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege.                      - von der Bildung über eine bedarfsgerechte Personalbemessung bis hin zu mehr Karrierechancen dafür sorgen, dass der Beruf wieder attraktiver wird (S. 38)                      - Abkehr von reinen Pflegepersonal-Untergrenzen (S. 39)                      - Verbesserungen durch Bürokratieabbau, bessere Arbeitsbedingungen und Nutzung digitaler Potenziale (S. 38)</p>	<p>- 1. Eine leistungsgerechte angemessene Bezahlung der Pflegekräfte über einen Flächentarifvertrag mit steuerfreien Nacht-, Sonn- und Feiertagszuschlägen.                      2. Eine bundeseinheitliche gesetzliche Personaluntergrenze für Pflegeeinrichtungen mit einer Pufferregelung bei deren kurzzeitiger Unterschreitung. (S. 138)</p>
<p><b>Für einen starken Sozialstaat (metallforderung 12)</b></p>						
<p>- kein Deckel für die Sozialabgaben</p>	<p>- will Lohnzusatzkosten auf einem stabilen Niveau von maximal 40 Prozent halten (S. 34)</p>	<p>Keine Angabe</p>	<p>- keine Aussage zum Beitragssatz</p>	<p>- kein Deckel</p>	<p>- Trendwende bei der Abgabenquote erreichen und die Abgabenbelastung für die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber wieder auf unter 40 Prozent senken (S. 10)</p>	<p>Keine Angabe</p>



 <b>metallforderungen</b>						
<ul style="list-style-type: none"> <li>- eine gerechte Finanzierung:                             <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ paritätische Finanzierung durch Arbeitgeber und Beschäftigte</li> <li>▶ alle rein ins Solidarsystem: Bürger- und Erwerbstätigenversicherung</li> <li>▶ höhere Steuerzuschüsse zur Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben</li> </ul> </li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Rentenrecht, das Generationengerechtigkeit sichert; Beitragszahler*innen vor Überforderung schützen (S. 59)</li> <li>- Ablehnung Bürgerversicherung; Steueranteil für versicherungsfremde Leistungen, dynamisiert und an die tatsächlichen Kosten der versicherungsfremden Leistungen und deren Entwicklung gekoppelt (S. 63)</li> <li>- Pflegevorsorgefonds bis 2050 verlängern, um unverhältnismäßig steigenden Beiträgen entgegenzuwirken; betriebliche Pflegezusatzversicherungen fördern (S. 68)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- solidarischen Finanzierung (S. 35)</li> <li>- Arbeitsversicherung (S. 31); Bürgerversicherung (S. 36)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- gesetzliche Rentenversicherung soll schrittweise zu einer Bürge*innenversicherung weiterentwickelt werden, in die perspektivisch alle einbezogen werden (S. 47)</li> <li>- [Rente] Um die Belastungen der Versicherten und der Arbeitgeber*innen zu begrenzen, sollen bei Bedarf die Steuerzuschüsse erhöht werden (S. 47)</li> <li>- solidarisch finanzierte Bürger*innenversicherung [...] alle in die Finanzierung eines leistungsstarken Versicherungssystems einbeziehen (S. 51)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- solidarische Gesundheitsversicherung &amp; Pflege-Vollversicherung: In die Kranken- und Pflegeversicherung zahlen alle mit allen Einkommen ein (inkl. Kapitaleinkommen u.ä.) (S. 33)</li> <li>- In die Arbeitslosen- und Rentenversicherung zahlen alle Erwerbstätigen ein (das schließt Freiberufler und Selbständige ein, aber keine Kapitaleinkünfte) (S. 22 + 26).</li> <li>- Mütterrente „muss als gesamtgesellschaftliche Aufgabe vollständig aus Steuern finanziert werden“ (S. 24)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- „Schuldenbremse 2.0“ für die Sozialversicherungen (soll fest-schreiben, dass zusätzliche versicherungsfremde Leistungen künftig vollständig aus dem Bundeshaushalt finanziert werden müssen) (S. 89)</li> <li>- Nachholfaktor in der Renten Anpassungsformel soll reaktiviert werden (S. 89)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Steuerzuschüsse zur Rente durch konsequente Streichungen von ideologischen Politikmaßnahmen, beispielsweise in der Migrations-, Klima- und EU-Politik, gegen zu finanzieren (S. 126)</li> <li>- Politiker sollen wie andere Arbeitnehmer auch in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen (S. 126)</li> <li>- beamtenrechtliche Altersversorgung soll beibehalten bleiben, aber Verbeamtung auf hoheitliche Aufgaben beschränkt werden – rechtliche künftige Staatsbedienstete soll in GKV aufgenommen werden (S. 127)</li> </ul>
<ul style="list-style-type: none"> <li>- einen starken Sozialstaat, der Risiken zuverlässig absichert und Sicherheit im Wandel bietet; gute Leistungen und gute Versorgung in den Mittelpunkt stellen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- brauchen ein neues, modernes Verständnis vom Staat. Er muss sich stärker zurückziehen und nicht alles bis ins Detail regeln wollen; nach der Corona-Pandemie Kassensturz für die öffentlichen Haushalte einschließlich Sozialversicherungen (S. 70/71)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- moderner und starker Sozialstaat (S. 65)</li> <li>- Konzept für einen Sozialstaat, der es allen ermöglicht, den Wandel zu meistern und kommenden Krisen zu trotzen (S. 6)</li> <li>- Die Leistungen des Sozialstaates sind soziale Rechte – wer sie benötigt, sollte nicht lange suchen müssen. (S. 34)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Grundlagen legen für Erhalt eines starken Sozialstaates (S. 23)</li> <li>- der Weg aus der Pandemie muss zu einem neuen sozialen Sicherheitsversprechen führen. - „Wir wollen Schritt für Schritt die sozialen Systeme so verändern, dass sie allen Menschen Sicherheit und Halt geben, auch in Zeiten persönlicher und gesellschaftlicher Umbrüche, und ihnen Teilhabe ermöglichen.“ (S. 39)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Wir wollen einen starken, demokratischen Sozialstaat, der alle Menschen wirksam gegen die Lebensrisiken von Krankheit, Unfall, Alter, Pflegebedürftigkeit und Erwerbslosigkeit schützt. [...]</li> <li>- Wir wollen einen demokratischen Sozialstaat, der soziale Rechte gibt, das gesellschaftliche Leben durch soziale Dienstleistungen und öffentliche Infrastrukturen stärkt und für gute und planbare Erwerbsarbeit sorgt, die sicher ist und zum Leben passt. (S. 25)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Der moderne Sozialstaat muss ein Sprungbrett sein. Er muss ermutigen, Potentiale freisetzen und Anstrengung auch wirklich belohnen. Ziel muss es sein, dass Menschen möglichst schnell berufliche Fortschritte machen können. Wir Freie Demokraten wollen Chancen durch Freiräume eröffnen – für ein selbstbestimmtes Leben. (S. 86)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- „Durch den Ausbau des deutschen Sozialstaates mit Hilfeleistungen für alle Lebenslagen hat sich eine fundamental veränderte Einstellung der Bürger zum eigenen generativen Verhalten entwickelt.“ (S. 105)</li> <li>- „Da eigene Kinder für das Funktionieren des Sozialstaates unabdingbar sind, muss berücksichtigt werden, dass kinderlosen Versicherten aufgrund des Wegfalls der Kindererziehung mit all den damit verbundenen Kosten im höheren Maße die Bildung eigener Rücklagen für den Pflegefall zumutbar ist.“</li> </ul>

## 6. Zukunft der Arbeit: Arbeitszeit, Digitalisierung und Arbeit- und Gesundheitsschutz

metallforderungen						
<a href="#">Die 4-Tage-Woche: Zukunftsmodell für selbstbestimmte Arbeitszeiten</a> (metallforderung 13)	Arbeitswelt der Zukunft gestalten; Familien mehr Zeit geben	Arbeit Wertschätzen (S. 27)	Wir sorgen für gute Arbeit und faire Löhne (S. 51)	Arbeitszeiten, die zum Leben passen	Moderne Arbeitswelt (S. 32)	/
- politische Förderung der <b>4-Tage-Woche</b> , z. B. durch Steuerfreiheit für Entgelt-Aufstockungen	Keine Aussage	- „Da wo Gewerkschaften für die Absenkung von Arbeitszeit streiten, um mehr selbstbestimmte Zeit zu ermöglichen oder Beschäftigung zu sichern, stehen wir an ihrer Seite.“ (S. 29)	- „Kürzere Arbeitszeiten, wie beispielsweise die IG Metall sie als Beitrag zur Bewältigung des Strukturwandels in der Automobilbranche vorgeschlagen hat, begrüßen wir, denn sie bieten die Chance, Arbeit gerechter zu verteilen, Arbeitsplätze zu sichern und Arbeitnehmer*innen zu entlasten.“ (S. 44) - „Dafür wollen wir die starre Vollzeit umgestalten, etwa mit Hilfe eines flexiblen Arbeitszeitkorridors, und insbesondere die Sozialpartner unterstützen, flexible Arbeitszeitmodelle zum Vorteil der Arbeitnehmenden zu ermöglichen S. 44)	- Unterstützung für Gewerkschaften in ihrem Kampf für deutliche Arbeitszeitverkürzung in Richtung eines neuen Normalarbeitsverhältnisses mit 30 Stunden pro Woche. (S. 10 / S. 16)	Keine Aussage	Keine Aussage
- <b>die Verbesserung lebensphasenorientierter Arbeitszeitmodelle und Arbeitszeitkonten</b> (wirksamer Schutz vor Insolvenz sowie Portabilität)	- das bestehende Instrument der Zeitwertkonten praktikabler gestalten und als Familienzeitkonten für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nutzbar machen. Auch staatliche Fördermittel sollen auf Familienzeitkonten gebucht werden können (S. 76).	- Arbeitszeiten, die besser zum Leben passen und Menschen mehr selbstbestimmte Zeit haben – etwa für Familie, soziales Engagement und Weiterbildung (S. 29) - Familienpflegezeit (15 Monate Anspruch auf Lohnersatz bei einer Arbeitszeitreduzierung für jeden nahen Angehörigen ab Pflegegrad 2, auf mehrere Pflegepersonen aufteilbar mit einer Mindestarbeitszeit von 15 bis 20 Stunden) (S. 39)	- Vereinbarkeit: neue Arbeitszeitkultur und flexibler Vollzeitkorridor (S. 41) - In allen Beschäftigungsverhältnissen wollen wir flexible Arbeitszeitmodelle ermöglichen, die es erlauben, Care- und Familienarbeit zu leisten (S. 66) - Ermöglichung neuer Arbeitszeitmodelle, etwa der 35-Stunden-Woche in der Pflege bei vollem Lohnausgleich (S. 53) - PflegeZeit Plus: bis zu dreimonatige Freistellung mit Lohnersatzleistung (S. 52)	- Arbeitszeitmodelle, die es Müttern und Vätern ermöglichen, ihren Beruf mit Familie und Privatleben unter einen Hut zu bringen. (S. 29-30) - Rechtsanspruch auf familiengerechte Arbeitszeiten für alle, die Verantwortung in Erziehung und Pflege übernehmen. (S. 18) - sechswöchige Pflegezeit mit Lohnfortzahlung durch AG (S 18) - 2 x im Berufsleben Möglichkeit Sabbatjahr (ein Jahr) mit Rückkehrrecht (S. 18)	Keine Aussage	Keine Aussage
- Hände weg von bestehenden Regelungen zur <b>täglichen Höchst-</b>	- die Flexibilitätsspielräume zugunsten beider Seiten ausweiten: Arbeitszeitgesetz reformieren, wö-	- Schutzfunktion des Arbeitszeitgesetzes erhalten. Eine Verlängerung der täglichen Arbeitszeit wird ausgeschlossen. (S. 29)	- Versuche, das Arbeitszeitgesetz zum Nachteil der Arbeitnehmer*innen aufzuweichen, lehnen wir ab (S. 44)	- Ausnahmen von der täglich zulässigen Höchstarbeitszeit von 8 Stunden sollen stärker begrenzt werden	- mehr Flexibilität im Arbeitszeitgesetz - eine wöchentliche statt einer täglichen Höchstarbeitszeit	Keine Aussage

metallforderungen						
<b>beitszeit</b> (8 h) und den <b>garantierten, ununterbrochenen Ruhezeiten</b> (11 h)	chentliche statt täglicher Höchst- arbeitszeit; Arbeitnehmerschutz muss gewährleistet bleiben, Miss- brauch und Entgrenzung verhin- dern, Abweichung von der bisheri- gen Tageshöchst arbeitszeit des- halb nur für nicht gefahrgeneigte Berufe (S. 76)		- Ausnahmen im Arbeitszeitge- setz für den Gesundheitsbereich streichen (S. 53)	- Eine Verkürzung der erforderli- chen Ruhezeiten von 11 Stunden lehnen wird abgelehnt - Die gesetzliche Höchst arbeits- zeit soll auf maximal 40 Stunden pro Woche begrenzt werden. (S. 17)	- Einteilung der Arbeitszeit muss flexibler möglich sein - Summe der täglich notwendi- gen Ruhezeit bleibt bestehen; flexible Regelungen in einem Tar- ifvertrag oder in einer Betriebs- vereinbarung sollen rechtssicher ermöglicht werden (S. 32)	
- Klarstellung, dass sämtliche <b>Arbeitszeiten</b> erfasst und dokumen- tiert werden müssen	Keine Aussage	- im Homeoffice müssen Arbeits- und Ruhezeiten gelten, die Ar- beitszeit muss jeden Tag voll- ständig erfasst werden und es braucht ein Recht auf Nichter- reichbarkeitszeiten (S. 29)	- „Arbeitszeit soll künftig doku- mentiert werden, so wie es der Europäische Gerichtshof in ei- nem Urteil entschieden hat. Wir setzen uns für eine bessere Kon- trolle existierender Regelungen ein, um Beschäftigte, deren tat- sächliche Arbeitszeit regelmäßig über 40 Stunden liegt, zu stär- ken.“ (S. 44)	- Arbeitgeber*innen müssen Be- ginn, Ende und Dauer der tägli- chen Arbeitszeit sowie die Dauer der gewährten Ruhepausen je- weils am Tag der Arbeitsleistung aufzeichnen. Dienstreisen und in der Freizeit erbrachte Arbeitslei- stungen müssen vollständig als Arbeitszeit angerechnet werden. (S. 17-18)	Keine Aussage	Keine Aussage
- ein <b>wirksames Mitbestimmungs- recht für Betriebsräte bei der Per- sonalbemessung</b>	Keine Aussage	- Mehr echte Mitbestimmungs- rechte [...] bei der Personalbe- messung, damit Überlastungen beseitigt werden ... (S. 29)	- Die Mitbestimmungsrechte, für Betriebsräte, Personalräte und auch Jugend- und Ausbildungs- vertretungen, wollen wir aus- bauen und modernisieren, u. a. wenn es um Personalentwick- lung, Weiterbildung ... (S. 43)	- Betriebs- und Personalräte brauchen ein zwingendes Mitbe- stimmungsrecht bei der Perso- nalbemessung, um regelmäßige Überstunden und Leistungsver- dichtung zu verhindern. (S. 18)	Keine Aussage	Keine Aussage  Generell: Mitbestimmung der Beschäftig- ten in den Betrieben und zu all- gemeinverbindlichen Tarifverträ- gen. Forderungen nach Enteig- nungen, Abschaffung von Privat- eigentum und Vertragsfreiheit, hetzerische Klassenkampfrheto- rik oder vorsätzlich herbeige- führte Konflikte durch Vertreter linker Parteien lehnen wir dage- gen entschieden ab. Sie gefähr- den den sozialen Frieden und eine vertrauensvolle Zusammen- arbeit. (S. 45)
- verpflichtende <b>qualifizierte Per- sonalplanung</b> für Unternehmen	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage	- Betriebe mit über 100 Beschäf- tigten müssen verpflichtend eine qualifizierte Personalplanung durchführen, die eine Weiterbil- dungsplanung für die Beschäftig- ten einschließt. (S. 19)	Keine Aussage	Keine Aussage
- einen gesetzlich verankerten An- spruch für <b>regelmäßige Teamge-</b>	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage	- Belegschaften müssen pro Mo- nat zwei Stunden Beratungszeit während der Arbeitszeit erhalten,	Keine Aussage	Keine Aussage

 metallforderungen						
<p>sprache von 30 Minuten pro Woche zur Gestaltung von Arbeitsbedingungen und -abläufen</p>				<p>um sich über Arbeitsgestaltung, Arbeitszeit, Mitbestimmung und Arbeitsschutz auszutauschen, für Kontaktaufnahme mit den Arbeitsschutzbehörden und um Initiativen zur Mitbestimmung entwickeln zu können. (S. 19)</p>		
<p>- die <b>Weiterentwicklung der Brückenteilzeit</b>: Streichung der Schwellenwerte und Recht auf Aufstockung der Arbeitszeit</p>	Keine Aussage	<p>- Zugang zur Brückenteilzeit werden wir für mehr Beschäftigte möglich machen (S. 28)</p>	<p>- „Wir unterstützen Eltern dabei, Familie und Arbeit mit einer neuen Arbeitszeitkultur und einem flexiblen Vollzeitkorridor in eine ausgewogene Balance zu bringen, Familien- und Hausarbeit partnerschaftlich zu teilen und Teilzeitfallen zu vermeiden.“ (S. 41)</p>	<p>- Recht auf vorübergehende Arbeitszeitverkürzung für alle Beschäftigten /Recht auf Auszeiten (S. 18) - Rechtsanspruch auf eine Vollzeitstelle (S. 16 / S. 103)</p>	Keine Aussage	Keine Aussage
<p><a href="#">Die digitale Transformation gestalten – mehr Rechte für Beschäftigte, Betriebsräte und Gewerkschaften</a> (metallforderung 14):</p>	Digitale Transformationsoffensive (7.3)	Arbeit Wertschätzen (S. 27)	Wir sorgen für gute Arbeit und faire Löhne (S. 51)	Beschäftigte und ihre Rechte stärken (S. 92)	Nie war Modernisierung dringlicher: Modernisieren wir endlich unser Land! (S. 23)	Klima, Energie, Technik und Digitalisierung (S. 174)
<p>- ein <b>digitales Zugangsrecht für Gewerkschaften</b></p>	Keine Aussage	<p>- Gewerkschaften sollen ein digitales Zugangsrecht zum „virtuellen“ Betrieb erhalten (S. 29).</p>	<p>- digitales Zugangsrecht für Gewerkschaften für Fairplay bei der Plattformökonomie (S. 44)</p>	<p>- Gewerkschaften brauchen ein digitales Zugangsrecht zu Betrieben, insbesondere wenn diese über digitale Plattformen organisiert sind. (S. 92)</p>	Keine Aussage	Keine Aussage
<p>- <b>Initiativ- und Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats</b> in allen Fragen der Arbeitsorganisation, Personalplanung und Beschäftigungssicherung</p>	<p>- Wie mit dem Betriebsrätemodernisierungsgesetz begonnen, werden wir auch in den kommenden Jahren in einer digitalen Arbeitswelt unsere Mitbestimmungskultur erhalten und Mitbestimmungsrechte sichern (S. 38); konkrete Vorhaben nur zur Ermöglichung von Online-Wahlen</p>	<p>- Bei der Digitalisierung der Unternehmen müssen die Belegschaften auf Augenhöhe beteiligt werden (S. 29) - Mehr echte Mitbestimmungsrechte bei der Beschäftigtensicherung und Betriebsänderungen, [...] bei der Personalbemessung (S. 29)</p>	<p>- „Wir wollen, dass Tarifverträge und starke Mitbestimmung wieder für mehr anstatt für immer weniger Beschäftigte und Betriebe gelten [...] Die Mitbestimmungsrechte, für Betriebsräte, Personalräte und auch Jugend- und Ausbildungsververtretungen, wollen wir ausbauen und modernisieren, u. a. wenn es um Personalentwicklung, Weiterbildung, Standortverlagerungen ins Ausland, die Stärkung von Frauen, die Förderung von Vielfalt oder die Verbesserung der Klimabilanz im Unternehmen geht.“ (S. 43)</p>	<p>- „Wir wollen Vetorechte der Beschäftigten gegen Kahlschlag in Unternehmen und wirksame Mitbestimmung bei Entscheidungen über Standortschließungen, Massenentlassungen und Zukunftsinvestitionen.“ (S. 12) - „Die zwingende Mitbestimmung wollen wir ausweiten auf Fragen der Arbeitsorganisation, der Personalbemessung, prekärer Beschäftigung und der Qualifizierung.“ (S. 21) - „Vetorecht gegen Kahlschlag, Mitbestimmung über die Zukunft. Beschäftigte und Betriebsräte brauchen Mitbestimmung auch bei wirtschaftlichen Fragen. Das</p>	Keine Aussage	<p>Generell: Mitbestimmung der Beschäftigten in den Betrieben und zu allgemeinverbindlichen Tarifverträgen. Forderungen nach Enteignungen, Abschaffung von Privateigentum und Vertragsfreiheit, hetzerische Klassenkampfrhetorik oder vorsätzlich herbeigeführte Konflikte durch Vertreter linker Parteien lehnen wir dagegen entschieden ab. Sie gefährden den sozialen Frieden und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit. (S. 45)</p>

 metallforderungen						
				<p>gilt besonders für Betriebsänderungen, Standortänderungen und Entlassungen. Auch in Fragen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes, des betrieblichen Umweltschutzes, der Planung, Gestaltung der Tätigkeiten und der Arbeitsbedingungen und Änderung von Arbeitsplätzen sowie der Arbeitsintensität braucht es zwingende Mitbestimmungsrechte.“ (S. 19)</p> <p>„Betriebsräte brauchen ein erzwingbares Mitbestimmungs- und Initiativrecht für betriebliche Aus-, Weiter- und Fortbildung – und bei der Neuausrichtung der Unternehmen.“ (S.)</p>		
<p>- ein „<b>prozedurales Mitbestimmungsrecht</b>“ sowie ein generelles Initiativ- und <b>Mitbestimmungsrecht bei der Verarbeitung personenbezogener und -beziehbarer Daten</b></p>	<p>Keine Aussage</p>	<p>- Mehr echte Mitbestimmungsrechte [...] beim Einsatz neuer Technologien und Arbeitsweisen wie die der Künstlichen Intelligenz (KI), S. 29)</p>	<p>- Der Wandel der Arbeitswelt, den Digitalisierung und ökologische Transformation mit sich bringen, muss gemeinsam mit den Beschäftigten im Betrieb gestaltet werden. (S. 43)</p>	<p>- „Das Mitbestimmungsrecht von Betriebs- und Personalräten muss bei der Einführung von Digitaltechnologien und digitalen Arbeitsprozessen gestärkt und erweitert werden, damit Betriebs- und Dienstvereinbarungen im Interesse der Beschäftigten getroffen werden können.“ (S. 92)</p>	<p>Keine Aussage</p>	<p>Keine Aussage</p>
<p>- die <b>Schaffung eines eigenständigen Beschäftigtendatenschutzgesetzes</b></p>	<p>Keine Aussage</p>	<p>- Einführung Beschäftigtendatenschutzgesetz (S. 29)</p>	<p>- mit einem starken Beschäftigtendatenschutz [...] für Fairplay bei der Plattformökonomie und insgesamt in der digitalen Arbeitswelt (S. 44)</p>	<p>- „Wir brauchen ein Beschäftigtendatenschutzgesetz, das die Verwertung der im Arbeitsprozess digital anfallenden personenbezogenen Daten sowie die Überwachung von Beschäftigten verbietet und Verstöße hart sanktioniert.“ (S. 92)</p>	<p>- mehr Selbstbestimmung und Transparenz beim Datenschutz - Personenbezogene Daten dürfen grundsätzlich nur nach Zustimmung oder auf einer eindeutigen gesetzlichen Grundlage verarbeitet werden. Es muss klar sein, zu welchem Zweck und von wem Daten verwendet werden. Die informationelle Selbstbestimmung wollen wir erleichtern - Datenschutz konsequent weiterentwickeln (S. 43)</p>	<p>Keine Aussage</p>
<p>- die <b>Arbeitsbedingungen für Plattformbeschäftigte zu verbessern</b>, u. a. durch: -&gt; Einführung eines Rechts, dass</p>	<p>- Neue Arbeitsformen (wie zum Beispiel Gig-, Click- und Crowdworking) sind in einer sich rasant verändernden Arbeitswelt auf dem</p>	<p>- Auch [auf Plattformen] müssen Arbeitnehmer*innenrechte unvermindert gültig und wirksam</p>	<p>- online getätigte oder vermittelte Arbeit regulieren</p>	<p>- „Plattformen müssen Arbeitgeber*innenpflichten erfüllen und Sozialversicherungsbeiträge für</p>	<p>- Keine Aussage Generell zu Selbstständigen:</p>	<p>Keine Aussage Generell:</p>



 <b>metallforderungen</b>						
<p>für Soloselbstständige Tarifverträge abgeschlossen werden können -&gt; Mitbestimmung für Crowdworker*innen -&gt; Einbeziehung der Plattformtätigen in die gesetzliche Sozialversicherung</p>	<p>Vormarsch. Wir werden die Entwicklungen in diesem Bereich aufmerksam begleiten und bei möglichen Fehlentwicklungen gesetzgeberisch eingreifen (S. 39); Altersvorsorgepflicht für Selbstständige, die nicht bereits abgesichert sind (S. Rente)</p>	<p>sein. [...] Beschäftigte auf Plattformen sollen sich zusammenschließen können, um gemeinsam grundlegende Bedingungen ihrer Tätigkeit mit den Plattformen aushandeln können. Wir wollen, dass der Arbeitnehmerstatus einfacher geklärt werden kann. Wir werden ein Verbandsklagerecht [...] einführen. (S. 29)</p>	<p>- Scheinselbstständigkeit verhindern, indem wir bei der Abgrenzung zwischen selbständiger Tätigkeit und abhängiger Beschäftigung für mehr Rechts- und Planungssicherheit sorgen. Wenn der/die Auftragnehmer*in angibt, einen Arbeitnehmerstatus zu haben, soll künftig der/die Auftraggeber*in beweisen, dass dem nicht so ist - Mindesthonorar für zeitbasierte Dienstleistungen - Arbeitnehmerähnliche Personen und Solo-Selbstständige sollen sich künftig leichter tariflich organisieren können, und branchenspezifisch sollen weitere verbindliche Honoraruntergrenzen vereinbart werden können, die auch für allgemeinverbindlich erklärt werden können. - klare Mindeststandards beim Arbeits- und Datenschutz und bei den allgemeinen Geschäftsbedingungen (S. 44)</p>	<p>über sie Beschäftigte abführen.“ (S. 17) - „Beschäftigten über Plattformen müssen die vollen Arbeits- und Mitbestimmungsrechte sowie Sozialversicherungsschutz zustehen. Das betrifft auch die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall sowie die Pflicht der Arbeitgeber*innen, die Arbeitsgeräte zu stellen. [...] Beschäftigte müssen das Recht haben, für mehrere Plattformen gleichzeitig zu arbeiten.“ (S. 92) - „Der Betriebsbegriff und der Arbeitnehmerbegriff müssen aktualisiert und an die heutigen Arbeitsverhältnisse und Betriebsstrukturen angepasst werden.“ (S. 17) - „Dazu schaffen wir bundesweite branchenspezifische Mindesthonorarregelungen, die einem ruinösen Preiswettbewerb entgegenwirken und Soloselbstständige schützen.“ (S. 17)</p>	<p>- Mit unterschiedlichen Reformansätzen wollen wir die Selbstständigkeit erleichtern - Beiträge für Selbstständige zur gesetzlichen Krankenversicherung endlich an den tatsächlichen Einnahmen orientieren - Reform des Statusfeststellungsverfahrens (Prüfung durch eine unabhängige Stelle) - Wahlfreiheit für Selbstständige bei der Altersvorsorge (S. 34)</p>	<p>- Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien auch im digitalen Bereich (Internet, soziale Medien und Plattformen). - Eine zentrale Meldestelle, an die sich von Rechtsverletzungen auf Plattformen betroffene Bürger und Einrichtungen wenden können. Auf Länderebene soll es Schwerpunkt-Justizzentren für die Rechtsdurchsetzung im Netz geben. (S. 181)</p>
<p><a href="#">Für gute mobile Arbeit und präventiven Arbeits- und Gesundheitsschutz</a> (metallforderung 15):</p>	<p><b>Durch flexibleres und mobiles Arbeiten mehr Freiräume schaffen</b></p>	<p><b>Arbeit Wertschätzen (S. 27)</b></p>	<p><b>Selbstbestimmter arbeiten, digitale Chancen nutzen (S. 52)</b></p>	<p><b>Arbeitszeiten, die zum Leben passen (S. 17) / Gute Arbeitsbedingungen, weniger Belastungen (S. 18)</b></p>	<p><b>Moderne Arbeitswelt (S. 32)</b></p>	<p>/</p>
<p>- die <b>Einführung eines Rechtsrahmens für mobiles Arbeiten</b>, der u. a. folgende Regelungspunkte beinhaltet: ein erzwingbares Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats für die Einführung von mobiler Arbeit; einen individuellen Rechtsanspruch für Beschäftigte; die Sicherstellung des Prinzips der Freiwilligkeit für die Beschäftigten; klarstellende Regelungen zur Arbeitszeit; die Ergänzung von Arbeitsschutzstandards für mobile</p>	<p>- Wir wollen die Flexibilitätsspielräume zugunsten beider Seiten ausweiten und dabei den Arbeits- und Gesundheitsschutz weiter stärken; - möglichst vielen Beschäftigten die mobile Arbeit ermöglichen und setzen auf sozialpartnerschaftliche Regelungen der Tarifvertrags- und Betriebsparteien; auf nationaler und auf EU-Ebene die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass Arbeiten von überall in Europa</p>	<p>- Einführung Rechtsanspruch auf mobile Arbeit - Beschäftigte sollen bei einer Fünf-Tage-Woche mindestens 24 Tage im Jahr mobil oder im Homeoffice arbeiten können, wenn es die Tätigkeit erlaubt - im Homeoffice müssen Arbeits- und Ruhezeiten gelten - die Arbeitszeit muss jeden Tag vollständig erfasst werden</p>	<p>- „Möglichkeit zur Selbstbestimmung im Arbeitsleben soll erhalten und gestärkt werden, indem ein Recht auf mobiles Arbeiten eingeführt wird– mit Blick auf betriebliche Möglichkeiten, aber auch mit strikten Schutzkriterien und starken Einfluss der Interessensvertretungen versehen -mobile Arbeit kann im Homeoffice oder im nahe gelegenen Co-Working Space stattfinden, der Wechsel dorthin muss immer</p>	<p>- Alle Beschäftigten sollen durch ein Recht auf Homeoffice einen Teil ihrer Arbeit zu Hause erledigen können, sofern die Art ihrer Tätigkeit das zulässt. - Bedingungen für Homeoffice müssen per Tarifvertrag oder per Betriebs-/Dienstvereinbarung geregelt werden - Arbeitsschutz und die gesetzliche Unfallversicherung müssen auch im Homeoffice uneingeschränkt gelten</p>	<p>- mobiles Arbeiten und Homeoffice nach niederländischem Vorbild stärken (Arbeitgeber muss den Antrag von Beschäftigten auf mobiles Arbeiten und Homeoffice prüfen und mit der oder dem Beschäftigten erörtern) - betriebliche Belange können gegen eine Vereinbarung zur mobilen Arbeit sprechen - bestehende Vereinbarungen müssen anlassbezogen widerrufen werden können</p>	<p>Keine Aussage</p>



 metallforderungen						
<p>Arbeit insbesondere im Home-office in der Arbeitsstättenverordnung</p>	<p>gerade für KMU rechtssicherer wird, Regelungen im Arbeits-, Sozialversicherungs- sowie Steuerrecht überprüfen und gegebenenfalls anpassen (S. 76) - Schaffung von Co-Working-Spaces gerade im ländlichen Raum unterstützen, um digitales Arbeiten nachhaltig, dezentral und zukunftsfähig zu organisieren (S. 30)</p>	<p>- Recht auf Nichterreichbarkeitszeiten, auf technische Ausstattung sowie guten Unfallversicherungsschutz - Mitbestimmungsrecht zur Einführung und bei der Ausgestaltung mobiler Arbeit - Grundsatz der Freiwilligkeit der mobilen Arbeit für Arbeitnehmer*innen (S. 29)</p>	<p>freiwillig, mit einem Rückkehrrecht und mit ausreichend Zeit an einem Arbeitsplatz im Unternehmen verbunden sein. (S. 43) - „Soweit durch mobiles Arbeiten Kosten für Arbeitnehmer*innen entstehen müssen diese vom Arbeitgeber erstattet oder steuerlich als Werbungskosten absetzbar sein.“ (S. 38)</p>	<p>- Recht auf Pausen und Recht auf Feierabend muss es auch im Homeoffice geben! - Beschäftigte dürfen jedoch nicht zum Homeoffice verpflichtet werden. (S. 18)</p>	<p>- Erörterungsanspruch fördert den Kulturwandel und die Akzeptanz für mobiles Arbeiten - Bei mobiler Arbeit und im Homeoffice soll das Arbeitsschutzgesetz und nicht die Arbeitsstättenverordnung gelten (S. 32) - erhöhte Werbungskostenpauschale - steuerfreie Nutzung vom Arbeitgeber gestellter Büroausstattung (S. 12)</p>	
<p>- das Schließen der Regelungslücke auf dem Feld psychischer Belastungen durch eine <b>Anti-Stress-Verordnung</b></p>	<p>Keine konkrete Aussage, aber:  - Vorrang von tariflichen und betrieblichen Lösungen vor gesetzlichen Lösungen bei Arbeitsregeln (S. 38)</p>	<p>Keine Aussage, aber:  - Beschäftigte dabei unterstützen, gesund bis zum Rentenalter zu arbeiten - Gesundheitsprävention von zentraler Bedeutung; Aktivitäten der unterschiedlichen Sozialversicherungen für Betriebe und Beschäftigte sollen gebündelt werden (S. 34)</p>	<p>Keine Aussage, aber: - Arbeitsschutz stärken, damit er wirksam vor Stress, Burn-out und Entgrenzung der Arbeit schützt (S. 43) - Schutz vor Mobbing und Diskriminierung; klare Sanktionen und Anlaufstellen (S. 43) - Starke Prävention und angemessene Versorgung (S. 50) - strikte Schutzkriterien für mobile Arbeit (S. 43)</p>	<p>- „Wir brauchen eine Verordnung zum Schutz vor Gefährdung durch psychische Belastung bei der Arbeit (Antistressverordnung)“. - Betriebsräte müssen die Regeln des Arbeitsschutzgesetzes zur Verhütung psychischer Belastung sowie ganzheitliche Gefährdungsbeurteilungen und vor allem Abhilfemaßnahmen leichter durchsetzen können. [...] (S. 18)</p>	<p>Keine Aussage, aber:  - Psychische Gesundheit fördern – weniger Wartezeiten - Wartezeiten auf einen Therapieplatz reduzieren, den Ausbau von Therapieplätzen fördern, Prävention und Aufklärung stärken sowie die Ausbildung der psychologischen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten weiterentwickeln (S. 38)</p>	<p>Keine Aussage</p>
<p>- die <b>Stärkung der staatlichen Aufsichtsbehörden</b></p>	<p>- wirksame Arbeitsschutzkontrollen gegen Missbrauch von Werks- und Dienstverträgen (S. 38)</p>	<p>Keine Aussage, aber:  - Wir werden die Kompetenzen des Zolls weiter stärken und die für dessen Wahrnehmung der Aufgaben verbundene Personalausstattung und Ausrüstung im Bereich illegale Beschäftigung und Schwarzarbeit, organisierte Kriminalität, Geldwäsche wirkungsvoll unterstützen. (S. 24)</p>	<p>- Arbeitsschutz stärken und an Onlinewelt anpassen (S. 43/44) - wirksames Vorgehen gegen Schwarzarbeit und Scheinselbstständigkeit, [...], eine bessere Regulierung der Vermittlungsagenturen und mehr Kontrolle durch eine gestärkte Europäische Arbeitsbehörde (S. 45)</p>	<p>- „Die Arbeitsschutzbehörden müssen finanziell und personell besser ausgestattet werden und besser mit der Mindestlohnkontrolle zusammengeführt werden, um wirksame und regelmäßige Kontrollen zu ermöglichen. [...]“ - Kontrollen im Betrieb, nicht nach Aktenlage - Klarstellung Arbeitsschutzgesetz, dass es strafbar ist, trotz vorheriger behördlicher Abmahnung weiter die Gesundheit der Beschäftigten zu gefährden. (S. 18)</p>	<p>Keine Aussage</p>	<p>Keine Aussage</p>

## 7. Mitbestimmung und Tarifautonomie stärken

 metallforderungen						
<p><u>Runderneuerung statt Facelift: neue Rechte für moderne Betriebsräte</u> (metallforderung 16)</p>						
<p>Interessenausgleich bei Betriebsänderung erzwingbar machen (§ 112 BetrVG)</p>	<p>Keine Aussage</p>	<p>„Mehr echte Mitbestimmungsrechte bei der Beschäftigtensicherung und Betriebsänderungen.“ (S. 29)</p>	<p>Keine Aussage</p>	<p>„Beschäftigte und Betriebsräte brauchen Mitbestimmung auch bei wirtschaftlichen Fragen. Das gilt besonders für Betriebsänderungen, Standortänderungen und Entlassungen. Auch in Fragen ... der Planung und Gestaltung von Tätigkeiten und von Arbeitsbedingungen, bei der Änderung von Arbeitsplätzen sowie der Arbeitsintensität braucht es zwingende Mitbestimmungsrechte.“ (S.19) „Erweiterung der Mitbestimmung von Belegschaften und Öffentlichkeit in wirtschaftlichen Fragen“ (S.16) „Beschäftigte und ihre Betriebsräte sollen die Initiative ergreifen können bei Investitionsentscheidungen, Fertigungstiefen, Aus- und Verlagerungen, Schließungen von Betrieben und Betriebsteilen, Rationalisierungsvorhaben und neuen Arbeitsmethoden und Steuerungsmechanismen“ (S. 21)</p>	<p>Keine Aussage</p>	<p>Keine Aussage</p>
<p>Mitbestimmungsrecht bei Personalplanung und -bemessung (§ 92 und 96 (1) BetrVG)</p>	<p>Keine Aussage</p>	<p>mehr echte Mitbestimmungsrechte bei Personalbemessung (S. 28)</p>	<p>„Die Mitbestimmungsrechte ... wollen wir ausbauen und modernisieren, ... wenn es um die Personalentwicklung, Weiterbildung, Standortverlagerungen ins Ausland, die Stärkung von Frauen ... oder die Verbesserung der Klimabilanz im Unternehmen geht.“ (S.43)</p>	<p>„Die zwingende Mitbestimmung wollen wir ausweiten auf Fragen der Arbeitsorganisation, der Personalbemessung, prekärer Beschäftigung und der Qualifizierung.“ (S. 21)</p>	<p>Keine Aussage</p>	<p>Keine Aussage</p>

 metallforderungen						
Initiativrecht bei betrieblichen Qualifizierungsmaßnahmen	Keine Aussage	mehr echte Mitbestimmungsrechte bei betrieblicher Weiterbildung (S. 28)	s.o.; zudem bzgl. Qualifizierungs-Kurzarbeitergeld: „Die Qualifizierungs-Kurzarbeit koppeln wir eng an die Sozialpartnerschaft.“ (S.5)	„Betriebsräte brauchen ein erzwingbares Mitbestimmungs- und Initiativrecht für betriebliche Aus-, Weiter- und Fortbildung – und bei der Neuausrichtung der Unternehmen; Betriebe mit über 100 Beschäftigten müssen verpflichtend eine qualifizierte Personalplanung durchführen, die eine Weiterbildungsplanung für die Beschäftigten einschließt.“ (S. 19)	Keine Aussage	Keine Aussage
Ergänzung von § 2 Abs. 2 BetrVG um virtuellen Zugang zum Betrieb	Keine Aussage [Wie mit dem Betriebsrätemodernisierungsgesetz begonnen, werden wir auch in den kommenden Jahren in einer digitalen Arbeitswelt unsere Mitbestimmungskultur erhalten und Mitbestimmungsrechte sichern.] (S. 39)	Gewerkschaften sollen ein digitales Zugangsrecht zum „virtuellen“ Betrieb erhalten. (S. 29)	digitales Zugangsrecht für Gewerkschaften für Fairplay bei der Plattformökonomie (S. 44)	„Gewerkschaften brauchen ein digitales Zugangsrecht zu Betrieben, insbesondere wenn diese über digitale Plattformen organisiert sind.“ (S. 92)	Keine Aussage	Keine Aussage
Ausbau des besonderen Kündigungsschutzes für Wahlinitiator*innen	Keine Aussage	„Wir werden den Kündigungsschutz für Betriebsrät*innen ausweiten und eine Behinderung von Betriebsratsarbeit stärker verfolgen.“ (S. 29)	„Betriebsräte, die sich für Mitarbeiter*innen einsetzen, brauchen auch selbst mehr Schutz. Gleiches gilt auch für die Beschäftigten, die erstmalig einen Betriebsrat gründen wollen.“ (S. 43)	„Wir wollen Betriebsratswahlen erleichtern und die Arbeitsfähigkeit von Betriebsräten sichern.“ (S. 21)	Keine Aussage	Keine Aussage
<b><u>Für mehr Mitbestimmung bei strategischen Entscheidungen (metallforderung 17)</u></b>						
Schwellenwert für paritätische Unternehmensmitbestimmung auf 1.000 Beschäftigte senken	Keine Aussage	„Wir werden den Geltungsbereich der Mitbestimmung durch die Absenkung der Schwellenwerte der Unternehmensgrößen erweitern.“ (S. 28)	„Paritätische Mitbestimmung soll es zukünftig bereits in Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten geben“ (S. 43)	„in allen privaten, öffentlichen und gemeinwirtschaftlichen Unternehmen ab 500 Beschäftigten wollen wir eine echte paritätische Mitbestimmung im Aufsichtsrat verpflichtend einführen.“	Keine Aussage	Keine Aussage
Schlichtungsverfahren statt Doppelstimmrecht des Aufsichtsratsvorsitzenden	Keine Aussage	„Entscheidungen zur Verlagerung oder Schließungen von Betriebsstandorten sollen nicht über die Köpfe der Beschäftigten hinweg getroffen werden. Darum stärken wir durch eine echte Parität in	„Wir wollen ein Schlichtungsverfahren einführen, wenn sich Entscheidungen besonders stark auf die Beschäftigten auswirken.“ (S. 43)	„Den Vorsitz (im Aufsichtsrat) übernimmt eine weitere Person, auf die sich beide Seiten verständigen müssen. Fragen von erheblicher Bedeutung für die Belegschaft – wie Verlagerungen –	Keine Aussage	Keine Aussage

 metallforderungen						
		den Aufsichtsräten den Einfluss der Arbeitnehmer*innen.“ (S. 28)		müssen durch Belegschaftsabstimmung bestätigt werden.“		
Mitbestimmung auf Unternehmen in ausländischer Rechtsform erweitern, Mitbestimmungsumgehung durch Flucht in andere Rechtsformen (v.a. SE) einhegen; „Lücke in der Drittelbeteiligung“ schließen	Keine Aussage	„Der Erfolg der Unternehmen wird von ihren Beschäftigten erarbeitet. Deshalb verbessern wir deren Mitbestimmung. Wir werden sie auf Unternehmen in ausländischer Rechtsform erweitern.“ (S. 28)	„Wir wollen die europäischen Betriebsräte stärken und die Mitbestimmung in grenzüberschreitenden Unternehmen weiter absichern durch gestärkte Informationsrechte und verschärfte Sanktionen.“ (S. 47)	„Das Recht der Betriebsräte auf Verhandlungen mit den tatsächlichen Entscheidungsträgern muss auch in internationalen Konzernen klargestellt werden. Es darf nicht sein, dass Unternehmen durch Holdingstrukturen, bei denen Geschäftsführungen vor Ort nur als Befehlsempfänger*innen agieren, demokratische Mitbestimmungsrechte unterlaufen.“ (S. 19)	Keine Aussage	Keine Aussage
Einführung eines Sanktionsregimes für Fälle rechtswidriger Nichtanwendung der Mitbestimmung	Keine Aussage	Keine Aussage	„Unser langfristiges Ziel ist, dass die in der Europäischen Grundrechtecharta verankerten sozialen Rechte als Grundrechte gegenüber den Mitgliedstaaten vor dem Europäischen Gerichtshof einklagbar sind.“ (S. 47)	„Wir wollen Schwerpunktstaatsanwaltschaften mit ausreichend Personal für Straftatbestände aus dem Arbeitsrecht und Betriebsverfassungsrecht schaffen, sowie schärfere Sanktionen gegen Arbeitgeber und Anwaltskanzleien, die sich auf die Verhinderung von gewerkschaftlicher Organisation spezialisiert haben.“ (S. 21)	Keine Aussage	Keine Aussage
Einsatz für eine EU-Richtlinie mit Mindeststandards zur Unternehmensmitbestimmung	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage	„Wir fordern deshalb mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund die Einführung einer Europäischen Rahmenrichtlinie zur Sicherung der Unternehmensmitbestimmung.“ (S. 150)	Keine Aussage	Keine Aussage
<b>Für starke Tarifbindung (metallforderung 18)</b>						
die Attraktivität von Tarifverträgen zu steigern (tarifexklusive gesetzliche Öffnungsklauseln nur für unmittelbar tarifgebundene Unternehmen; Privilegierung tarifvertraglicher Leistungen; Steuerliche Geltendmachung von Gewerkschaftsbeiträgen)	Keine Aussage	Nur vage Aussagen „Wir wollen, dass möglichst viele Unternehmen sich an den Tarifverträgen beteiligen. Die Mitgliedschaft in Arbeitgeberverbänden ohne Tarifbindung ist unanständig.“ (S. 27)	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage

 metallforderungen						
die Geltung und Bindung von Tarifverträgen zu stärken, u. a. durch						
Fortgeltung bei Abspaltungen und Betriebsübergängen (§ 613a BGB)	Keine Aussage	„Tarifverträge müssen auch weitergelten, wenn Betriebe aufgespalten und ausgelagert werden.“ (S. 27)	„Bei Umstrukturierungen sollen die bisherigen tariflichen Regelungen gelten, bis ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen wurde.“	„Bei Betriebsübergängen in nicht tarifgebundene Unternehmen und bei Auslagerungen müssen die bisherigen Tarifverträge in ihrer jeweils gültigen Fassung unbefristet geschützt bleiben und auch für neu Eingestellte gelten.“ (S. 16)	Keine Aussage	Keine Aussage
Mitteilungspflicht bei Austritt des Arbeitgebers aus dem Arbeitgeberverband	Keine Aussage	„Die Mitgliedschaft in Arbeitgeberverbänden ohne Tarifbindung ist unanständig. Wir werden diese Praxis zurückzudrängen.“ (S. 27)	Keine Aussage	„OT-Mitgliedschaften („Ohne Tarif“) in Arbeitgeberverbänden müssen abgeschafft werden.“ (S. 22)	Keine Aussage	Keine Aussage
Bundestariftreuegesetz	Keine Aussage (aber: „Wir werden den Tarifpartnern möglichst großen Spielraum in der Gestaltung von Arbeitsregelungen lassen. Regelungen auf tariflicher, betrieblicher und vertraglicher Ebene werden den differenzierten Bedürfnissen eher gerecht. Wir werden die Tarifpartner dabei flankierend unterstützen und dort, wo es nötig ist, auch gesetzgeberisch eingreifen; Stärkung Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen“) (S. 38)	Bundestariftreuegesetz (S. 27)  „Wir werden die öffentliche Beschaffung so ausrichten, dass sie Innovationsimpulse setzt und den Zielen des sozial-ökologischen Wandels dient. Hierfür sollten die Vergabekriterien stärker auf Innovation, Tarifbindung, Geschlechtergerechtigkeit und klimafreundliche Nachhaltigkeit ausgerichtet werden“ (S. 19)	Bundestariftreuegesetz (S. 43)	„Ein Bundestariftreuegesetz muss die Einhaltung von Tarifverträgen zur zwingenden Voraussetzung für öffentliche Aufträge machen und auch von den beauftragten Firmen eingesetzte Subunternehmen einschließen.“ (S. 17)	Keine Aussage	Keine Aussage
tarifpolitische Ergänzung des Leistungskatalogs der Handwerksordnung	Keine Aussage	„Wir werden das Handwerk fördern, indem wir Gebühren für Techniker* innen- und Meister*innenkurse abschaffen und uns für die Tarifbindung im Handwerk einsetzen.“ (S. 19)	„Damit Handwerksberufe noch attraktiver werden, setzen wir auf eine stärkere Tarifbindung, branchenspezifische Mindestvergütungen und mehr Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung. Die Durchlässigkeit vom Studium zum Handwerk und zurück sollte selbstverständlich werden, genauso wie internationaler Austausch und Zugang zu Stipendien.“ (S. 28)	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage

## 8. Demokratie Verteidigen – Rechtspopulisten und Extremisten entgegen

metallforderungen						
Aufklärung und Konsequenzen bei rechten Anschlägen	Bildung von Spezialeinheiten der Polizei für die Bearbeitung ungeklärter schwerer Straftaten mit möglichem rechtsextremistischem Hintergrund. Richter sollen direkt bei der Verurteilung eines extremistischen Straftäters ein generelles, lebenslanges Waffenverbot aussprechen können. Freiheitsstrafe für illegalen Waffenhandel soll künftig mindestens zwei Jahren betragen. (S. 115)	Rechte Netzwerke zerschlagen, Rechtsextremisten und Reichbürger entwaffnen. Schwerpunktstaatsanwaltschaften gegen rechten Hass und Hetze einrichten, Internet stärker als Tatort ins Visier nehmen, Rechtsdurchsetzung verbessern. Kultur des Widerspruchs gegen Menschenfeindlichkeit in Sicherheitsbehörden und Justiz durch Aus- und Weiterbildung strukturell stärken. Antirassismus, Demokratieförderung sowie das Engagement gegen Antisemitismus als explizite Staatsziele in die Verfassung des Bundes und der Länder aufnehmen. Hilfefonds für Opfer von rassistischer Gewalt einrichten.	Einrichtung eines Archivs über rechten Terror nach Vorbild der Stasi-Unterlagen-Behörde Einrichtung eines Fonds für Opfer und Betroffene, insbesondere rechtsextremer, rassistischer oder islamistischer Gewalt. (S. 82) Ausbau von Aussteigerprogrammen aus rechtsextremistischer Szene sowie von Hilfs- und Beratungsangeboten für Opfer und deren Angehörige. Bundeseinheitliches, professionalisches Präventions- und Deradikalisierungsnetzwerk analog zu den zivilgesellschaftlichen Trägern. Illegalen Waffenhandel verstärkt verfolgen. (S. 83)	Protest und Aufklärung gegen Rechts sind eine Bedingung von Demokratie und dürfen nicht mehr kriminalisiert werden. (S. 117) Verfassungsschutz muss durch eine unabhängige Beobachtungsstelle ersetzt werden. (S. 118) V-Leute System des Inlandsgeheimdienstes zur extremen Rechten beenden. Reichsbürgern*innen und Neonazis muss endlich die waffenrechtliche Erlaubnis entzogen werden. Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zum Rechtsterrorismus. (S. 118)	Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus ist besondere Herausforderung an. Rechtsextreme Vereinigungen müssen konsequent verboten werden. Beobachtung rechtsextremer Gefährdinnen und Gefährder zügig intensivieren Sicherheitsbehörden müssen sich besser um den Schutz besonders gefährdeter Gruppen und ihrer Einrichtungen kümmern. (S. 51)	keine Aussage
Ersetzung des Begriffs „Rasse“ im Grundgesetz	Keine Aussage	„Rasse“ durch Formulierung, die den grundrechtlichen Schutz vor Rassismus garantiert, ersetzen	Ersetzung des Begriffs „Rasse“. Ist längst überfällig.	keine Aussage im WP, Forderung wird unterstützt	keine Aussage im WP, Forderung wird unterstützt	keine Aussage
Umsetzung des „Wehrhafte-Demokratie-Fördergesetz	Keine Aussage	Mit einem Demokratiefördergesetz dauerhaft Vereine, Projekte und Initiativen fördern und besser gegen die Feinde unserer offenen Gesellschaft wappnen. Mehr demokratisches Bewusstsein schaffen -Demokratie-Lernen zu einem Eckpfeiler des deutschen Bildungswesens machen. Sichere und durchgängige Finanzierung von „Demokratie leben!“ garantieren. Einführung eines regelmäßigen Demokratie-Monitorings auf Bundesebene. (S. 47)	Mit einem Demokratiefördergesetz Engagement und das demokratiebelebende Initiativen und Organisationen nachhaltig, projektunabhängig und unbürokratisch finanziell absichern. Die Arbeit der politischen Stiftungen wollen wir verbindlicher regeln. Wir wollen sicherstellen, dass sie an den Werten des Grundgesetzes orientiert sind und - auch in ihrem Verhältnis zu den Parteien Transparenz herstellen. Dafür schaffen wir eine eigenständige gesetzliche Grundlage. (S. 76)	Zivilgesellschaftliche Gruppen, die sich gegen Rassismus, Antisemitismus, Homo- und Transfeindlichkeit, Antiziganismus, religiösen Fundamentalismus, antimuslimischen Rassismus und für mehr Demokratie engagieren, sowie Flüchtlingsräte, migrantische Verbände, selbstverwaltete Beratungsangebote und die Selbstorganisation von Migrant*innen durch Demokratiefördergesetz stärker und dauerhaft fördern (vgl. Kapitel »Gegen rechte Gewalt«). (S. 114)	keine Aussage im WP, Forderung wird unterstützt	keine Aussage
Novellierung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes	Keine Aussage	Allen Bürger*innen dieselben Chancen und Möglichkeiten – frei von Diskriminierung garantieren. (S. 56)	AGG weiterentwickeln zu Bundesantidiskriminierungs-Gesetz, Schutzlücken schließen, Klagen	Grundlegende Reform des AGG, u. a. Einführung von Antidiskriminierungsstellen und Verbandsklagerecht im AGG. (S. 108 / S. 114)	Keine Aussage	AfD lehnt „sogenannte Antidiskriminierungsgesetze“ ab. (S. 22)

metallforderungen						
		AGG modernisieren, u. a. bisherige Schutzlücken zu schließen.	gegen Diskriminierung vereinfachen, inkl. umfassendem Verbandsklagerecht. (S. 71)			
Flächendeckende Antidiskriminierungsberatungsstellen	Keine Aussage	Antidiskriminierungsstelle des Bundes stärken (S. 45)	Netz zivilgesellschaftlicher Beratungsstellen flächendeckend ausbauen und nachhaltig finanzieren. Schaffung von Anlauf- und Beschwerdestellen in staatlichen Institutionen. (S. 71)	Institutionalisierte Hilfs- und Beratungsstrukturen die flächendeckend regelfinanziert werden. (S. 114)	Keine Aussage	Keine Aussage
Kommunales Wahlrecht für alle dauerhaft und rechtmäßig in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Einwohner*innen	Keine Aussage	Keine Aussage	Gleichberechtigte Teilnahme an Wahlen, Abstimmungen und allen anderen demokratischen Prozessen wer dauerhaft in D. lebt. Einführung kommunales Wahlrecht für Drittstaatsangehörige einführen im ersten Schritt. (S. 71)	Aktive und passive Wahlrecht auf allen Ebenen für alle langfristig in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationsgeschichte. (S. 113)	Keine Aussage	Keine Aussage
Gesetz zur Mehrstaatigkeit	Keine Aussage	Generelle Möglichkeit von Mehrstaatigkeit gesetzlich verankern. Bestehende Regelaufenthaltsdauer von bisher acht Jahren verkürzen. (S. 46)	Den Optionszwang im Staatsangehörigkeitsrecht abschaffen, Mehrstaatigkeit anerkennen. Vorgenommenen Aushöhlungen des Staatsangehörigkeitsrechts zurücknehmen und die Einbürgerungsverfahren entbürokratisieren. (S. 77)	Hier geborenen Kinder und Jugendlichen von dauerhaft im Land wohnenden Eltern sollen die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten und ein Recht auf Mehrstaatlichkeit. (S. 113)	Deutsches Staatsangehörigkeitsrecht sollte im Fall einer Einbürgerung grundsätzlich Mehrstaatigkeit zulassen. (S. 78)	Keine Aussage
Ausbau von Beratungsstrukturen für Neuzuwander*innen	Zuwanderer und ihre Familien aus der Europäischen Union durch gezielte Informations- und Sprachförderungsmaßnahmen besser unterstützen. Kommunale Integrationsfachkräfte durch Bundesprogramm fördern, Beratungsangebote in Kitas und Grundschulen verbessern. Befristetes Programm für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte um Kenntnisse über Gründungsschritte, Kreditzugang und Zulassungsvoraussetzungen zielgerichtet zu vermitteln. (S. 134)	Menschen, die neu zu uns kommen, Anspruch auf Integrations- und Beteiligungsangebote gewährleisten. Unabhängig von Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsstatus Zugang zu Integrations- und Sprachkurse für alle zugewanderten Menschen ab erstem Tag anbieten. (S. 45) Der Bund muss sich im Zusammenspiel mit den Ländern weiterhin angemessen an den Kosten der Integration beteiligen. (S. 45)	Recht für neuankommende Migrant*innen und Geflüchteten von Anfang an auf kostenfreien Zugang zu passgenauen, gut erreichbaren und bundesfinanzierten Sprach- und Integrationskursen. Breites Beratungsangebot gerade auch für Familien. Auf europäischer Ebene kommunalen Integrationsfonds auflegen, um Ankommen in Kommunen direkt zu unterstützen, u. a. Migrationsberatungsstellen stärken und aufbauen, Dolmetschleistungen im Gemeinwesen finanzieren, zivilgesellschaftliche Unterstützungsstrukturen fördern. (S. 77)	Öffentlich finanzierte, flächendeckende unabhängige Asylverfahrensberatung durch Wohlfahrtsverbände und Vereine. Bildungs- und Integrationsangebote unabhängig vom Aufenthaltsrechtlichen Status gewährleisten. (S. 116)	Keine Aussage	Keine Aussage
Unabhängige wissenschaftliche Studien zu den Themen Rassismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus und Verschwörungsvorstellungen – auch für das Arbeitsleben	Mit gesetzlichen Regelungen Abwehrkräfte unserer Demokratie stärken. Dem Deutschen Bundestag sollen künftig regelmäßig Extremismusberichte der Bundesregierung vorgelegt werden,	Der Entstehung von rassistischen Denkmustern im Polizeialltag wirken wir durch die Ermöglichung von mehr Supervision, Fort- und Weiterbildungen	Unabhängige Forschung zu Postkolonialismus, Diskriminierung und Rassismus ausbauen, regelmäßig Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsdaten erheben und wissenschaftliche Studien in	Wissenschaftliche Untersuchung extrem rechter Einstellungen und rassistischer Praktiken bei Polizei und Bundeswehr. Gegen Rassismus und Korpsgeist bei der	Wissenschaftliche Erkenntnisse zu Radikalisierung, Extremismus und Rassismus müssen in der Ausbildung der Polizei ebenso wie Sensibilität für Diskriminierung eine stärkere Rolle spielen.	Keine Aussage

# Synopse zur Bundestagswahl 2021



 metallforderungen				<b>DIE LINKE.</b>		
	<p>die gesamtgesellschaftliche Entwicklungen mit Blick auf Demokratiefeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus ausleuchten. (S. 113)</p>	<p>sowie guten Arbeitsbedingungen entgegen. (S. 47) Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus stellen uns vor neue Herausforderungen insbesondere in der Aufarbeitung der NS-Verbrechen und der Shoa. Wissenschaftliche und geschichtsdidaktische Aufbereitung der Zeitzeugenberichte und des Quellenmaterials zur NS-Zeit besser unterstützen. (S. 49) Einführung eines regelmäßigen Demokratie-Monitorings auf Bundesebene.</p>	<p>Bezug auf staatliche Institutionen und Wirksamkeit von Antidiskriminierungsmaßnahmen durchführen. Antirassismus, Antidiskriminierung und Postkolonialismus in der Lehrer*innen-ausbildung und Lehrplänen verankern. (S. 71) Unabhängige wissenschaftliche Studien zu Rassismus und Rechtsextremismus in den verschiedenen Sicherheitsbehörden initiieren, Hassgewalt erfassen und konsequent verfolgen. (S. 82)</p>	<p>Polizei sind eine unabhängige Beschwerde- und Ermittlungsstelle auf Bundesebene, eine Kennzeichnungspflicht, eine Überarbeitung der Ausbildung sowie Rotationsmodelle für geschlossene Einheiten nötig. Rassistische, antisemitische, homo- und transfeindliche, sowie sexistische Ansichten müssen auch in den Behörden aktiv bekämpft werden (vgl. Kapitel »Sicherheit für alle!«). (S. 118)</p>	<p>Wissenschaftliche Expertise in den Sicherheitsbehörden bei der Bekämpfung verschiedener Extremismusformen muss ausgebaut werden. (S. 51)</p>	

## 9. Rollback verhindern – Gleichstellungspolitische Impulse setzen

 metallforderungen						
<p><a href="#">Das Rollback verhindern – frauen- und gleichstellungspolitische Impulse setzen</a> (metallforderung 20)</p>						
<p>- ein echtes Entgeltgleichheitsgesetz</p>	<p>Keine Aussage [Wir werden die Wirkung des Entgelttransparenz-Gesetzes weiter evaluieren und es, falls nötig, überarbeiten.] (S. 79)</p>	<p>„Wir werden das Entgelttransparenzgesetz so weiterentwickeln, dass es Unternehmen und Verwaltungen verpflichtet, Löhne und Gehälter im Sinne der Geschlechtergerechtigkeit zu überprüfen und Verfahren festzulegen, mit denen Ungleichheit bei der Entlohnung beseitigt wird, ohne dass sich Betroffene selbst darum kümmern müssen. Wir werden eine entsprechende Regelung auch auf europäischer Ebene vorantreiben.“ (S. 42)</p>	<p>Einführung eines effektiven Entgeltgleichheitsgesetzes, das auch für kleine Betriebe gilt und die Unternehmen verpflichtet, von sich aus über die Bezahlung von Frauen und Männern und über ihre Maßnahmen zum Schließen des eigenen Pay Gaps zu berichten inkl. wirksames Verbandsklagerecht; Lohncheckverfahren → Deshalb werden wir Tarifpartner*innen und Unternehmen verpflichten, alle Lohnstrukturen auf Diskriminierung zu überprüfen. (S. 45)</p>	<p>Keine Aussage, aber: „Um gleiche Entgelte für Frauen und Männer durchzusetzen, muss der Auskunftsanspruch im Entgelttransparenzgesetz durch ein Verbandsklagerecht ergänzt werden. Gewerkschaften müssen für ihre Mitglieder gleiche Entgelte einklagen können.“ (S. 16)</p>	<p>kein Gesetz, stattdessen Förderung der Transparenz durch: gleiche Bezahlung für gleiche und gleichwertige Leistung von Frauen und Männern durch Auswertung und Veröffentlichung des unternehmensinternen Gender-Pay-Gap (Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten) inkl. Angabe des durchschnittlichen als auch des mittleren Verdienstunterschieds und des prozentualen Anteil von Frauen und Männern in den jeweiligen Gehaltsgruppen (S. 33)</p>	<p>Keine Aussage</p>
<p>- berufliche Entwicklung von Frauen auf allen Ebenen zu fördern, indem Frauenförderinstrumente auf allen Ebenen verankert, Quotenregelungen für Aufsichtsräte und Vorstände auf mehr Unternehmen ausgeweitet werden</p>	<p>Keine Aussage [Wir werden uns für mehr Familienfreundlichkeit auch in Führungspositionen einsetzen.] (S. 80)</p>	<p>„Wir wollen, dass an der Spitze von Unternehmen und in den Führungsebenen darunter genauso viele Frauen wie Männer vertreten sind. Dies werden wir auf alle börsennotierten oder mitbestimmten Unternehmen ausweiten und wirksame Sanktionen einführen für alle, die sich nicht daran halten; Förderprogramme für Existenzgründungen von Frauen in der Fläche; Reform des Wissenschaftsarbeitszeitvertragsgesetzes für gute Arbeit in der Wissenschaft sorgen.“ (S. 42)</p>	<p>„Mindestens ein Drittel der Vorstandssitze größerer und börsennotierter Unternehmen ... sollen bei einer Neubesetzung an eine Frau gehen. ... Die Aufsichtsräte dieser Unternehmen sollen ... verpflichtend einen Frauenanteil von 40 Prozent anstreben.“ (S. 27) „Staatlicher Wagniskapitalfonds nur für Gründerinnen.“ (S. 27) Frauenquote für Führungspositionen im Gesundheitswesen (S.50) und Quotenregelung im Kulturbereich (S.86); „Frauenanteil von 40 Prozent auf allen Ebenen durch die Einführung konkreter Zielquoten im Wissenschaftsbereich“ (S. 66), „50 Prozent-Quote in allen diplomatischen und multilateralen Verhandlungen, für die Entsendung in internationale Organisationen sowie auf den Umsetzungsebenen“ (S. 95)</p>	<p>„Wir wollen eine 50-prozentige Frauenquote auf jeder Karriere-stufe durchsetzen und das Professorinnenprogramm zu einem Programm für die Förderung von Frauen auf allen Karrierestufen weiterentwickeln.“ (S. 54) „Deshalb fordern wir eine Frauenquote in Führungspositionen von 50 Prozent und eine stärkere Teilung von Führungsaufgaben und -positionen durch Jobsharing oder andere Arbeitsmodelle.“ (S. 103)</p>	<p>mehr Frauen in Führungspositionen und in politische Positionen: Selbstverständlichkeit von Arbeitsmodellen wie geteilte Führung („Jobsharing“ und „Topsharing“); bei gleicher Funktion genauso viele weibliche wie männliche Angestellte für Weiterbildungen berücksichtigen; Gleichstellungsberichte; keine Quoten, sondern Selbstverpflichtungen von größeren Unternehmen, dass sich der Anteil von Frauen einer Unternehmensebene in der Führung der jeweiligen Ebene widerspiegelt; Selbstverpflichtung auch für Verbesserung des Frauenanteils in der Vorstandsebene (S. 31 - 33)</p>	<p>Die AfD lehnt jede Art von Quoten ab. Sie sind leistungsfeindlich, ungerecht und stellen eine verfassungswidrige Diskriminierung derer dar, die nicht in den Genuss der Quote kommen.</p>

 <b>metallforderungen</b>						
<p>- berufliche Entwicklung von Frauen auf allen Ebenen zu fördern, indem junge Frauen für MINT-Berufe begeistert werden</p>	<p>Nur in der Überschrift [Frauen für MINT-Berufe begeistern und Karrieren in der Wissenschaft erleichtern] (S. 80)</p>	<p>„Wir wollen, dass Mädchen und junge Frauen früh erfahren, dass Technik und Unternehmensgründung etwas für sie sein kann und setzen uns weiterhin für die Förderung von Frauen und Mädchen im naturwissenschaftlichen und technischen Bereich (MINT) ein.“ (S. 42)</p>	<p>Mädchen sollen schon in der Grundschule für Digitalthemen begeistert werden und ohne Technikgenderstereotype aufwachsen. „Wir brauchen eine geschlechtersensible Lehre, die gezielte Ansprache von Frauen für MINT-Studiengänge und Ausbildungsberufe sowie mehr Frauen in den Gremien, wo diese Richtungsentscheidungen getroffen werden.“ (Ziel: mehr Frauen in der Digitalwirtschaft) (S. 31)</p>	<p>„Weil der Ausbildungsmarkt immer noch in sogenannte Frauen- und Männerberufe gespalten ist, sind außerdem die Hürden für Jugendliche groß, eine untypische Berufswahl zu treffen. Dem wollen wir entgegenwirken: durch geschlechtersensible Bildung und indem Bereiche aufgewertet werden, in denen die Löhne niedrig sind und viele Frauen arbeiten.“ (S. 51)</p>	<p>Offensive für die Bildung in MINT auch für Kinder; verpflichtende, qualitativ hochwertige und bundesweite Qualitäts- und Bildungsstandards in der frühkindlichen MINT-Bildung; gezieltes Maßnahmenpaket für die Förderung von Mädchen und Frauen im MINT-Bereich (S. 16/17)</p>	<p>generell Schulbildung, Hochschulbildung und Forschung verstärkt auf MINT-Fächer ausrichten (nicht aus Gleichstellungsgründen, sondern Blue-Deal-Entwicklungsplan: Investitionen in Technologieführerschaft) (S. 42)</p>
<p>- Partnerschaftliche Arbeitsteilung erleichtern und fördern, indem:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- jedes Kind bis 14 Jahre einen Ganztagsbetreuungsplatz erhält</li> </ul>	<p>Keine Aussage</p>	<p>Der Rechtsanspruch auf ein ganztägiges Bildungs- und Betreuungsangebot im Grundschulalter ist ein wichtiger Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit und zudem für viele Eltern der notwendige nächste Schritt in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, auf den sie dringend warten. (S. 39)</p>	<p>- individuellen Rechtsanspruch für jedes Grundschulkind auf Ganztagsbildung und -betreuung mit Qualitätsstandards (S. 61)</p>	<p>„Wir stellen 200 000 zusätzliche Erzieher*innen ein, um allen Kindern einen guten Kitaplatz zu garantieren und flächendeckende Ganztagsbetreuung zu gewährleisten.“ (S.58) „Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter ... lässt sich nur mit ... erheblichen Investitionen in den Ausbau von Einrichtungen und die ... Einstellung von mehr Personal einlösen.“ (S. 47)</p>	<p>Steuerliche Förderung von Betriebskindergärten; garantierter Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung auch in der Praxis und perspektivisch ab dem Ende des Mutterschutzes; Betreuungszeiten flexibilisieren; steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten (S. 41)</p>	<p>Förderung von Betriebskindergärten (S. 112); Kinder unter 3 Jahren von eigenen Eltern betreut (Einführung Betreuungsgeld für Eltern bzw. Großeltern) (S. 104); ein Gehalt sollte ausreichen, damit Kinderbetreuung möglich ist (S. 104)</p>
<p>- Partnerschaftliche Arbeitsteilung erleichtern und fördern, indem:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- nicht-übertragbare Elterngeldmonate ausgebaut werden</li> </ul>	<p>Wir wollen die Partnermonate beim Elterngeld um weitere zwei auf insgesamt 16 Monate ausweiten, wenn sowohl Vater als auch Mutter Elternzeit nehmen. (S. 75)</p>	<p>„Wenn in Paarfamilien beide Elternteile gleichzeitig oder Alleinerziehende etwas weniger als Vollzeit arbeiten, sollen sie zukünftig je zehn Monate ElterngeldPlus erhalten – mindestens 200 und höchstens 900 Euro. Diese Leistung kann so lange genutzt werden, wie auch der Anspruch auf Elternzeit gilt, also bis zum achten Geburtstag des Kindes.“ (S. 39)</p>	<p>KinderZeit Plus: Ausweitung des Elterngelds auf 24 Monate: pro Elternteil je acht Monate, weitere acht Monate können flexibel untereinander aufgeteilt werden. Wird die KinderZeit Plus Teilzeit in Anspruch genommen, verlängert dies entsprechend den Bezugszeitraum. Sie kann bis zum 14. Geburtstag des Kindes genommen werden, denn auch bei älteren Kindern kann mehr Aufmerksamkeit nötig sein. (S. 41)</p>	<p>Elterngeldanspruch auf zwölf Monate pro Elternteil verlängern; Elterngeldanspruch gilt individuell und ist nicht auf den anderen Elternteil übertragbar. (S. 103)</p>	<p>Elterngeld entbürokratisieren und digitalisieren; Partnerschaftsbonus flexibilisieren; wollen den Rechtsanspruch auf „Partnermonate“ beim Elterngeld auf drei Monate verlängern. Damit erhöht sich die Bezugsdauer auf maximal 15 Monate. Das gilt auch für Alleinerziehende. Die Mindest- und Maximalbeträge wollen wir erhöhen, auch als Inflationsausgleich. (S. 40)</p>	<p>Keine Aussage</p>
<p>- Partnerschaftliche Arbeitsteilung erleichtern und fördern, indem:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- eine zweiwöchige Vaterschaftsfreistellung direkt</li> </ul>	<p>Keine Aussage</p>	<p>Die erste Säule sind zwei Wochen Elternschaftszeit direkt nach Geburt eines Kindes, auf die jeder Vater bzw. der/die Partner* in kurzfristig und sozial abgesichert Anspruch hat. (S. 39)</p>	<p>14-tägige Freistellung nach der Geburt für den zweiten Elternteil (S. 42)</p>	<p>zusätzlichen Elternschutz von zehn Tagen bezahlter Freistellung für den zweiten Elternteil nach der Geburt des Kindes (S. 103)</p>	<p>Einführung eines „Partnerschutzes“ analog zum „Mutterschutz“: Nach der Geburt eines Kindes hat der andere Elternteil (oder eine andere Person bei Alleinerziehenden) das Recht, zehn Arbeitstage</p>	<p>Keine Aussage</p>

 metallforderungen						
nach der Geburt eingeführt wird					in Partnerschutz zu gehen. Dieser darf auch halbtätig beansprucht werden und besteht dann für die doppelte Zeitdauer. Die Finanzierung des Partnerschutzes erfolgt äquivalent zum Mutterschutz. (S. 33)	
- Betriebsräte mit mehr wirksamen Mitbestimmungsrechten für Gleichstellung auszustatten	Keine Aussage	Keine Aussage	Die Mitbestimmungsrechte wollen wir ausbauen und modernisieren, wenn es um [...] Stärkung von Frauen geht. (S. 43)	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage
- steuerliche Fehlanreize zu minimieren (Abschaffung Lohnsteuerklasse 5)	„Wir halten am Ehegattensplitting fest und wollen unabhängig davon zusätzlich Ansätze entwickeln, um Kinder positiv zu berücksichtigen.“ (S. 72)	„Wir werden das Ehegattensplitting für neu geschlossene Ehen ändern. Für bestehende Ehen werden wir zudem ein Wahlrecht einführen.“ (S. 23)	- für neu geschlossene Ehen individuelle Besteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag. Lohnsteuer: Faktorverfahren soll Regel werden; Abschaffung der Steuerklasse 5 für Zuverdiener*innen; Wer bereits verheiratet ist, kann sich entscheiden, ob sie sich einzeln veranlagern oder weiterhin das Ehegattensplitting nutzen wollen. (S. 46)	„Das Ehegattensplitting wird mit sozialverträglichen Übergangsregelungen durch eine geschlechtergerechte Individualbesteuerung ersetzt. Dabei muss das nicht ausgeschöpfte steuerliche Existenzminimum zwischen Eheleuten bzw. Lebenspartner*innen übertragbar sein.“ (S. 88)	Am Splittingverfahren für Ehe- und eingetragene Lebenspartner-schaften wollen wir festhalten. Ebenso kann es sinnvoll sein, künftig stärker mit - von der Steuerschuld abzuziehenden - Steuergutschriften zu arbeiten. Dadurch wirken Freibeträge besser für die niedrigen und mittleren Einkommen. (S. 41)	für familienfreundliche Steuer- und Abgabenpolitik, die es Familien ermöglicht, auf Wunsch auch mit nur einem Erwerbseinkommen eine Familie zu ernähren; geringe Geburtenrate: Die AfD will hier mit dem steuerlichen Familiensplitting einen Paradigmenwechsel einleiten, verbunden mit einer Anhebung des Kinderfreibetrages. (S. 104)